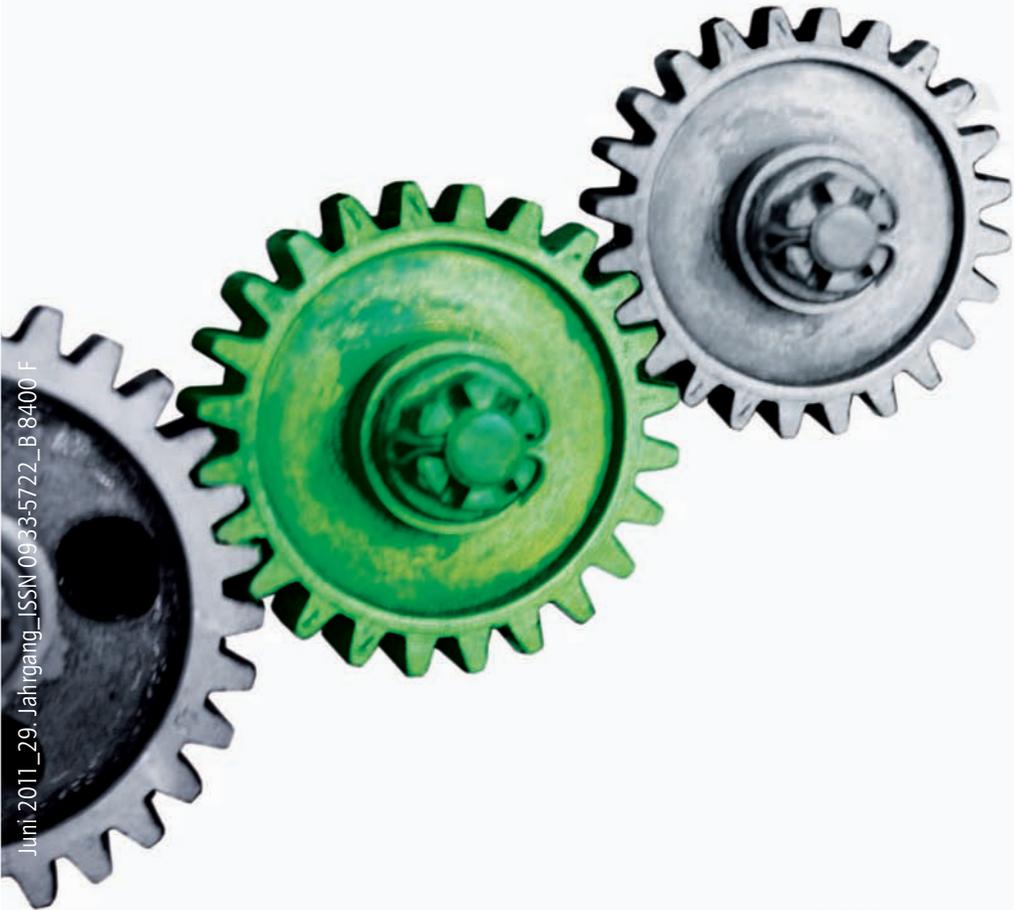


Anders arbeiten

Juni 2011_29_Jahrgang_ISSN 0933-5722_B 8400 F



Herausgegeben von oekom e.V. – Verein für ökologische Kommunikation

Dieses Buch wurde klimaneutral hergestellt.
CO₂-Emissionen vermeiden, reduzieren, kompensieren –
nach diesem Grundsatz handelt der oekom verlag.
Unvermeidbare Emissionen kompensiert der Verlag
durch Investitionen in ein Gold-Standard-Projekt.
Mehr Informationen finden Sie unter: www.oekom.de

ClimatePartner^o

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2011 oekom, München
oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH
Waltherstraße 29, 80337 München

Umschlaggestaltung, Layout und Satz: Lone Nielsen
Lektorat: Helena Obermayr, Anke Oxenfarth

Druck: Kessler Druck + Medien, Bobingen
Der Innenteil dieses Buches wurde auf 100%igem Recyclingpapier
gedruckt.

Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany
ISBN: 978-3-86581-256-8

Hier bitte FSC_Logo einbauen

**oekom e.V. – Verein für ökologische
Kommunikation (Hrsg.)**

Anders arbeiten

politische ökologie ⋮ **Die Reihe für Querdenker und Vordenkerinnen**

Die Welt steht vor enormen ökologischen und sozialen Herausforderungen. Um sie zu bewältigen, braucht es den Mut, ausgetretene Denkpfade zu verlassen, unliebsame Wahrheiten auszusprechen und unorthodoxe Lösungen zu skizzieren. Genau das tut die *politische ökologie* mit einer Mischung aus Leidenschaft, Sachverstand und Hartnäckigkeit.

Die *politische ökologie* schwimmt gegen den geistigen Strom und spürt Themen auf, die oft erst morgen die gesellschaftliche Debatte beherrschen. Die vielfältigen Zugänge eröffnen immer wieder neue Räume für das Nachdenken über eine Gesellschaft, die Zukunft hat.

Herausgegeben wird die *politische ökologie* vom
oekom e.V. – Verein für ökologische Kommunikation.



Müssen Menschen arbeiten, um zu leben, oder müssen sie leben können, um zu arbeiten? Die grundlegende Frage ist alt, die gesellschaftliche Debatte darüber wird immer wieder neu hitzig geführt und je nach Standpunkt und Epoche unterschiedlich beantwortet. Wir leben in einer Zeit, in der offensichtlich etwas gehörig schief läuft: Diejenigen, die Arbeit haben, arbeiten bis zum Burnout. Gleichzeitig haben immer mehr Menschen jahrelang keine Erwerbsarbeit oder können von ihrer Arbeit nicht mehr leben. Zusätzlich führen uns Klimawandel und Peak Everything immer deutlicher vor Augen, dass wir nicht so weiter wirtschaften können wie bisher. Wir müssen mehr Wohlstand aus weniger Ressourcen schaffen und diesen gerechter verteilen.

Dabei ahnen wir schon länger, dass es auch anders ginge. Weniger Erwerbsarbeit, mehr selbstbestimmte Eigen- und Sorgearbeit finanziert durch ein bedingungsloses Grundeinkommen oder eine andere Arbeits(ver)teilung zwischen Männern und Frauen sowie zwischen Nord und Süd – theoretische Konzepte und gute Ideen gibt es eine Menge. Die praktische Umsetzung kam lange Zeit kaum über gesellschaftliche Nischen hinaus. Doch das ändert sich gerade, der Zeitgeist steht auf anders Arbeiten und Wirtschaften jenseits des Wachstumsparadigmas. Nicht nur die Generation Facebook kehrt dem Nine-to-Five-Alltag den Rücken, arbeitet dank Internet flexibel in bunt zusammengewürfelten Projektteams über Ländergrenzen hinweg, teilt ihr Wissen und ihre Ideen. Angesichts der prekären Situation der Umwelt einerseits und der zunehmenden Prekarisierung der Lebensverhältnisse auch in den reichen Ländern andererseits, gewinnt die Diskussion um sinnvolle Wege aus der Umwelt- und Beschäftigungskrise erneut an Fahrt.

Die Autor(inn)en der *politischen ökologie* beschäftigen sich mit dem Ganzen der Arbeit, begleiten Social Entrepreneurs und beleuchten die Schattenseiten der neu entstehenden Jobs im Umweltbereich. Sie stellen Leitplanken für ein nachhaltiges Arbeiten vor, das Mensch und Natur aufatmen lässt. – Sind Sie bereit für ein gedankliches Sabbatical?

Anke Oxenfarth

oxenfarth@oekom.de

Inhaltsverzeichnis

Brainstorming

- Einstiege** 12
- Die Grenzen der Natur setzen neue Signale** 15
Arbeitsgesellschaft im Wandel
Von Joachim H. Spangenberg

Burnout

- Ein spannungsreiches Verhältnis** 26
Ökonomisierte Arbeit und Sorgearbeit
Von Eva Senghaas-Knobloch
- Fortschritt made in Germany ist weiblich** 32
Frauen und die Arbeitswelt
Von Brigitte Pothmer
- Arbeiten bis der Arzt kommt** 39
Gesundheitliche Auswirkungen
Von Klaus Michael Meyer-Abich
- Widerstand gegen das Effizienzdiktat** 46
Arbeit im globalen Süden
Von Christa Wichterich

Mediation

- 54 **Gutes Leben braucht andere Arbeit**
Alternative Konzepte in der Diskussion
Von Adelheid Biesecker und Andrea Baier
- 63 **It's the economy, dear!**
Soziales Unternehmertum
Von Peter Spiegel
- 69 **Freie Arbeit als abstrakter Zwang**
Das Phänomen der Arbeitssammler
Von Peter Plöger
- 75 **Vom Sollen zum Wollen**
Plädoyer für ein Bedingungsloses Grundeinkommen
Von Adrienne Goehler und Götz W. Wemer
- 81 **Wider die Vertafelung der Gesellschaft**
Erwerbsarbeit und soziale Mindestsicherung
Von Bernhard Jirku

FutureLab

- 88 **Den Kaiser Kapitalismus entkleiden**
Gemeingüter und Arbeit
Von Annette Schlemm
- 95 **Mehr Arbeit = gute Arbeit?**
Beschäftigungseffekte erneuerbarer Energien
Von Bernd Hirschl
- 102 **Wir senken das Bruttosozialprodukt**
Arbeit in der Postwachstumsökonomie
Von Alexis J. Passadakis
- 107 **Tun, was wirklich wichtig ist**
Neue Arbeit
Von Frithjof Bergmann

Impulse

Projekte und Konzepte 113

Medien 119

Spektrum Nachhaltigkeit

Die Brücke ist in sich zusammengebrochen 124

Ausstieg aus der Atomkraft

Von Hubert Weiger

Wo versteckt sich der Geist von Rio? 129

Von Umwelt und Entwicklung bis zur Green Economy

Von Daniel Mittler

Alternative zur neoliberalen Globalisierung 133

Weltweite Regionalisierung

Von Hans-Joachim Schemel

Wachstum zwischen Mentalität und Materialisation 138

Enquetekommission Wachstum, Wohlstand,

Lebensqualität – eine Replik

Von Uta von Winterfeld

Vermächtnis eines Menschenfreundes 142

Nachruf auf den Umweltwissenschaftler Karl Otto Henseling

Von Marina Köhn, Christiane Böttcher-Tiedemann

und Mark Vallenthin

Rubriken

Editorial 7

Impressum 144

Vorschau 145



„Das bleibt offenbar das Problem: dass selbst die „gute Arbeit“ den Verblendungszusammenhang reproduziert, aus dem sie befreien will. Denn nicht die Arbeitsbedingungen, sondern die Arbeit selbst in egal welchen Bedingungen ist das Verhängnis, ist auch und erst recht in den heutigen Bedingungen die Vernichtungsmaschinerie von allem, was uns als Frucht der Arbeit versprochen ward und wird: Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit. Dies alles wird durch Arbeit unter den gegebenen Bedingungen vernichtet: Freiheit wird vernichtet, weil Arbeit die Menschen zu Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt macht, in einer Weise, dass sie zu immer größerer Willfährigkeit, Unterwürfigkeit und Bescheidenheit, zur Preisgabe ihrer Freiheit und ihrer sozialen Gefühle im Kampf um ihren Arbeitsplatz bereit sind. Sie geben für die Arbeit ihre Freiheit auf, weil ihnen Freiheit als Folge der Arbeit versprochen wird. Demokratie wird vernichtet, weil Demokratie politisches Denken voraussetzt, Arbeit aber nur betriebswirtschaftliche Logik zulässt. [...]

Und Gerechtigkeit wird vernichtet, weil keiner, der sich im Kampf um freie Arbeit befindet, durch Arbeit auch nur annähernd so viel eigenes Vermögen produzieren kann wie jene, die über arbeitsfreies Einkommen verfügen. Der Kampf um die Arbeit vernichtet sogar das Bewusstsein von der Ungerechtigkeit der Verteilung des gesellschaftlich erarbeiteten Reichtums. Kurz: Was immer durch Arbeit produziert wird, sie vernichtet, was sie versprach. Und es ist eine sophistische Frage, was man nun als den größten Skandal ansieht: dass Arbeit dies tut oder dass sie dennoch noch immer verspricht, dass sie frei macht, dass sie noch immer mit der Möglichkeit lockt, selbstbestimmt zu sein – in einem Abhängigkeitsverhältnis.“

Aus: Menasse, Robert (2009):
Permanente Revolution der Begriffe.
Frankfurt am Main, S. 20-23,

„Man sollte nie so viel zu tun haben, dass man zum Nachdenken keine Zeit mehr hat.“

Georg Christoph Lichtenberg,
Schriftsteller und Physiker (1742-1799)



„Die Arbeit ist eine Schmach, weil das Dasein keinen Wert an sich hat.“

Friedrich Nietzsche,
Philosoph (1844-1900)

„Auf die berühmte Frage Hannah Arendts, was entsteht, wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht, geben selbst radikale Zukunftsentwürfe letztlich die paradox-zirkuläre Antwort: Arbeit – statt bezahlter Arbeit, Arbeit für ein Lächeln (Hausarbeit, Elternarbeit, ehrenamtliche Arbeit etc.). Alle Gegenentwürfe, die Brücken zum anderen Ufer der Arbeitsgesellschaft zu schlagen versuchen, behaupten: Es gibt kein Jenseits zur Arbeitsgesellschaft! Alles ist Arbeit, oder es ist nichts.

Dieser Wertimperialismus der Arbeit im Selbstverständnis der europäischen Moderne läßt sich an dem Abgrund von Antwortlosigkeit verdeutlichen, in den man mit dem Ende der Erwerbsarbeit zu blicken meint: Entlang welcher Koordinaten kann das Leben der Menschen geordnet werden, wenn die Disziplinierung durch Erwerbsarbeit entfällt? Ist der Verlust dieser Art von Arbeit nicht die Wurzel allen Übels: Drogenabhängigkeit, Kriminalität, Zerfall der Gesellschaft? Wie läßt sich die materielle Existenzgrundlage und der gesellschaftliche Status der Menschen sichern, wenn sie nicht mehr auf der eigenen Arbeitsleistung beruhen? Welche Vorstellung von Gerechtigkeit, ja sogar sozialer Ungleichheit können als Maßstäbe an die Lebensverhältnisse gelegt werden, wenn die Gesellschaft sich nicht mehr als „fleißige“, als arbeitsame „industriale“-Gesellschaft versteht? Was meint Staat, wenn eine seiner wichtigsten Einnahmequellen – Erwerbsarbeit – versiegt? Wie wird Demokratie möglich, wenn diese nicht auf der Teilhabe an Erwerbsarbeit gründet?

Oder: Wie bestimmt sich die soziale Identität der Arbeitsmenschen, die auf die Frage, was sie so machen, anderen und sich selbst nicht länger mit der berufsbezogenen Standardantwort antworten können? So läßt sich fast unendlich weiterfragen: Was heißt dann Herrschaft, Ordnung, Freiheit, ja Gesellschaft?“

Aus: Beck, Ulrich (1999): Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgerschaft. Frankfurt am Main, S. 68-69.

Arbeitsgesellschaft im Wandel

Die Grenzen der Natur setzen neue Signale

Von Joachim H. Spangenberg

Die Menschheit ist auf dem Weg von der Überfluss- zur Mangelgesellschaft. Eine Abkehr vom Ressourcenverschleiß verlangt nach einer Arbeitswelt, die den Fokus von der Produktion auf die Erhaltung verschiebt und so ein Verbrauchsniveau ermöglicht, das dem der Jäger und Sammler näher ist als historischen Agrargesellschaften.

— Im Mai 2011 ist die registrierte Arbeitslosigkeit erstmals seit 20 Jahren wieder unter drei Millionen gesunken und liegt jetzt bei gut sieben Prozent. Den Arbeitslosen stehen über 40 Millionen Beschäftigte gegenüber, davon 28 Millionen in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Der Zuwachs entfiel zu fast zwei Dritteln auf Vollzeitwerbsarbeitsplätze. Ist also das Problem gelöst und das Thema Arbeit nicht mehr relevant auf dem Wege in eine nachhaltige Wirtschaftsweise? Keineswegs: Die in den letzten Jahren entstandenen Arbeitsplätze sind oft befristet, unfreiwillige Teilzeitarbeit, verlangen unbezahlte Mehrarbeit und/oder betreffen schlecht bezahlte Dienstleistungen. Arbeitnehmer(innen) über 58 Jahren profitieren kaum vom Beschäftigungszuwachs. Minijobs, Praktika und andere berufsvorbereitende Maßnahmen entlasten die Arbeitsmarktstatistik, ohne den Betroffenen eine wirkliche Perspektive zu bieten.

Die Arbeitsgesellschaft in Deutschland befindet sich weiterhin im Wandel. Während das traditionelle Arbeitsverhältnis in Form abhängiger und unbefristeter Vollbeschäftigung weiter an Bedeutung verliert, ist gleichzeitig eine immer größere Vielfalt an variablen Arbeitszeitarrangements zu beobachten (vgl. S. 69 ff.). Dennoch behält die Erwerbsarbeit ihren zentralen Stellenwert, denn sie verbindet Einkommen, Menschen und gesellschaftlich als sinnvoll oder akzeptabel anerkannte (und deswegen honorierte) Tätigkeiten in einer Weise, die im Idealfall gleichzeitig Lebensstandard und Prestige sichert sowie durch soziale Kontakte und Kommunikation, durch Anerkennung und Bedürfnisbefriedigung wesentlich zur Lebensqualität beiträgt. Damit setzt sich Erwerbsarbeit deutlich ab von:

- ⊖ nicht bezahlten Tätigkeiten wie Reproduktions-, Subsistenz-, Eigen- oder Sozialarbeit, Ehrenämtern, Bildung und Hobbys;
- ⊖ Einkommen sichernden Transferleistungen ohne Arbeitsbeitrag, wie zum Beispiel Leistungen der sozialen Sicherung, Ausbildungshilfen oder Rentenzahlungen;
- ⊖ arbeitsfreien Einkommen aus Vermögen, Zins, Spekulationsgewinnen, Erbschaften oder sonstigen Formen des Rentierdaseins.

Zahlreiche Untersuchungen konstatieren den ungebrochenen gesellschaftlichen Stellenwert des Normalarbeitsverhältnisses, wobei die Arbeitszeitwünsche der Vollzeitbeschäftigten nach kürzeren und die der Teilzeitarbeitenden nach längeren Arbeitszeiten zeigen, dass sich die Vorstellung in Richtung einer besseren Balance von Arbeit und Leben bei ausreichendem Erwerbseinkommen verschieben.

Flexibilisierung mit Janusgesicht

Zeitweilige Arbeitslosigkeit, gering bezahlte und/oder befristete Beschäftigungsverhältnisse, Sozial-, Erziehungs- und Fortbildungszeiten generieren einerseits prekäre Lebensverhältnisse, die das zeitweilige oder dauerhafte Abrutschen in Armut wahrscheinlicher machen. Zugleich breiten sich beruflich-soziale Verunsicherungen und Abstiegsängste gerade auch in Bevölkerungsgruppen aus, deren aktuelle Lebenslage zwar stabil ist, aber längerfristig als ungewiss oder sogar gefährdet wahrgenommen wird. Andererseits etablieren sich neue Mischformen von Arbeit, die die Erwerbsarbeit in neigungs-, situations- und lebensphasenspezifischer Weise ergänzen. So entsteht ein Wohlfahrtspluralismus, in dem individuelles Wohlergehen wie die Funktionsfähigkeit

des Gemeinwesens nicht nur von der Erwerbsarbeit des formellen, sondern auch von den Nichterwerbsarbeiten des informellen Sektors und von der Qualität der sozialen Sicherungssysteme abhängen.

Weitere Trends der Arbeitswelt sind Informalisierung und Flexibilisierung. In allen Branchen findet eine Informalisierung der formalen Arbeit durch Übergang von Arbeitszeit zu Arbeitsergebnis als Entlohnungsgrundlage statt – Werkverträge, Scheinselbstständigkeiten und freie Mitarbeiter(innen) zeugen hiervon. Die Flexibilisierung ist janusgesichtig. Einerseits haben Arbeitszeitkonten, Kurzarbeit und aktive Arbeitsmarktpolitik das „deutsche Jobwunder“ in der Krise erst möglich gemacht, oft unter erheblichen Einkommenseinbußen sowie durch die Ausweitung von befristeter, Teilzeit- und Leiharbeit. Andererseits trägt die Flexibilisierung zur Prekarisierung bei. So sind zwar in den anderthalb Jahren von Mai 2009 bis Oktober 2010 rund 300.000 neue Jobs geschaffen worden, aber fast nur in Leiharbeit; die Prekarisierung nimmt weiter zu:

□ objektiv durch sinkende Einkommen und die Umwandlung von normalen in prekäre Arbeitsverhältnisse. Zwischen 2003 bis 2009 sind die Realeinkommen um vier Prozent (minus acht Prozent für Beschäftigte ohne Tarifvertrag, plus drei Prozent für diejenigen mit Tarifvertrag) gesunken, während die Einkünfte aus Kapitalvermögen um 33 Prozent gestiegen sind (vgl. Abb. 1). (1)

□ subjektiv als Folge der Krise, die auch vormals als sicher geltende Arbeitsplätze beispielsweise in der Finanzwirtschaft in großem Umfang vernichtet hat. Die Furcht vor Einkommens- und Statusverlust, weitgehend unabhängig von realen persönlichen Verlusten und Bedrohungen, betrifft noch weit umfassendere Teile der Bevölkerung als die objektive Prekarisierung. So erachteten es jede(r) fünfte Ungelernte, jede(r) Dritte mit abgeschlossener Berufsausbildung und viele Akademiker(innen) als „praktisch unmöglich, eine Stelle zu finden“.

Der Widerstand wird schwächer

Auf Seiten der Nicht-Privilegierten führt die subjektive Prekarität zu Verunsicherung und damit zu Erpressbarkeit, auch und gerade im Arbeitsleben, mit der Folge, dass sie beispielsweise unbezahlte Mehrarbeit widerspruchslos hinnehmen. Die damit verbundene Erfahrung des Ausgeliefertseins stärkt die Verunsicherung weiter: ein

Teufelskreis mit Folgen für das Berufsleben, aber auch für die alltägliche Lebensführung. Das betrifft unter anderem die Konsumententscheidungen, aber auch die Retraditionalisierung von Geschlechterrollenzuschreibung und -verhalten und sozialen Wertemustern (vgl. S. 32 ff.).

Gleichzeitig hat sich durch die Finanzkrise der Eindruck persönlicher Bedrohung auch und gerade bei den Besserverdienenden noch verschärft. Das führt in den Oberschichten zu Entsolidarisierung, Abwertung sozial schwacher Gruppen und Besitzstandwahrung um (fast) jeden Preis. „Zivilisierte, tolerante, differenzierte Einstellungen in höheren Einkommensgruppen scheinen sich in unzivilisierte, intolerante – verrohte – Einstellungen zu wandeln.“ (2) Ausreichende und gute Erwerbsarbeit sind insofern wichtige Voraussetzungen für ein zivilisiertes Zusammenleben, für soziale Nachhaltigkeit in einem umfassenden Sinn.

Die als Lösung propagierte Wachstumspolitik ist nicht nur ökonomisch nicht sonderlich erfolgreich, sie ist auch weder umwelt- noch sozialverträglich. Mit ihrem Fokus auf Deregulierung, Privatisierung und Staatsabbau unterminiert sie die politische Handlungsfähigkeit, schwächt Arbeits- wie Umweltschutz und überantwortet die Gemeingüter dem privaten Gewinnstreben (vgl. S. 88 ff.). Gleichzeitig wird das angeblich unzureichende Wachstum der Arbeitsproduktivität als Wachstumsbremse kritisiert. Dahinter steckt die Erfahrung der Industriegesellschaft, dass durch zuneh-

1 Einkommensverteilung in der Metall- und Maschinenbauindustrie

Jahr	Einkünfte der Vorstandsmitglieder aus Kapitalvermögen (pro 1.000 Euro)	Realeinkommen der Angestellten (pro 1.000 Euro)	Verhältnis zwischen Kapitalvermögen und Realeinkommen
2006	2.002	61	33 zu 1
2007	3.058	56	56 zu 1
2008	3.188	53	59 zu 1

_ Quelle: IG Metall (Hrsg.) 2009. Wirtschaftspolitische Informationen 4/2009.

Gesamtwirtschaftlich betrug das Verhältnis zwischen Kapitalvermögen und Realeinkommen lange Zeit etwa 27 zu 1 und liegt heute bei rund 50 zu 1, bei Banken bis zu 500 zu 1.

mende Standardisierung und Automatisierung die Produktivität permanent und signifikant gesteigert werden kann.

Aber kann dieser Erfahrungswert aus der Industriegesellschaft des 19. und 20. Jahrhunderts noch eine Leitschnur für die Dienstleistungsgesellschaft des 21. Jahrhunderts sein (in Deutschland arbeiten inzwischen über drei Viertel aller Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor)? Um diese Frage zu beantworten, ist zwischen industriebezogenen Service- und Beratungsdienstleistungen auf der einen Seite und personenbezogenen Dienstleistungen auf der anderen Seite zu unterscheiden. Bei den personenbezogenen Dienstleistungen geht es um Bildung, Pflege, Kultur, Gastgewerbe, Friseure, Wellnessoasen und Nagelstudios – Dienste, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen und nicht automatisiert werden können, ohne wesentlich an Qualität zu verlieren, auch weil die menschliche Zuwendung für die Qualität der Dienstleistung von zentraler Bedeutung ist. Geringere Wachstumsraten sind also die Folge einer erfolgreichen Dienstleistungsgesellschaft. Und gute Dienstleistungen erfordern zweierlei: dies zu akzeptieren und Arbeitsverdichtungen zum Teil zurückzunehmen, um so Dienstleistungsqualität und gute Arbeit zu sichern und kontraproduktive Produktivitätssteigerungen zu verhindern. Arbeitsplatzvernichtung und Umweltzerstörung haben also gemeinsame Ursachen im Paradigma des Wachstums von Arbeitsproduktivität und Bruttoinlandsprodukt.

Was unbezahlte Dienstleistungen wert sind

Der Beitrag der Nichterwerbsarbeit zum Gesamtlebensstandard ist direkt weder über Marktpreise noch über Tauschäquivalente einfach zu erheben. Soll trotzdem der Gesamtlebensstandard quantitativ erfasst werden, so ist auf eine indirekte Berechnung zurückzugreifen. Als Berechnungsgrundlage bietet sich hier der Zeitaufwand an, da er die gemeinsame Basis aller inner- wie außermarktlichen Dienstleistungen ist. Für eine Addition der Beiträge beider Komponenten zum Gesamtlebensstandard ist zusätzlich eine monetäre Bewertung notwendig. Wählt man hier die Markttarife funktional äquivalenter Dienstleistungen, so wird nicht der Wert der nicht-marktlich erbrachten Dienstleistungen selbst gemessen, sondern eine nach dem Äquivalenzprinzip – gleicher Lohn für gleiche Arbeit – geschätzte Ersatzgröße. Diese gibt an, welche Wertschöpfung entstanden wäre, wenn die unbezahlten Dienstleistungen ebenfalls

über den Markt erbracht worden wären. Würde man im Jahr der letzten Zeitbudgetanalyse 2001 im früheren Bundesgebiet geleistete Arbeitszeit monetarisieren, kämen insgesamt 684 Milliarden Euro zusammen. Davon verteilen sich 565 Milliarden Euro auf hauswirtschaftliche und 46 Milliarden Euro auf handwerkliche Tätigkeiten. 62 respektive 56 Milliarden Euro wert war das Engagement in Pflege und Betreuung respektive im Ehrenamt. (3)

Dabei zeigt sich, dass rund zwei Drittel aller Arbeitsstunden in der Nichterwerbsarbeit geleistet werden, weit überwiegend im Haushalt, und dass diese über die Hälfte zur Gesamtwertschöpfung beitragen. Noch vor den ökonomischen Leistungen von Staat, gewerblicher Wirtschaft und Non-Profit-Sektor sind die Qualität und Verfügbarkeit von Nichterwerbsarbeit entscheidend für die Lebensqualität.

Bei aller Notwendigkeit, die Nichterwerbsarbeit aufzuwerten und besser anzuerkennen, darf sie nicht als Ersatz für Erwerbsarbeit (und ebenso nicht als Substitut für ehemals staatliche Leistungen) betrachtet respektive missbraucht werden. Dies zum einen, weil sich Arbeitslose nicht in der Nichterwerbsarbeit engagieren, sondern sich auch hier weiter zurückziehen. Zum zweiten, weil ein erheblicher Teil der Nichterwerbsarbeit nur möglich ist, da er durch Ressourcentransfers aus der Erwerbsarbeit gestützt wird. Auch insofern sind zukunftsfeste Sozialsysteme Voraussetzung einer sozial nachhaltigen Entwicklung.

Sozialsysteme für eine zukunftsfähige Arbeitsgesellschaft

Der gegenwärtige Sozialstaat ist wachstumsabhängig. Das gilt für beide, für öffentliche Sicherungssysteme, die aus Löhnen und Gehältern finanziert werden, und für private, aus Dividenden finanzierte Systeme, jedoch in unterschiedlicher Weise. Bei öffentlichen Systemen sind die Voraussetzungen für eine hohe Altersrente – ein zentrales politisches Ziel in einer alternden Gesellschaft – Vollbeschäftigung und hohe Löhne/Gehälter. Ein privates Rentensystem erfordert dagegen möglichst hohe Gewinne und Dividenden als Voraussetzung solider Renten – auch wenn das zulasten von Beschäftigung und Arbeitseinkommen geht. Gleichzeitig erhöht die Privatisierung der Altersvorsorge die ökonomische Volatilität – Anleger investieren auf der Suche nach hohen Renditen in spekulative Papiere – und bürdet die Risiken des Kapitalmarkts den zukünftigen Rentner(inne)n auf. So haben beispielsweise 2008

„ Ausreichende und gute Erwerbsarbeit sind wichtige Voraussetzungen für ein zivilisiertes Zusammenleben und für soziale Nachhaltigkeit in einem umfassenden Sinn. “

die Pensionsfonds ein Viertel ihres Werts verloren, 5.400 Milliarden US-Dollar fehlten den Rentner(inne)n.

Welche Sozialsysteme braucht eine zukunftsfähige Arbeitsgesellschaft?

▫ Zunächst braucht es in Zeiten immer häufiger werdender Patchwork-Biografien, bei denen Arbeitslosigkeit und Fortbildung respektive Umschulung die Berufstätigkeit unterbrechen, eine Arbeitslosenversicherung, die die Betroffenen sicher über diese Zwischenerwerbsphasen hinwegträgt, also nicht nach einem Jahr ausläuft.

▫ Zweitens ist eine armutsfeste Grundsicherung notwendig, die zu erheblichen Teilen aus physischen Leistungen bestehen sollte, etwa für Energie, Wasser und das Ermöglichen von Mobilität für die Erwerbs- und Hausarbeit. Ein solches kostenloses physisches Grundeinkommen kombiniert mit progressiven Verbrauchstarifen verhindert, dass in Krisenzeiten Haushalten das Wasser abgesperrt oder Heizen, Kochen und Arbeiten unmöglich werden.

▫ Drittens braucht es eine Mindestrente oberhalb der Armutsschwelle, um die Altersarmut zu verhindern, die laut OECD durch die Politik der deutschen rot-grünen Bundesregierung zu einer immanenten Gefahr geworden ist (vgl. S. 81 ff.). Eine gezielte, aber verschleierte Rentenkürzung, um die es bei der Rente mit 67 geht, ist sozial unverantwortlich. Dabei sollte der Katalog der leistungsfreien Anwartschaftszeiten, wie etwa Ausbildung, Wehrdienst und Elternschaft, schrittweise auf weitere Bereiche der Nichterwerbsarbeit ausgeweitet werden.

Wenn damit die Ausgaben steigen und Privatisierung der Vorsorge keine Lösung ist – woher soll das Geld kommen? Zum einen geht es darum, die paritätische Finanzierung wieder herzustellen, Schlupflöcher zu schließen und staatliche Einnahmeverzichte durch Steuersenkungen, den Hauptgrund der Krise der öffentlichen Haus-

halte, rückgängig zu machen, um das Rentensystem gerade bei Einbeziehung von Teilen der Nichterwerbsarbeit finanziell stützen zu können. Zum anderen ist es notwendig, neue Finanzquellen zu erschließen, wie Finanztransaktionssteuern oder die seit 40 Jahren diskutierte produktivitätsbezogene Maschinensteuer.

Das Versagen der Marktwirtschaft

Die Zukunft ist auch nicht mehr, was sie mal war, nämlich die Verlängerung der Gegenwart ohne große strukturelle Änderungen. Gründe sind der sich rapide entwickelnde Mangel an Ressourcen und Quellen sowie die Grenzen der Tragfähigkeit der Natur, von dem Ökologen Johan Rockström als „Safe Operating Space“ der Menschheit bezeichnet. Relative Knappheiten kann der Markt zumindest theoretisch gut managen – schafft er das nicht, spricht man von Marktversagen. Versagt er dagegen bei Mangelsituationen, das heißt, wenn auch zu erhöhten Preisen kein unbegrenzter Ressourcennachschub existiert, dann ist das Marktwirtschaftsversagen.

Peak Oil ist eine solche Situation: Die Maximalförderung von Öl ist wahrscheinlich schon überschritten, sodass das Produktionsniveau nur noch mit massiven Investitionen für eine begrenzte Zeit aufrechterhalten werden kann. Gas dürfte – gerade wenn es als Übergangsenergie deutlich ausgebaut wird – spätestens Mitte des Jahrhunderts das Fördermaximum überschreiten. Kohle wird nicht, wie oft angegeben, für

2 Energie- und Materialverbrauch unterschiedlicher Gesellschaften

	Sammler und Jäger	Agrargesell- schaft	Industriege- sellschaft *)	Nachhaltige Gesellschaft
Energie (Gigajoule pro Kopf und Jahr)	10 bis 20	ungefähr 65	223	weniger als 25
Materialverbrauch (Tonne Kopf und Jahr)	ungefähr 1	ungefähr 4	22	weniger als 2

_ Quelle: Fischer-Kowalski, Marina/Haberl, Helmut: Tons, Joules and Money: Modes of Production and Their Sustainability Problems. In: Society & Natural Resources 1/1997. S. 61-85.

*) Die Angaben zur Industriegesellschaft beziehen sich auf Österreich 1990.

Jahrhunderte reichen, sondern nicht viel länger als bis zum Ende dieses Jahrhunderts. Gleichzeitig werden die Förderhöhepunkte für verschiedene Metalle bei weiter exponentiell steigendem Verbrauch zwischen den Jahren 2024 und 2068 überschritten, Phosphat und Wasser werden knapp – das bedroht zusätzlich zu Klimawandel und Bodenverlust die Ernteerträge. (4) Wir sind damit in puncto Ressourcen auf dem Wege von einer Überfluss- zu einer Mangelgesellschaft. Eine Umstellung auf biogene Ressourcen ist schon rein quantitativ nicht möglich, aber auch deshalb nicht, weil wir zunehmend mehr Biodiversität vernichten.

Angesichts drohender Schwellen sowie drohendem Mangel liegt die Herausforderung darin, Ressourcen nicht schneller zu verbrauchen, als sie erneuert oder ersetzt werden können, und die Energie ausschließlich aus Sonne (einschließlich Wind und Biomasse), Schwerkraft (Wasserkraft, Gezeiten) und Erdwärme zu beziehen – ohne materialaufwendige und wartungsintensive Infrastrukturen. Wir müssen ein Verbrauchsniveau erreichen, das Jägern und Sammlern näher ist als historischen Agrargesellschaften (vgl. Abb. 2). Es geht um eine Hightech-Solargesellschaft – da verbieten sich retroprojektive Idealisierungen der bäuerlichen Lebensweise.

Qualitativ ergibt sich aus der Reduzierung der Stoff- und Energiedurchsätze unmittelbar eine erhebliche Veränderung des Arbeitsmarktes. In einer dematerialisierten Ökonomie wird sich voraussichtlich der Schwerpunkt der Arbeit von der Produktion zur Instandhaltung, der Reparatur wie zu sonstigen Dienstleistungen sowie zur Redistribution und Demontage verschieben, das bedeutet die Entwicklung hin zur Dienstleistungsgesellschaft würde – wengleich mit veränderten Akzenten und branchenspezifisch differenziert – in eine neue Phase treten. Diese neuen Reparatur-, Instandhaltungs- und Demontearbeitsplätze wären sicherlich hochtechnisch ausgerüstet, wahrscheinlich aber auch weitgehend dezentral angelegt, eine Kombination, die mithilfe moderner Informations- und Kommunikationstechnologien durchaus machbar erscheint. Aus dieser sehr groben zukünftigen Arbeitsplatzbeschreibung ergibt sich die Notwendigkeit neuer Qualifikationen, Anforderungen an Flexibilität und Mobilität und anderes. ———

Anmerkungen

- (1) ver.di (Hrsg.): 2009. Wirtschaftspolitik aktuell 17/2009.
- (2) Heitmeyer, Wilhelm (2010): Krisen – Gesellschaftliche Auswirkungen, individuelle Verarbeitungen und Folgen für die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Frankfurt am Main.
- (3) Schäfer, Dieter: Unbezahlte Arbeit und Bruttoinlandsprodukt 1992 und 2001. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004): Wirtschaft und Statistik. Wiesbaden. S. 960-978.
- (4) Valero, Alicia/Valero, Antonio: Physical Genomics Combining the Exergy and Hubbert Peak Analysis for Predicting Mineral Resources Depletion. Vortrag bei der Konferenz „Taking up the Global Challenge. 15th Annual International Sustainable Development Research Conference“ am 8.7.2009.



Wie (anders) arbeiten Sie?

Lustvoll: Ich liebe meine Arbeit, bezahlte wie unbezahlte – und arbeite deswegen zu viel. Das muss anders werden, nehme ich mir jedes Jahr neu vor ...

Zum Autor

Joachim H. Spangenberg, geb. 1955, ist Biologe, Ökologe und Volkswirt. Er ist beim Helmholtzzentrum für Umweltforschung UFZ beschäftigt und ehrenamtlicher Sprecher des BUND-Arbeitskreises Wirtschaft und Finanzen.

Außerdem macht er mit beim Weltklimarat, dem Komitee für Ökosystemmanagement der Weltnaturschutzorganisation IUCN und der Gruppe ökonomischer Experten für Ressourceneffizienz der EU Kommission.

Kontakt

Dr. Joachim H. Spangenberg
Sustainable Europe Research Institute
SERI Germany e.V.
Vorsterstraße 97-99
D-51103 Köln
Fon ++49/(0)221/21 68 -95
E-Mail Joachim.spangenberg@seri.de

BURNOUT

Der Begriff Arbeit ist reserviert für die Erwerbstätigkeit, allzu froh stimmt diese offenbar nicht: Der Druck auf diejenigen, die noch in Lohn und Brot stehen, nimmt zu und erhöht den Absatz von Psychopharmaka. Ganz andere Sorgen haben die Menschen im globalen Süden, die von geregelten Arbeitszeiten, -verträgen und fairer Bezahlung nur träumen können. – Wie müssen wir arbeiten, um nicht krank zu werden? Inwiefern kommen sich Erwerbstätigkeit und Sorgearbeit ins Gehege? Warum ist die Zukunft der Arbeit weiblich?



Ökonomisierte Arbeit und Sorgearbeit

Ein spannungsreiches Verhältnis

Von Eva Senghaas-Knobloch

Ohne die vor allem von Frauen geleistete Sorge für Angehörige, Kinder, Kranke und Alte kann eine Gesellschaft nicht bestehen. Doch die fürsorgliche Praxis gerät unter Druck, seitdem die Sorgearbeit immer stärker kommerzialisiert wird.

— Ein anspruchsvolles Konzept von Nachhaltigkeit geht von der Unteilbarkeit der ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension einer nachhaltigen Gesellschaftsentwicklung aus. Nachhaltigkeit bezieht sich immer auf Entwicklungen, die auf einer dauerhaften Nutzung von Ressourcen fußen, wobei in dieser Hinsicht zwischen den Dimensionen eine konflikthafte Beziehung bestehen kann.

Arbeit ist ein Schlüsselbegriff, der zum einen für die soziale Dimension von Nachhaltigkeit steht und zum anderen die verschiedenen Dimensionen der Nachhaltigkeit zusammenbindet: Die Art und Weise der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit prägt gesellschaftlichen Zusammenhalt und Nachhaltigkeit im Sinne sozialer Reproduktion. Die gesellschaftliche Organisation von Arbeit wirkt sich auch auf die natürlichen Lebensgrundlagen und die ökonomische Nachhaltigkeit aus. Umgekehrt wird die gesellschaftliche Organisation von Arbeit durch die Grenzen der natürlichen Lebensgrundlagen und die von wechselnden Regeln geprägte Ökonomie bestimmt. Die dominante Ökonomie lebt von sozialen Voraussetzungen, die sie selbst nicht herstellen kann: Es sind dies Care- oder Fürsorgebeziehungen als gesellschaftliche Hintergrundbedingungen für die soziale Reproduktion.

Die Tätigkeiten und Haltungen fürsorglicher Praxis antworten auf unabwiesbare Anforderungen, die aus den Bedingungen menschlicher Lebensprozesse rühren. Fürsorgebeziehungen und Sorgearbeit sind in allen Lebensphasen von Menschen notwendig. Sie ermöglichen Wachstum und Entwicklung der Einzelnen und sie schaffen gesellschaftlichen Zusammenhalt durch besondere Formen von Gegenseitigkeit. Sie tragen daher in einer funktionalen Perspektive zur sozialen Nachhaltigkeit bei; aus dieser Perspektive können sie aber nicht ausreichend beschrieben werden. Sorgearbeit ist auch wie jede Arbeit Verausgabung, zielt aber nicht auf die instrumentelle Herstellung eines bestimmten Zustands. Vielmehr geht es um Tätigkeiten aus einer Haltung heraus, die eigenständige Prozesse auf Seiten derjenigen ermöglicht, die die Sorgetätigkeiten empfangen: Eigensinnige Fürsorgebeziehungen und Sorgearbeit im Sinne emotionaler und physischer Sorgetätigkeiten sind unabdingbar bei der Betreuung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen, bei der Betreuung und Pflege von Kranken und Behinderten sowie von bedürftigen Alten.

Insofern steht der Arbeitsbegriff im Bereich fürsorglicher Praxis in einem Spannungsverhältnis zu dem Begriff der Erwerbsarbeit als einer ökonomisierten Arbeit im gesellschaftlichen Leistungsaustausch, bei der es immer auch um rationellen und effizienten Einsatz von Mitteln respektive deren Steigerung geht. Ein solches Spannungsverhältnis findet sich auch bei der Ausübung von Sorgeberufen im Erziehungs- und Gesundheitswesen sowie in der Altenpflege. Gegenwärtig wird dieses Spannungsverhältnis durch die allgemeinen Entwicklungstrends in der Erwerbsarbeit und die besonderen Veränderungen innerhalb der beruflichen Sorgearbeit verschärft. (1)

Epochale Veränderungen

Bis weit in die 1960er-Jahre hinein galt als Idealtyp eine spezifische Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, die zugleich auch das Verhältnis von öffentlich und privat abbildete: Die Arbeitskraft von Frauen sollte vorrangig den unbezahlten Sorgearbeiten in Haus und Familie gewidmet sein, während die Arbeitskraft des Mannes in den auf Geldbasis organisierten gesellschaftlichen Leistungsaustausch einzusetzen war. Zugleich wurden die Kompetenzen für Sorgearbeit als spezifisch weibliche Natureigenschaften unterstellt. Mit dieser Zuweisung von unbezahlten Sorgearbeiten an Frauen war auch eine klare Unterordnung von Sorgearbeit unter

Erwerbsarbeit verbunden. Allerdings kam noch in dieser Zuweisung und Unterordnung eine Art Anerkennung der Notwendigkeit und des Eigensinns von Sorgebeziehungen und Sorgearbeit zum Ausdruck.

Diese asymmetrische geschlechtsspezifische Arbeitsteilung hat in den letzten Jahrzehnten zumindest in den westlichen hochentwickelten Staaten kulturell und institutionell Brüche bekommen: Frauen haben sich einen eigenen direkten Zugang zum gesellschaftlichen Tauschmittel Geld, zur ökonomisierten Arbeit und der damit verbundenen Anerkennung erkämpft. Zur gleichen Zeit wurde ihre emanzipative Bewegung allerdings mit einer Politik liberal-ökonomischer Strategien zur Erhöhung von Wettbewerbsfähigkeit vermischt. Gesellschaftspolitisch wird in diesem Zusammenhang sowohl auf EU-Ebene wie auch in Deutschland von allen Erwachsenen – unabhängig vom Geschlecht – eine Teilhabe an der Erwerbsarbeit erwartet. Im Zuge dieser Politik hängen jetzt mehr als je zuvor der individuelle Unterhalt/Wohlstand, der Sozialschutz im Fall von Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit, die gleichberechtigte Bürgerschaft und das Selbstwertgefühl der einzelnen Menschen von der Einbeziehung in den über Geld vermittelten gesellschaftlichen Leistungsaustausch, also von ihrer Stellung in der Erwerbswelt ab.

Politik unterschätzt Gebrechlichkeit

Durch die verallgemeinerte gesellschaftliche Erwerbszentrierung in Verbindung mit der kulturellen Enttraditionalisierung geraten nun aber die anderen wichtigen Tätigkeiten, ohne die eine Gesellschaft nicht bestehen kann, unter Druck: insbesondere die bisher vor allem (aber nicht nur!) von Frauen erbrachten unbezahlten Sorgertätigkeiten für Angehörige, für Kinder, Kranke und Alte. Denn im Sinne einer verpflichtenden Zuweisung an Frauen und Männer ist ja nur der ökonomisierte Teil des Spektrums lebensnotwendiger Arbeit verallgemeinert worden. Die fürsorgliche Praxis im Privatbereich gehört nicht dazu: Die neuen sozialpolitischen Regelungen für Elterngeld und Pflegegeld und die freiwilligen Familienaudits der Unternehmen sollen nur dazu beitragen, in einem gewissem Umfang die Betreuung und Pflege von Angehörigen zu ermöglichen. In seiner jetzigen Ausgestaltung unterschätzt dieses Politikmodell die menschliche Grundbedingung der Verletzlichkeit und Gebrechlichkeit im Leben der Einzelnen, die in vielen Situationen körperlicher und seelischer Bedürf-

„ Die heutige Sozialpolitik unterschätzt, dass ein existenzielles Angewiesensein auf die Hilfe anderer Personen eine umfassende Ökonomisierung aller Sorgetätigkeiten nicht zulässt. “

tigkeit ein existenzielles Angewiesensein auf die Hilfe anderer Personen zur Folge hat, aber eine umfassende Ökonomisierung aller notwendigen körperlichen und seelischen Sorgetätigkeiten nicht zulässt. Und es verkennt die Spannungen oder Grenzkonflikte, die sich zwischen den eigensinnigen Anforderungen fürsorglicher Praxis im häuslichen Bereich und den neuen Anforderungen an Flexibilität und Eigenverantwortung in der Erwerbsarbeit ergeben.

Die zunehmenden Flexibilisierungsanforderungen bei Arbeitszeiten und Arbeitsorten in der Erwerbsarbeit machen es notwendig, die persönlichen Sorgeaufgaben im privat-häuslichen Bereich flexibel darauf auszurichten. Je weniger Personen verlässlich zur Verfügung stehen, die als Angehörige, Freunde oder im Zuge freiwilligen Bürgerengagements Sorgeaufgaben verbindlich wahrnehmen, um so eher ist es nötig, Sorgearbeit in die Hände von bezahlten Sorgearbeiterinnen abzugeben. Das können Personen sein, die ambulant in den häuslichen Privatbereich kommen. Es können auch Beschäftigte in sozialen Einrichtungen und Institutionen sein, beispielsweise Krippen, Schulen oder Pflegeheimen, deren Arbeit geschützt ist.

Mit der Einführung von Markt und privatwirtschaftlichem Wettbewerb in den Gesundheits- und Sozialbereich geraten auch diese Einrichtungen verstärkt unter ökonomische Zwänge. Diesem zufolge geht es bei der Erfüllung der Aufgaben um Effizienz und Kostenersparnis. Strikte Vorgaben für Kosten- und Zeitersparnis schaffen aber bei den Beschäftigten im Sozialbereich widersprüchliche Arbeitsanforderungen, weil sie den Tätigkeiten, die mit sozialen Beziehungen zur Erfüllung grundlegender Lebensbedürfnisse verbunden sind, nicht angemessen sind. Untersuchungen zeigen, dass beispielsweise Verrichtungen am Krankenbett ohne eine sie begleitende gute Kommunikation für beide Seiten der Pflegebeziehung schädlich sind: Pflegehand-

lungen oder medizinische Handlungen werden dann unzureichend oder nicht gut ausgeführt. (2) Denn Kommunikation kann nicht zu einer bestimmten Zeit erzwungen werden; sie setzt eine Bereitschaft, also einen bestimmten Zustand auf Seiten der Gepflegten und ein Höchstmaß an Gelassenheit und frei verfügbaren Zeiträumen auf Seiten der beruflichen Sorgekräfte voraus.

Fehlt es in den Einrichtungen den beruflich Pflegenden (und anderen Berufstätigen im Sozialbereich) an genügend Zeit in eigener Regie, so erleben diese einen Mangel an Anerkennung und eine Missachtung ihrer professionellen Qualitätsmaßstäbe. In solchen Situationen besteht die Gefahr, dass sie ihr Engagement zurückschrauben oder – wie Statistiken zeigen – psychisch erkranken (vgl. S. 39 ff.). Fehlt es sogar insgesamt an verlässlichen Zeiträumen, beispielsweise durch schnell wechselnde Dienstzeiten, kommen berufliche Sorgekräfte wie andere Erwerbstätige auch in Grenzkonflikte zu den eigenen Anforderungen aus privaten Sorgebeziehungen.

Transnationale Sorgketten

Ambulante Pflegekräfte, oft in eher prekären Teilzeitverhältnissen oder geringfügig beschäftigt, können selten bestimmte Tageszeiten verlässlich einhalten, und ein häufiger Wechsel der Betreuungspersonen ist für die zu Pflegenden mit Belastungen verbunden. Erwerbstätige Angehörige von sorgebedürftigen Personen, die rund um die Uhr Hilfe brauchen, finden sich zudem oft in einer Situation, in der sie die Kosten für eine reguläre professionelle Hilfe im (allgemein bevorzugten) häuslichen Bereich gar nicht aufbringen können. In solchen Fällen werden Sorgearbeiten oft informell an Migrantinnen vergeben (vgl. S. 46 ff.). Den transnationalen Wertschöpfungsketten der Industrie in der globalen Ökonomie entsprechen so transnationale Sorgketten („Care Chains“), bei denen Personen aus Entwicklungsländern oder Osteuropa hierzulande zu geringen Löhnen bezahlte Sorgearbeit übernehmen, während im Herkunftsland ihre unbezahlten Sorgeaufgaben oft schlecht oder gar nicht ersetzt werden. So bildet sich teils in den Herkunftsländern, teils hierzulande, ein stetig wachsender Arbeitsmarkt für informelle, also arbeits- und sozialrechtlich ungeschützte Arbeitskräfte. Die Existenz dieses informellen oder grauen Arbeitsmarkts untergräbt allerdings an jedem Ort die national und international geltenden Regeln im Arbeits- und Sozialschutz.

Die Beachtung und Schonung erschöpfbarer Ressourcen in einer Nachhaltigkeitsperspektive schließen also die Neubetrachtung der nicht verfügbaren Anteile im Gesamtspektrum lebensnotwendiger Arbeit in den Gesellschaften ein. Die Bemühungen der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organisation, ILO) um eine Agenda für „Decent Work“, also für menschenwürdige Arbeit zur Korrektur der Fehlentwicklungen der Globalisierung im Arbeitsleben, sind dabei nur ein notwendiger Schritt. (3) Es ist angesichts der aufgewiesenen Entwicklungstrends kein Zufall, dass die Internationale Arbeitskonferenz, also die Vollversammlung der ILO im Juni 2011 erstmal in ihrer über 90-jährigen Geschichte ein Übereinkommen zur menschenwürdigen Arbeit von Hausangestellten zu verabschieden plant. Neben der guten Gestaltung beruflicher Sorgearbeit in Haushalt und Pflege kommt es aber darauf an, die fürsorgliche Praxis als Teil des Alltagslebens zu ermöglichen. —

Anmerkungen

(1) Zu den allgemeinen Veränderungen vgl. Senghaas-Knobloch, Eva (2008): *Wohin driftet die Arbeitswelt?* Wiesbaden.

(2) Kumbruck, Christel/Rumpf, Mechthild/Senghaas-Knobloch, Eva (2010): *Unsichtbare Pflegearbeit. Fürsorgliche Praxis auf der Suche nach Anerkennung.* Münster. S. 235 ff.

Böhle, Fritz/Glaser, Jürgen (Hrsg.) (2006): *Arbeit in der Interaktion. Interaktion als Arbeit.* Wiesbaden.

(3) Senghaas-Knobloch, Eva: *Internationale Arbeitsregulierung.* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 34-35/2010, S. 27-33.



Wie (anders) arbeiten

Sie?

Ich bin nach wie vor auf der Suche nach dem Hut, unter den alles passt.

1990 forscht sie im interdisziplinären Forschungszentrum Nachhaltigkeit (artec) der Universität Bremen.

Kontakt

Prof. Dr. Eva Senghaas-Knobloch
Interdisziplinäres Forschungszentrum
Nachhaltigkeit artec
Enrique-Schmid-Str. 7
D-28359 Bremen
E-Mail esk@artec.uni-bremen.de
www.artec.uni-bremen.de

Zur Autorin

Eva Senghaas-Knobloch, geb. 1942, ist Soziologin und Politikwissenschaftlerin. Als Professorin für Arbeitswissenschaft lehrte sie von 1992 bis 2008 an der Universität Bremen. Seit

Frauen und die Arbeitswelt

Fortschritt made in Germany ist weiblich

Von Brigitte Pothmer

Erwerbsarbeit ist noch immer eine der Schlüsselfragen der Gleichberechtigung. Doch es gibt noch mehr Gründe dafür, warum sich Gesellschaft und Wirtschaft die Benachteiligung von Frauen im Arbeitsleben nicht länger leisten können.

— Frauen arbeiten anders. Nicht nur, dass sie laut OECD im Schnitt 100 Minuten täglich (!) länger als Männer unbezahlt mit Kochen, Putzen oder Pflegen beschäftigt sind. Auch bei der bezahlten Arbeit liegen Frauen deutlich im Hintertreffen, sei es bei Lohn und Gehalt oder beim Prestige. Aber gerade deshalb gilt: Wenn sich Frauen nicht abhängen lassen wollen, dann muss die Zukunft der Arbeit weiblich sein. Aus Anlass des diesjährigen 100. internationalen Frauentags wurden bei vielen Gelegenheiten die Fortschritte in Sachen Frauenrechte gewürdigt und auf weitere Verbesserungen gedrungen. Aber nicht nur das. Der Kampf für mehr Geschlechtergerechtigkeit zeigt sich derzeit so quicklebendig und kontrovers wie lange nicht mehr. Die Ex-taz-Chefredakteurin Bascha Mika provozierte in der Auseinandersetzung über die Vereinbarkeit von Kindern und Karriere mit ihrem Buch „Die Feigheit der Frauen“, während die Unions-Ministerinnen Kristina Schröder und Ursula von der Leyen öffentlich über eine verpflichtende Frauenquote für die Chefetagen stritten. Als passende Ergänzung dazu lief kurz vor dem 8. März der Film „Made in

Dagenham“ (deutsch: „We want Sex“) in den Kinos an. Darin wird die wahre Geschichte der Näherinnen eines englischen Ford-Werks erzählt, die 1968 ihre Arbeit niederlegten, um für gleiche Bezahlung zu streiten – mit bahnbrechendem Erfolg. Der Streik führte 1970 zum „Equal Pay Act“ in Großbritannien. Gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit von Frauen und Männern – das war eine wirkliche Revolution zwischen Werkshalle, sozialem Wohnungsbau und Hot Pants. Noch mehr als 40 Jahre später kommt die Geschichte modern und inspirierend rüber.

Sackgasse Mini-Jobs

Leider vollziehen sich Revolutionen nicht immer und überall so farbenfroh, energisch und erfolgreich wie im Film. Damals wie heute aber gilt: Die Erwerbsarbeit ist eine der Schlüsselfragen der Gleichberechtigung. Sie hat in unserer Gesellschaft eine herausragende Bedeutung für soziale Teilhabe, finanzielle Autonomie und individuelles Selbstbewusstsein. Und ohne Zweifel liegt bei diesem Thema immer noch einiges im Argen.

Der Blick auf den deutschen Arbeitsmarkt zeigt, dass die Teilzeit und der Niedriglohnsektor die Domänen der Frauenerwerbsarbeit sind. Von Entgeltgleichheit kann keine Rede sein: Frauen verdienen hierzulande im Schnitt 23 Prozent weniger als Männer; damit ist Deutschland eines der Schlusslichter Europas. Überwiegend von Frauen ausgeübte Tätigkeiten werden schlechter entlohnt als solche von Männern. Aber selbst wenn Ausbildung, Alter und Beruf gleich sind, verdient der weibliche Teil der Belegschaft im Schnitt zwölf Prozent weniger als der männliche – und das im selben Betrieb! Zwei Drittel aller Niedriglohnjobs üben – in der Regel qualifizierte – Frauen aus, die dafür häufig mit weniger als fünf oder sechs Euro Stundenlohn abgespeist werden. Die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit in den letzten 20 Jahren vollzog sich überwiegend in Teilzeit; zu einer Zunahme des gesamten Arbeitsvolumens hat dieser Trend kaum geführt. Da wundert es nicht, dass Mini-Jobs die weibliche Erwerbssackgasse Nummer eins sind. Führungspositionen in der Wirtschaft bleiben fest in Männerhand, und auch in den Aufsichtsräten sind Frauen kaum zu finden. Trotz dieser im Ganzen eher bedrückenden Zusammenfassung dokumentieren diese Daten aber auch die schleichende Ablösung des klassischen Ein-Verdiener-Modells (west-)deutscher Partnerschaften. Evolutionär betrachtet ist in den deut-

schen Partnerbeziehungen die Kombination aus Vollzeitberufstätigkeit des Hauptverdieners und Teilzeitjob des Nebenverdieners inzwischen das Mehrheitsmodell. Und alles spricht dafür, dass der Prozess weitergeht. Denn es ist mitnichten so, dass sich die Frauen mit ihrer Lage zufriedengeben. Warum sollten sie auch?

Gläserne Decke verhindert Karriere

Frauen sind die Bildungsgewinnerinnen vom Kindergarten bis zur Universität und haben ihre männlichen Altersgenossen häufig mit besseren und höheren Abschlüssen überflügelt. Umso absurder, dass trotzdem viele von ihnen im Erwerbsleben versauern. Die Ursachen dafür liegen auf der Hand. Erstens wählen viele Frauen noch immer klassische Frauenberufe – und damit in der Regel geringere Bezahlung, geringere Aufstiegschancen und geringeres berufliches Prestige. Und zweitens sind es immer noch überwiegend die Frauen, die im Falle der Familiengründung beruflich zurückstecken. Sie steigen aus und dann nur unvollständig wieder ein. Die Frauen, die keine Familien gründen, stoßen an die gläserne Decke, während die Männer in die Karrierephase starten. Flankiert von weiteren Einflüssen – abgeleitete Ansprüche in der Sozialversicherung, Ehegattensplitting oder Mini-Jobregelung – sorgen diese Faktoren dafür, dass etliche weibliche Erwerbsbiografien dauerhaft in der Talsohle verharren. Ein Naturgesetz ist das jedoch nicht.

Der Wunsch nach Veränderung greift um sich: Die Hälfte der in Teilzeit arbeitenden Frauen möchte mehr arbeiten, vor allem die Mini-Jobberinnen möchten das. Diesen Wunsch hatten Frauen früher auch schon, aber heute kommt ein Moment dazu, das für diese Bewegung ein ganz entscheidender Treibsatz sein wird. Ein im Januar 2011 veröffentlichtes Gutachten der Sachverständigenkommission bringt es auf den Punkt: Die Kosten der Nicht-Gleichstellung übersteigen die der Gleichstellung bei Weitem. (1) Aus einer Roland-Berger-Studie geht hervor, dass deutsche Unternehmen allein dadurch jährlich 21 Milliarden Euro verschwenden, dass sie bei Beförderungen und Besetzung auf Abziehbilder ihrer männlichen Alphas fixiert sind, anstatt auf Vielfalt zu setzen. (2)

Immer mehr Personalverantwortlichen dämmert es jedoch, dass sich so männerdominiert wie bisher in Zukunft kein Blumentopf mehr gewinnen lässt. Die Erkenntnis verbreitet sich, dass Unternehmen mit hohem Frauenanteil im Top-Management eine

höhere Produktivität und Motivation aufweisen als die, die auf Frauen verzichten. Daher steigt das Interesse der Wirtschaft an den Frauen – auch weil die Qualifikationsanforderungen weiter wachsen. Bis 2025 wird das Erwerbspersonenpotenzial in Deutschland um 6,5 Millionen Menschen sinken. Wirtschaft und Gesellschaft werden es sich nicht länger leisten können, die gut qualifizierten Frauen in Teilzeit oder unqualifizierte Beschäftigung abzuschieben. Das wäre eine erhebliche Innovationsbremse – besonders für Deutschland, das wie kaum ein anderes Land auf die Köpfe und Fähigkeiten seiner Bevölkerung angewiesen ist.

Hinzu kommt die Verschiebung der Beschäftigung in den Dienstleistungssektor, also in vorrangig weiblich geprägte Branchen. Dies hat sich bereits in der Wirtschaftskrise 2008-2010 gezeigt: Während insbesondere die industriell geprägten Branchen unter Auftragseinbrüchen litten, waren Firmen, in denen traditionell Frauen arbeiten, kaum betroffen. So konnte beispielsweise die Pflegebranche trotz Krise kontinuierlich Beschäftigung schaffen. Entgegen früheren Erwartungen steigt auch in diesen Bereichen der Bedarf an Fachkräften. Gesucht wird qualifiziertes Personal, da zunehmend komplexe Tätigkeiten zu bewältigen sind. Darum spielen Frauen in allen Konzepten zur Fachkräftesicherung eine enorme Rolle. Die Bundesagentur für Arbeit hat ausgerechnet, dass mit der Erhöhung der Arbeitsmarktpartizipation von Frauen auf skandinavisches Niveau bis zu 2,1 Millionen Vollzeitarbeitsplätze besetzt werden könnten. Gelingt es nicht, dafür die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, hängt sich Deutschland selber ab.

Auch Männer wollen Familie und Freizeit

Eine solche Entwicklung ist aber beileibe kein Selbstläufer; dafür bedarf es noch einer Menge revolutionärer Energie. Denn es geht um Macht und Moneten. Und die Beharrungskräfte sind stark: So sagte der Präsident der Chemie-Arbeitgeber Eggert Voscherau jüngst zur Forderung nach einer Frauenquote, Führungsverantwortung in den Chefetagen stelle eine Belastung dar, die wenig Kompromisse zulasse. (3) Diese kernige Kompromisslosigkeit fordert nichts weniger als Artenschutz für Männer und blendet überdies aus, dass sie mit unzumutbaren Kompromissen anderer erkaufte ist. Die gesellschaftliche Akzeptanz dafür geht indes mehr und mehr verloren, und das nicht nur bei den Frauen.

Auch immer mehr Männer wollen die einseitige Ausrichtung auf die Arbeitswelt nicht mehr leben. Sie wollen auch Familie und Freizeit. Hätten sie die Wahl, dann würde sich der Umfang ihrer Arbeitszeit deutlich an die weiblichen Arbeitszeiten annähern. Das zeigt, dass der frauenpolitische Diskurs in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist und Wirkung bei beiden Geschlechtern entfaltet hat. Es bleibt aber dabei, dass sich die nach wie vor männlich geprägte und organisierte Erwerbswelt verändern muss. Und mit ihr auch die Arbeitsteilung in den anderen Lebensbereichen. Die Familienarbeit, Männermonate hin oder her, schultern nach wie vor größtenteils die Frauen – zulasten ihrer Erwerbsperspektiven. Wenn sich diese Rollenteilung ändern soll, muss das Ideal des Rund-um-die-Uhr-Beschäftigten mit sporadischen Kontakten zu Familie und Alltagswelt auf den Prüfstand. Es reicht nicht aus, dass sich ein großer Teil der männlichen Spitzenkräfte für die Möglichkeit interessiert, flexibel zu arbeiten. Sie müssen solche Angebote auch tatsächlich in Anspruch nehmen. Auch müssen Mädchen und Jungen ihre Berufswahl über das bisher sehr beschränkte Spektrum hinaus erweitern. Sicher, Frauen in Männerberufen und umgekehrt werden nicht mehr wie exotische Tiere bestaunt, aber nach wie vor finden sich keine „untypischen“ Berufe auf den jeweiligen Hitlisten von Jungen und Mädchen.

Frauenquote ist nicht des Abendlandes Untergang

Politik muss diese Entwicklung unterstützen. Denn – und das darf nicht vergessen werden – es geht nicht nur um Arbeit, sondern als Erstes um Gerechtigkeit. Und um die ist es, wie oben dargestellt, aktuell eher mäßig bestellt. Das bedeutet aber gleichzeitig, dass das Potenzial für Veränderung immens ist. Eine 2010 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend veröffentlichte Studie belegt: In allen sozialen Schichten, Alters- und Bildungsgruppen wird die Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern als eine der großen noch bestehenden Gerechtigkeitslücken in Deutschland wahrgenommen. (4) Das ist ein Motor für Veränderungen, den die Politik beschleunigen kann. In England tauschen sich Beschäftigte über ihr Einkommen aus, in Skandinavien werden Informationen offengelegt, um diskriminierende Entgelte aufzudecken. Warum ist das hierzulande tabu?

Frauenberufe werden chronisch unterbewertet – da sind die Tarifparteien gefragt, mit gerechten Maßstäben eine Neubewertung typischer Frauentätigkeiten vorzu-

„ In allen sozialen Schichten wird die Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern als eine der großen Gerechtigkeitslücken wahrgenommen. “

nehmen. Und Deutschland braucht endlich einen Mindestlohn, der dafür sorgt, dass Arbeit nicht weiter zum billigen Jakob verkommt (vgl. S. 81 ff.). Damit würden auch neue Anreize für Männer gesetzt, vermeintlich „artfremde“ Tätigkeiten zu ergreifen. Geradezu absonderlich ist, mit welcher Inbrunst am Ehegattensplitting in seiner jetzigen Form festgehalten wird – obwohl die dadurch verursachte Fehlsteuerung wieder und wieder belegt wurde. Die Überleitung in eine Individualbesteuerung, die Neuordnung der Ehe- und Familienförderung und die Abschaffung der un gerechtfertigten Sonderstellung der Mini-Jobs gehören daher ebenso auf die politische Agenda. Deutschlands Aufsichtsräte brauchen die Frauenquote und die Wirtschaft endlich ein Gleichstellungsgesetz. Die Zeit der Freiwilligkeit muss vorbei sein, denn Ergebnisse dieser Politik sind bis auf ein paar rühmliche Ausnahmen kaum messbar. Die skandinavischen Beispiele zeigen zudem, dass der Untergang des Abendlandes wegen einer Frauenquote nicht zu erwarten ist.

Die Fähigkeit, faire und zufriedenstellende Bedingungen für alle zu schaffen, wird über die Zukunfts- und Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft entscheiden. Es gilt, über Arbeitsorganisation und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf neu zu diskutieren. Und zwar nicht als Frauenproblem, sondern als Zielperspektive für Frauen und Männer. Das erfordert ein Umdenken von Männern, Unternehmen und Institutionen und eine offene Debatte darüber, bis zu welchem Grad eine Professionalisierung bisher durch unbezahlte Arbeit erledigter Aufgaben stattfinden und bis zu welchem Grad die Erwerbsarbeit das Leben bestimmen soll.

Für die bessere Vereinbarkeit von Familien und Beruf ist vor allen Dingen Fantasie und Experimentierfreude gefordert. Wie können innovative Organisationsformen und Arbeitszeitmodelle neue Möglichkeiten eröffnen? Zur Antwort gehört unabdingbar auch die Verknüpfung von mehr Freiräumen für Privates und Familie mit Karrie-

reancen und Führungsaufgaben. Bei der Kinderbetreuung ist der Schritt zur Professionalisierung im Wesentlichen vollzogen. Mögen auch einige das Bild der Rabenmutter weiter strapazieren – der kommende Rechtsanspruch auf Betreuung ab dem ersten Lebensjahr wird zeigen, dass die Realität stärker ist als die Restauration. Eine ähnliche Entwicklung bei der Pflege steht noch aus, der gesellschaftliche Diskurs hat gerade erst begonnen. ———

Anmerkungen

- (1) Sachverständigenkommission zur Erstellung des Ersten Gleichstellungsberichtes der Bundesregierung (Hrsg.) (2011): Neue Wege – Gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. Essen.
- (2) Roland Berger Strategy Consultants (2011): Dream Team statt Quote – Erfolgreiches Vielfalts- und Einbeziehungsmanagement. München.
- (3) Voscherau, Eggert: Die Quote bestraft die Frauen. In: Financial Times Deutschland vom 27.4.2011.
- (4) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2010): Sinus Sociovision: Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern. Berlin.



Wie (anders) arbeiten Sie?

Zu Hause auf dem Bauernhof hieß es: wie die Hacken, so die Backen. So gesehen kann ich bestätigen, dass die Arbeit im Bundestag meinem Bodymaßindex gut tut.

Zur Autorin

Brigitte Pothmer, geb. 1955, ist arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Davor war die

Sozialpädagogin u.a. als Frauenreferentin tätig. Von 1994 bis 2003 war sie Mitglied des Niedersächsischen Landtages, seit 2005 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestages.

Kontakt

Brigitte Pothmer, MdB
Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik
Bundestagsfraktion B90/Die Grünen
Platz der Republik 1
D-11011 Berlin
Fon ++/(0)30/22 77 45 27
E-Mail brigitte.pothmer@bundestag.de

Gesundheitliche Auswirkungen

Arbeiten bis der Arzt kommt

Von Klaus Michael Meyer-Abich

So hat sich Marx die Menschwerdung durch Arbeit nicht vorgestellt: Statt Erfüllung bringt sie Rückenprobleme, Atembeschwerden und psychische Erkrankungen. Dass immer mehr Menschen unter ihrer Arbeit leiden, liegt auch daran, dass sie ihnen keinerlei Sinn mehr vermittelt.

— Als ich vor einigen Jahren zum ersten Mal davon hörte, dass es in Großbetrieben und großen Behörden ein starkes gesundheitliches Gefälle von der Leitungsebene zu den unteren Beschäftigungsgruppen hin gibt, sodass die letzteren häufiger krank sind und medizinisch behandelt werden, dachte ich: Wozu da die ganze Medizin? (1) Sollten wir nicht zuerst einmal die Arbeitsverhältnisse ändern, statt die Leute an ihnen erkranken zu lassen, sie dann medizinisch zu kurieren und sie schließlich wieder in dieselben pathogenen, also Krankheiten verursachenden Verhältnisse zurückzuschicken? Tatsächlich sind Morbidität und Mortalität am unteren Ende der betrieblichen Hierarchie drei- bis viermal so hoch wie am oberen, und zwar im Wesentlichen wegen mangelnder Anerkennung und Selbstbestimmung, also aus sozialen Gründen. (2)

Was ist aus unserer Arbeitswelt geworden, wenn es darin heute so ungesund zugeht? Leben die Beschäftigten mittlerweile nicht viel besser als unter den frühkapitalistischen Verhältnissen, denen Karl Marx entgegengestellt hatte, dass Arbeit

nicht nur menschenwürdig sein, sondern geradezu der Selbstwerdung und Menschenbildung dienen sollte? Die Menschheit ist zu sich gekommen, indem sie zur Welt gekommen ist, sich einen Lebensraum im Ganzen der Natur gebildet hat, erklärte der junge Marx. Dieses Zu-sich-Kommen im Zur-Welt-Kommen ist nach Marx der eigentliche Sinn der menschlichen Arbeit, das tätig wirkende Dasein oder die „Wirklichkeit“ des Menschen. Diese Bedingung kann nicht erfüllt sein, wenn Menschen ausgerechnet an ihrer Arbeit erkranken. Und die Medizin würde nur der Anpassung an eine Fehlentwicklung dienen, wenn sie diese Krankheiten bloß wieder kuriert, ohne dass sich sonst etwas ändert. Hatte Marx unrecht oder arbeiten wir falsch? Und trägt unser sogenanntes Gesundheitswesen seinen Namen noch zu Recht, wenn es nur Krankheiten heilt, aber nicht für das Gesundbleiben sorgt?

Krankheiten in der heutigen Arbeitswelt

Fragt man zunächst nicht weiter nach den sozialen Gründen, warum Arbeit krank macht, sondern wendet sich den Berichten der Krankenkassen zu, so erfährt man, dass etwa die Hälfte der krankheitsbedingten Arbeitsausfälle durch Haltungsbeschwerden im Muskel-Skelett-System, durch Atemwegsleiden und psychische Erkrankungen bedingt sind. Dabei treten die Krankheiten des Atmungssystems zwar am häufigsten auf, dauern aber nicht so lange wie Rückenschmerzen oder durch psychische Erkrankungen, sodass diese insgesamt stärker ins Gewicht fallen. Ein weiteres Viertel aller krankheitsbedingten Arbeitsausfälle beruht auf Verletzungen respektive Unfällen sowie auf Erkrankungen des Magen-Darm-Trakts und des Blutkreislaufs. Alle anderen Krankheiten bilden zusammen nur das letzte Viertel.

Allerdings sind unsere Krankheiten nicht allein durch die Arbeitsverhältnisse bedingt. Die Beschäftigten verbringen ja nur etwa ein Fünftel ihrer Zeit am Arbeitsplatz. In besonderem Maß den Arbeitsverhältnissen geschuldet dürften jedoch die psychischen Erkrankungen sein, zumal sie unter anderem vermöge der eingangs genannten Mängel an Anerkennung und Selbstbestimmung auch andere Krankheiten nach sich ziehen. Beunruhigend ist außerdem die rasche Zunahme dieser Erkrankungen, die statistisch zwar erst ungefähr ein Zehntel der Arbeitsausfälle zur Folge haben, beispielsweise unter den von der DAK Versicherten jedoch in acht Jahren um mehr als zwei Drittel zugenommen haben. (3)

Von der Beschäftigungsseite her dürften die Ursachen vor allem in einem Ungleichgewicht der intellektuellen und der körperlichen Anforderungen an den heutigen Arbeitsplätzen liegen, das den Fähigkeiten und gesundheitlichen Bedürfnissen der meisten Menschen nicht entspricht. Hinzu kommt der wachsende Druck, dem diejenigen ausgesetzt sind, die (noch) einen Arbeitsplatz haben. Dieser Druck zeigt sich auch daran, dass viele Beschäftigte trotz Krankheit zur Arbeit gehen und immer mehr Psychopharmaka nehmen, um am Arbeitsplatz nicht zu versagen. Auch so hatte Marx sich die Menschwerdung durch Arbeit nicht vorgestellt.

Kopf- und Muskelarbeit im Gleichgewicht

Hier zeigt sich, dass das Beschäftigungssystem sozusagen nach oben auswandert, eine Entwicklung, die schon seit vielen Jahren zur Entlassung von Millionen Beschäftigten geführt hat. Durch Automatisierung und zunehmend intellektuelle Anforderungen am Arbeitsplatz sucht die Wirtschaft sich sozusagen ein anderes Volk, was die Beschäftigten angeht, möchte hinsichtlich der Konsument(inn)en allerdings alles beim Alten lassen. Um diese Entwicklung nicht zu unterschätzen, sollte man bedenken, dass sie bereits seit 200 Jahren andauert. Denn in der heutigen Intellektualisierung der Arbeit vollendet sich die Abschaffung der körperlichen Tätigkeiten, die mit der Industrialisierung durch Maschinen begonnen hat. In unserer Zeit gibt es kaum noch Berufe, in denen schwere körperliche Arbeit geleistet wird.

Charakteristischerweise hat die Zunahme der psychischen Erkrankungen im 19. Jahrhundert bei den Wohlhabenden begonnen, die zuerst von körperlichen Beanspruchungen „entlastet“ wurden. Erst später griff sie, zum Teil aber auch bereits im 19. Jahrhundert, auf die sozial und ökonomisch niedriger stehenden Bevölkerungsklassen über.

Heute noch sieht man an den Statistiken der Krankenkassen, dass es im Baugewerbe und in der Metallindustrie die wenigsten Fälle psychischer Erkrankungen gibt, im Gesundheits- und Sozialwesen hingegen die meisten – dem Bundesverband der Krankenkassen BKK zufolge etwa 15 Prozent im Gegensatz zu fünf Prozent im Baugewerbe. (vgl. S. 26 ff.). Ein relativ ausgewogeneres Verhältnis von körperlicher und geistiger Arbeit dient also offenbar der seelischen Gesundheit. Der Globalisierungsstress seit den Deregulierungen der 1980er- und 1990er-Jahre verstärkt also nur eine

„ In der heutigen Intellektualisierung der Arbeit vollendet sich die Abschaffung der körperlichen Tätigkeiten, die mit der Industrialisierung durch Maschinen begonnen hat. “

säkulare, sich über einen langen Zeitraum erstreckende Entwicklung, die zuvor nicht so auffällig war. Der Mensch ist für die zunehmende Verkopfung seiner Arbeit eben nicht geschaffen. Wenn das alles nicht so weitergehen soll, muss wieder ein erträgliches Gleichgewicht von geistiger und körperlicher Arbeit gefunden werden. Es liegt auf der Hand, dass dann auch die anderen Krankheiten – insbesondere die Rückenschmerzen und die Herz-Kreislauf-Krankheiten – entsprechend zurückgehen werden, die ja ihrerseits mit dem Bewegungsmangel zusammenhängen.

Wir leben und arbeiten also zumindest insoweit falsch, als wir die Balance zwischen körperlicher und geistiger Arbeit verloren haben. Dies zu korrigieren wäre wohl möglich, wenn wir dies einsehen und ändern wollen. Es gäbe dann viel weniger arbeitsbedingte Erkrankungen als jetzt. Der von Marx erhobene Anspruch geht jedoch noch erheblich weiter. Man darf hier geradezu von einer Verheißung sprechen, die sich – im Gegensatz zu seinen anderen Verheißungen – wirklich erfüllen könnte. Dies ist die Verheißung, dass wir durch Arbeit nicht nur nicht krank zu werden brauchen, sondern überdies ein sinnvolles und gesünderes Leben führen könnten.

Ein junger Kinderarzt verlegte seine Praxis in den 1960er-Jahren in eine andere Stadt. Drei Wochen vor der Eröffnung der neuen Praxis wurde bei ihm ein Hodenkrebs entdeckt – für den die Überlebenschance damals bei etwa 25 Prozent lag – und sofort operiert. Der Arzt hat den Eröffnungstermin trotzdem eingehalten und von Anfang an voll gearbeitet. Die Chemotherapie lief nebenher, die regelmäßigen Blutkontrollen besorgte seine Frau. Die Mitarbeiter haben von alledem nichts erfahren, weil sie ihren Chef sonst bedauert und dadurch nervös gemacht haben würden. Der Arzt ist gesund geblieben. Was wäre wohl aus ihm geworden, wenn er nach der Diagnose erst einmal nur für seine Krankheit gelebt hätte?

Die Krankheit war in diesem Fall bereits eingetreten, was mit der vorangegangenen Unzufriedenheit zu tun gehabt haben mag, konnte aber – wie es scheint – durch Arbeit in Verbindung mit einer medizinischen Behandlung geheilt werden. Epidemiologische und experimentelle Befunde deuten zunehmend darauf hin, dass es – sogar im Fall von Krebs – gar nicht erst zu Krankheiten zu kommen braucht, wenn man im Mitsein mit anderen so lebt, wie man es als sinnvoll empfindet. Dass die Sinnhaftigkeit des eigenen Handelns die entscheidende Bedingung für die Gesundheit ist, war der Grundgedanke des Neurologen und Psychotherapeuten Viktor Frankl, den auch der Psychologe Abraham Maslow aufgenommen hat. Maslow sprach im Anschluss an den holistischen Neurologen Kurt Goldstein von der Selbstverwirklichung, in der sich alle Bedürfnisse erfüllen und der Mensch gesund ist. Dass jeder „das Seine tut“ – das, was er am besten kann – und sich dadurch „selbst verwirklicht“, also das eigene Leben lebt, ist ein von Platon bis Goethe und Marx immer wiederkehrender Gedanke. Sieht man darin mit Frankl und Maslow nun auch die entscheidende Bedingung für das Gesundsein, so bleibt zu erklären, in welcher Art von Arbeit sich das „Werde, der du bist!“ oder das Selbstsein im Mitsein am ehesten erfüllt. Hier gibt es die paradoxe Erfahrung, am ehesten ganz bei sich zu sein, wenn man ganz bei der Sache ist, an der man arbeitet. In der Formulierung, etwas „um seiner selbst willen“ zu tun, ist das Paradox als die Doppeldeutigkeit aufgehoben, sowohl um der Sache selbst willen als auch um seiner – des Arbeitenden – selbst willen tätig zu sein.

Die meisten arbeiten nur fürs Geld

Etwas um seiner selbst willen zu tun, nennt man in der Psychologie eine intrinsische Motivation. (4) Im Gegensatz dazu ist man extrinsisch oder jedenfalls überwiegend von außen her motiviert, wenn man etwas um einer Belohnung willen tut, sei es um des Geldes willen, wegen einer guten Examensnote, wegen einer Verbesserung des persönlichen Status oder, um von anderen geliebt zu werden. Man arbeitet dann zwar an einer Aufgabe, tut dies aber nicht um dieser selbst willen, sondern weil man für die Arbeit etwas bekommt. Die beiden Motivationen sind nicht immer klar zu trennen, aber meistens lässt sich doch sagen, welche von ihnen überwiegt, und nur darauf kommt es an.

Beispielsweise hat man in verschiedenen Ländern die Beschäftigten gefragt, ob sie ihre Arbeit auch unabhängig vom Einkommen gern tun oder ob das Einkommen dabei die Hauptsache ist. (5) Die meisten Menschen können sich hier ziemlich eindeutig entscheiden. Zwar arbeitet man normalerweise nicht umsonst, weil es ungerrecht wäre, wenn andere aus der eigenen Arbeit Vorteile zögen, bei denen man selbst leer ausgeht, aber man weiß doch aus ehrenamtlichen Tätigkeiten, was damit gemeint ist, etwas „um seiner selbst“ willen zu tun, nämlich eine Aufgabe so zu der eigenen zu machen, dass man sich soweit wie möglich für sie einsetzt und davon keinen Vorteil erwartet. Umfragen im vergangenen Jahrzehnt der Firma Gallup haben ergeben, dass hierzulande nur höchstens ein Siebtel der Beschäftigten ihre Aufgaben um ihrer selbst willen erfüllt. 2009 waren es nur noch elf Prozent. Zwei Drittel machen sozusagen Dienst nach Vorschrift, weil die Arbeit nun einmal notwendig für den Lebensunterhalt ist, und etwa ein Fünftel arbeitet nur um des Geldes willen. Die Ergebnisse der Erhebungen haben sich seit 2001 mehrfach bestätigt – mit abnehmender Tendenz für diejenigen, die ihre Arbeit um ihrer selbst willen verrichten, und einer deutlichen Zunahme derer, die vorrangig fürs Geld arbeiten. Danach arbeiten die meisten Menschen in unserer Gesellschaft überwiegend extrinsisch motiviert. In anderen Ländern gab es ähnliche Ergebnisse, teilweise allerdings mit einem größeren Anteil der überwiegend intrinsisch Motivierten.

Politische Medizin dringend gebraucht

Das Ergebnis dieser Umfrage ist so beunruhigend wie die Zunahme der psychischen Erkrankungen. Wer nur überwiegend extrinsisch motiviert arbeitet, kann nämlich daran erkranken, weil diese Art von Arbeitsmotivation keine Grundlage für ein sinnvolles Leben ist. Der Psychologe Tim Kasser hat diese Krankheitsdispositionen statistisch belegt und als den „hohen Preis des Materialismus“ – um äußerer Belohnungen willen zu arbeiten – zusammenfassend beschrieben. (6) Pathogen ist dieses Leben deshalb, weil Menschen Erfolgserlebnisse brauchen. Diese aber gibt es immer nur insoweit, wie man sich mit seiner Arbeit identifiziert, also etwas „um seiner selbst willen“ tut. Belohnungen liefern keine Erfolgserlebnisse.

Auf die eingangs gestellte Frage, ob Marx unrecht hatte oder ob wir falsch, nämlich ungesund arbeiten, ergibt sich die eindeutige Antwort: Marx hatte recht, und wir

arbeiten falsch. Wir arbeiten zwar nicht genauso falsch wie im Frühkapitalismus, aber es ist dieselbe Entfremdung in einer anderen Form, die man auch den Fordistischen Pakt genannt hat. Außer der Medizin bräuchten wir wieder eine politische Medizin im Sinn des Arztes Rudolf Virchow, die auch die gesellschaftlichen Bedingungen von Gesundheit und Krankheit wahrnimmt. Unser heutiges Gesundheitswesen trägt seinen Namen nicht zu Recht, solange es lediglich Krankheiten kuriert, welche eine Folge pathogener Arbeits- und sonstiger Lebensverhältnisse sind, und sich nicht darauf versteht, wie wir arbeiten – und anderweitig leben – müssten, um gar nicht erst krank zu werden. ———

Anmerkungen

- (1) Der Artikel fußt auf dem Buch des Autors „Was es bedeutet, gesund zu sein – Philosophie der Medizin“, das 2010 im Hanser Verlag erschienen ist.
- (2) Marmot, Michael (2004): *Status Syndrome. How Your Social Standing Directly Affects Your Health and Life Expectancy*. London.
- (3) DAK (2009): *Gesundheitsreport 2009. Analyse der Arbeitsunfähigkeitsdaten*. Schwerpunktthema Doping am Arbeitsplatz. Hamburg.
- (4) Deci, Edward L./Ryan, Richard M. (1985): *Intrinsic Motivation and Self-Determination in Human Behavior*. New York/London.
- (5) Gallup Consulting (2011): *Engagement Index Deutschland 2010*. Berlin.
- (6) Kasser, Tim (2002): *The High Price of Materialism*. Cambridge/London.



Wie (anders) arbeiten Sie?

Ich arbeite intrinsisch motiviert.

sität Essen. Er war Sachverständiger in mehreren Enquetekommissionen des Deutschen Bundestages und von 1984 bis 1987 Senator für Wissenschaft und Forschung in Hamburg.

Zum Autor

Klaus Michael Meyer-Abich, geb. 1936, ist emeritierter Naturphilosoph an der Univer-

Kontakt

Prof. em. Dr. Klaus Michael Meyer-Abich
Charitas-Bischoff-Treppe 9, D-22587 Hamburg
Fon ++49/(0)40/866 243 86
E-Mail klaus.meyer-abich@uni-duisburg-essen.de

Arbeit im globalen Süden

Widerstand gegen das Effizienzdiktat

Von Christa Wichterich

Als Kleinbauer oder Obstverkäuferin arbeiten die meisten Menschen im Süden im informellen Sektor, sprich ohne Vertrag und soziale Absicherung. Wer sein Heil in der Lohnarbeit sucht, schuftet in den Fabriken im Akkord. Doch immer mehr Menschen kämpfen für höhere Löhne, geregelte Arbeitsverhältnisse und die Anerkennung ihrer Anstrengungen.

— „[...] warum fahren Sie dann nicht aus?“ – „Weil ich heute morgen schon ausgefahren bin.“ – „War der Fang gut?“ – „Er war so gut, daß ich nicht noch einmal auszufahren brauche [...] ich habe sogar für morgen und übermorgen genug.“

In Heinrich Bölls „Anekdote zur Senkung der Arbeitsmoral“ empfiehlt ein Tourist einem portugiesischen Fischer, seine Arbeit zu ökonomisieren und zu einem profitablen Unternehmen auszubauen. Doch der Fischer, der weiß, was „genug“ ist, döst zufrieden in der Sonne und genießt das Leben. Seine Arbeit dient der Versorgung, nicht dem Wachstum. Er arbeitet, um zu leben. Böll entwarf zur Zeit des bundesdeutschen Wirtschaftswunders die Arbeit des Fischers als Gegenbild zur Erwerbsarbeit in den industrialisierten Leistungs- und Konkurrenzgesellschaften. Die portugiesische Idylle selbstbestimmten nachhaltigen Arbeitens ohne Spuren von Konkurrenz, Ressourcenkampf und Herrschaftsverhältnissen aus dem Jahr 1963 liest sich heute wie eine Utopie.

Trotzdem bestimmen Elemente der „anderen“ Rationalität dieser Arbeit immer noch die informelle Arbeit, die das Wirtschaften, Wert-Schöpfen und Haushalten im globalen Süden dominiert. In Indien zum Beispiel werden 93 Prozent aller bezahlten Arbeit informell geleistet. Arbeit ohne Vertrag, ohne Arbeitsstandards und soziale Sicherheiten ist der Normalfall; formal regulierte, beschäftigte oder selbstständige Arbeit die Ausnahme.

Die Durchökonomisierung der Arbeit, die der Fischer verweigert, fehlt auch der informellen Ökonomie, welche kleinbäuerliche Produktion, Tagelöhnerie, Vertragsarbeit, Gelegenheits- und Saisonjobs, Selbstbeschäftigung sowie erwerbsförmige Haus- und Sorgearbeiten umfasst. Sie ist in Form und Inhalt noch nicht vollständig der Funktionslogik des kapitalistischen Marktes, die Effizienz, Produktivitätssteigerung und Leistungsstandards beinhaltet, unterworfen. Aus Sicht industrialisierter Arbeitsgesellschaften verblüffen die informellen Ökonomien: Sie sind ein nach ökonomischen Kriterien wenig systematisches Gewirr von Tätigkeiten und Netzwerken, die relativ funktionstüchtig und produktiv sind, wenn man sie am Zweck der Versorgung misst. Jedenfalls solange die Arbeitenden Zugang zu den notwendigen Ressourcen und Gemeingütern haben – der Kleinbauer zu Land, die Straßenhändlerin zu einer Ecke auf dem Bürgersteig – und sie nicht durch die Konkurrenz großer Marktakteure und Technologien verdrängt werden. Misst man die informelle Arbeit allerdings mit dem Maßstab des Bruttoinlandsprodukts, dann ist sie relativ unproduktiv, denn sie erzeugt kein permanentes Wachstum durch Effizienzsteigerung.

Die Patchwork-Ökonomie der Tätigkeitsvielfalt

In der Arbeitspraxis ist die informelle Ökonomie zum einen mit der formellen Ökonomie unauflösbar verflochten und führt ihr Wert und Reichtum zu. Zum anderen sind die Übergänge zwischen informeller Arbeit und sozialer Reproduktion, Sorge- und Subsistenzarbeiten fließend, sie reichen von den Kleinbäuerinnen und -bauern auf ihren Feldern bis zu den Straßenarbeiterinnen, die ihre Babys mit zur Baustelle bringen. Zudem ist sie eine Patchwork-Ökonomie der Tätigkeitsvielfalt der Einzelnen: So arbeitet jemand beispielsweise frühmorgens als Lastenträger im Großmarkt, mittags als Zeitschriftenverkäufer im Verkehrsstau und nachts als Wachmann in einem Wohlstandsviertel. Viele, die im öffentlichen Sektor als Lehrer oder Krankenschwes-

ter nur Hungerlöhne verdienen, arbeiten in zweiter und dritter Schicht als Heimarbeiterin, Friseur oder Obstverkäuferin im informellen Sektor. Informelle Arbeit ist ein multifunktionales Ensemble von Tätigkeiten in einem Spektrum zwischen bezahlt und unbezahlt, Markt und Haushalt, öffentlich und privat. Der primäre Zweck dieser noch stark in die sozialen Zusammenhänge eingebetteten Arbeit ist das Überleben, die Versorgung, die Bedürfnisbefriedigung.

Anders als beim portugiesischen Fischer hat dies jedoch nichts mit Selbstbestimmung und „Genug“ zu tun. Die soziale Einbettung dieser Arbeit ist höchst ambivalent: Nichts geht ohne Kooperation, Reziprozität und soziale Verbindlichkeit, das heißt mit Mehrwert für die Gemeinschaft und das Sozialkapital. Gleichzeitig aber ist informelles Arbeiten durch ein hohes Maß an Abhängigkeits- und Klientelverhältnissen und in der Folge durch massive Ausbeutung und Unsicherheiten gekennzeichnet. Gewerkschaftliche Organisation ist selten. Je stärker der Überlebensstress wird, desto brutaler werden auch die Ellbogenkämpfe und desto räuberischer und zerstörerischer gestalten sich die gesellschaftlichen Naturverhältnisse.

„ Die hohe Anerkennung, die Kleinbäuerinnen als Familienernährerinnen in ländlichen Regionen Afrikas zukam, schwindet mit der Ausbreitung der Geld- und Effizienzwirtschaft. “

Die Durchökonomisierung nach Effizienzmaßstäben wertet Arbeit auf und torpediert „andere“ Bewertungskriterien von Arbeit. Die hohe gesellschaftliche Anerkennung, die Kleinbäuerinnen als Familienernährerinnen in ländlichen Regionen Afrikas traditionell zukam, schwindet mit der Ausbreitung der Geld- und Effizienzwirtschaft. In einer Übertragung der Geringbewertung „weiblicher“ Arbeitsformen und -inhalte werden zum Zweck der Kostensenkung frauendominierte Segmente im Arbeitsmarkt

strukturell diskriminiert. Dies zeigt sich sehr deutlich – vor allem am Beispiel China – beim Übergang von real-sozialistisch organisierten Ökonomien, die Geschlechtergleichheit in der Erwerbsarbeit proklamiert hatten, zu kapitalistischen Marktwirtschaften.

Wie sich die globale Krise der Arbeitsgesellschaft verstetigt

Die Verlagerung der Produktion in sogenannte Billiglohnländer seit den 1970er-Jahren führte zu einer neuen internationalen Arbeitsteilung: Im Norden wurden Technologien entwickelt, Produkte designed, beworben und verkauft; im Süden wurde gefertigt, zusammengebaut und exportiert. Zusätzlich zur (neo-)kolonialen Rohstoffgewinnung wurde dem globalen Süden damit einmal mehr die Rolle preisgünstiger Zuliefertätigkeiten für den konsumorientierten Norden zugewiesen. Bei seiner vielgerühmten Integration in den Weltmarkt geht es gerade nicht um Teilhabe im Sinne von gerechterer Verteilung und Bewertung von Arbeit. Vielmehr ist der Dreh- und Angelpunkt die Kostengünstigkeit der Arbeit sowie niedrige Steuer- und Umweltauflagen im Süden, denn Kostenreduktion ist im Tandem mit Effizienzsteigerung eine zentrale Voraussetzung zur Profiterwirtschaftung. Hinter der neutralen Rede von der internationalen Arbeitsteilung verbergen sich soziale Ungleichheiten und eine wachsende Differenzierung in der Arbeitsbewertung zwischen Nord und Süd, zwischen unterschiedlichen Herkünften und den Geschlechtern.

Inzwischen sind längst auch kapitalintensive Produktion, Dienstleistungen und auch Teile der Wissensproduktion in den globalen Süden verlagert – immer wegen der niedrigeren Kosten und größeren Gewinnchancen im Süden. Folgen sind steigender Lohndruck, zunehmende Flexibilisierung und Prekarisierung im Norden; die Krise der Arbeitsgesellschaft verstetigt sich.

In die formale Fabrikarbeit wurden viele informelle Elemente integriert: Es gibt weder Arbeitsschutz noch soziale Sicherung oder kollektive Lohnverhandlungen. Damit werden soziale und ökologische Kosten auf die Arbeiter(innen) abgeladen, während diese systematisch dem Effizienzdiktat mit Akkordarbeit und dem Allzeit-Bereit-Wohnen direkt neben der Fabrik unterworfen werden. Das Resultat dieser Kostenverschiebung war ein preisgünstiges Konsumgüterangebot im Norden. Dieses neokoloniale Arrangement bezeichnet die Arbeitssoziologin Beverly Silver als einen neoliberalen „Sozial-

pakt“, der die sinkenden Reallöhne der Arbeiter(innen) im Norden ausgleicht. (1) Immer noch geht von der Industriearbeit eine Sogwirkung durch das Versprechen auf Wohlstand, Moderne und auf Emanzipation vom Ackern auf dem Feld aus. Gleichzeitig verbreitet die neoklassische Ökonomie den Mythos, dass gerade die prekäre rechtlose Arbeit der komparative Vorteil des Südens ist. Allerdings erlebten die Exportarbeiter(innen) trotz aller Hoffnungen die zeitgetaktete, überwachte taylorisierte Fließbandarbeit als Kulturschock. In den 1980er-Jahren widersetzten sich Exportarbeiterinnen in Malaysia der industriellen Disziplinierung mit strategisch eingesetzter Massenhysterie, oder sie entzogen sich ihr durch Selbstmord wie in der südindischen T-Shirt-Metropole Tirupur oder beim Elektronikhersteller Foxconn im chinesischen Shenzhen.

Lastenverschiebung auf dem Rücken der Frauen

In China gelang es nur der Arbeiteraristokratie in der Autoindustrie, eine weitere In-formalisierung ihrer Arbeit, nämlich Just-in-Time-Arbeit auf Abruf, zu verhindern. Für sie ist die ersehnte „andere“, nämlich bessere Form von Arbeit, eine sozial abgesicherte und verrechtlichte Form von Arbeit, die die erzielten Produktivitätssteigerungen und Wachstumsraten in kollektiv verhandelte Lohnsteigerungen übersetzt. Würden allerdings die Arbeiter(innen) im globalen Süden flächendeckend höhere Lohn- und Sozialniveau erkämpfen, würde dies den neokolonialen Sozialpakt für die Arbeiter(innen) im Norden sprengen, weil die Konsumgüterpreise steigen müssten. Eine andere Lastenverschiebung findet auf dem Rücken von Frauen in den transnationalen Sorgeketten statt. Die Migrantinnen, die vom Land in die Metropolen oder aus Ländern des Südens und Ostens in den Westen wandern, um in Mittelschicht-haushalten zu putzen, Babys zu wickeln, Kranke zu pflegen und Alte zu betreuen, überlassen die Betreuung ihrer Kinder und Alten ihren Töchtern, Müttern oder gegen ein paar Cents ihren Nachbarinnen. Versorgungslücken in den wohlhabenden Ländern und Haushalten werden durch den Abzug von Sorgekapazitäten aus einem armen Land oder Haushalt gestopft, was aber eine Lücke in der Herkunftsgesellschaft der Migrantinnen reißt.

Es kommt zu einer transnationalen Neuverteilung von Sorgearbeit – ungeachtet der sozialen Kosten, die dadurch für die Migrant(inn)en und die Sorgeökonomie ihres

Herkunftslandes entstehen. Gleichzeitig verstärken Marktintegration, transnationale Verschiebung und Ethnisierung von Sorgearbeiten die geschlechtsspezifische Zuschreibung von Sorgepotenzialen an Frauen und die Geringbewertung dieser Arbeiten (vgl. S. 26 ff.).

Der Horizont für „anderes Arbeiten“ wird durch den Ausgangspunkt der Existenzsicherung und Vergesellschaftung durch Arbeit bestimmt. Denn Arbeit wirkt in allen Gesellschaften als Platzanweiserin. Sie weist soziale Rollen zu, schafft Identitäten und Anerkennung. Die Dalits, die „Unberührbaren“ in Indien, streben nach Lohnarbeit in den Industrien, weil sie damit der Zuweisung von „unsauberen“ Arbeiten im Dorf und dem Kastenstigma zu entkommen hoffen. Die Arbeiterinnen in der Export- wie in der Sorgeökonomie oder die Frauen, deren Arbeit sich mithilfe von Mikrokrediten in Einkommen schaffende Tätigkeiten oder Kleinunternehmertum verwandeln sollen, entwickeln eine neue Identität, wenn sie ihre Arbeit selbst ökonomisieren und sich eigenverantwortlich disziplinieren und den Markterfordernissen unterwerfen (vgl. S. 63 ff.).

In vielen Regionen Osteuropas, Mittelamerikas und Südostasien sind Frauen als Exportarbeiterinnen, migrantische Hausangestellte oder Sexarbeiterinnen nicht mehr Zuverdienerinnen, sondern Familienernährerinnen mit der entsprechenden Verantwortung und Belastung. Dafür nehmen sie häufig eine Dequalifizierung in Kauf, weil sie im Herkunftsland mit qualifizierten Berufen wenig verdienen. In Hongkong organisieren sich migrantische Hausangestellte seit Jahren und kämpfen nicht nur für höhere Löhne und geregelte Arbeitsverhältnisse, sondern auch für die Anerkennung ihrer Arbeit als „vollwertige“ Lohnarbeit respektive gegen die Geringbewertung von Sorgearbeit in der Effizienzökonomie.

Arbeit in Würde bedeutet Kulturrevolution

In den chinesischen Exportindustrien hat die Soziologin Pun Ngai analysiert, wie die „Bauern-Arbeiterinnen“ als doppelt minderwertige Lohnarbeiterinnen konstruiert werden: wegen ihrer bäuerlichen und ethnischen Herkunft und wegen ihres Geschlechts. (2) Die Wanderarbeiterinnen stehen unter einem hohen Leistungsdruck von Familie, Schule und Partei, sich aufzuopfern, um die Produktivität und Wachstum zu steigern. Im Laufe der Zeit entwickeln die Wanderarbeiter(innen) jedoch ein

Bewusstsein ihrer Leistung, aber auch der mangelnden Würdigung ihrer Anstrengungen. Bei den Protesten in China tauchen immer wieder Slogans auf, dass sie „das Wirtschaftswunder schaffen“ und ihre „Jugend der Nation geopfert“ hätten. Es wird als Gebot der Fairness verstanden, dass ihnen für diese Pflichterfüllung Lohn und Anerkennung zustehen. Entsprechend empfinden sie die Verletzung ihrer Arbeits- und Menschenrechte im Betrieb und die Übergriffe der Manager als Demütigung ihrer Person und Missachtung ihrer Würde.

Anderes Arbeiten heißt für sie mehr als Existenz sichernde Entlohnung, es bedeutet Arbeit in Würde. Dies wäre jedoch nur möglich, wenn die Hegemonie der industriellen Effizienz sowie das Diktat von Wachstum und Verwertung gebrochen würden, damit Existenzsicherung und Versorgung, Wertschöpfung und soziale Wertschätzung wieder als oberster Zielkomplex des Arbeitens in den Vordergrund träten. Dazu wäre auch eine Umverteilung und Umbewertung von Arbeiten zwischen Nord und Süd und zwischen Markt- und Sorgearbeiten notwendig – nicht mehr und nicht weniger als eine Kulturrevolution in den Köpfen und in der Arbeitspraxis. —

Anmerkungen

- (1) Silver, Beverly/Lu, Zhang: China als neuer Mittelpunkt globaler Arbeiterunruhe. In: Prokla 4/2010, S. 605-619.
- (2) Pun, Ngai (2005): Made in China. Women Factory Workers in a Global Workplace, Durham.



Wie (anders) arbeiten Sie?

Mit einem hohen Maß an Selbstbestimmung und geringem Bewusstsein, wann es genug ist.

Zur Autorin

Christa Wicherich ist Soziologin, Publizistin und Lehrbeauftragte. Sie arbeitet zu Globali-

sierung und Geschlecht, Ökologie und Frauenpolitik. Zudem engagiert sie sich u.a. im Wissenschaftlichen Beirat von attac Deutschland und bei Women in Development Europe (WIDE).

Kontakt

Christa Wicherich
Schlossstr. 2, D-53115 Bonn
Fon ++49/(0)228/26 50 32
E-Mail Christawic@aol.com



MEDIATION

In einer Arbeitswelt der verlorenen Gewissheiten sind Bildung und Leistung keine Garantie mehr für einen guten Arbeitsplatz. Die Grundlage für ein selbstbestimmtes Arbeiten, das auf Mensch und Natur gleichermaßen Rücksicht nimmt, liefern da schon eher die verschiedenen nachhaltigen Arbeitskonzepte. – Welche Chancen und Risiken bietet das Arbeitsammeln? Wie löst man soziale Probleme und verdient damit seinen Lebensunterhalt? Wer will noch arbeiten, wenn es ein Grundeinkommen gibt?

Alternative Konzepte in der Diskussion

Gutes Leben braucht andere Arbeit

Von Adelheid Biesecker und Andrea Baier

Ob Halbtagsgesellschaft, Freie-Zeit-Entwurf oder Vorsorgendes Arbeiten – an Konzepten für eine nachhaltige Arbeitswelt mangelt es nicht. Eher schon am Willen unserer Kultur, mit dem Gewohnten zu brechen und zu lernen, Arbeit als Mittel für menschliche und natürliche Lebenszwecke zu begreifen.

— Die Diskussion über ein anderes Arbeiten ist mehr als 30 Jahre alt, aber immer noch leben wir in einer auf lohnabhängige Erwerbsarbeit fixierten Gesellschaft. (1) Wie die Wachstumsfixierung, so ist diese Erwerbsarbeitsfixierung tief in unsere Gesellschaft, ihre Kultur und ihre Institutionen eingeschrieben. Aber dieser Entwurf ist nicht zukunftsfähig. Das machen nicht nur die dauerhaft hohen Arbeitslosenzahlen deutlich, die zeigen, dass die soziale Integration über Erwerbsarbeit nicht mehr für alle funktioniert. Vor allem ist es das Konzept dieser Arbeit, die sie untauglich macht für die Zukunft: Denn es beruht auf der systematischen Ausgrenzung der von Frauen verrichteten Sorgearbeit, einschließlich der Subsistenzarbeit, sprich der selbsttätigen Versorgung mit den zum Leben notwendigen Dingen, und auf der Abspaltung der Natur.

Beide werden zwar gebraucht – als produktiv gilt jedoch nur die Erwerbsarbeit. Die beiden Basisproduktivitäten gelten bestenfalls als „reproduktiv“, sind unsichtbar

immer dabei – und werden daher maßlos und sorglos ausgenutzt. Dieses Arbeitskonzept hat mit zu den vielen sozialen und ökologischen Krisen unserer Tage geführt. Eine nachhaltige Gesellschaft muss fürsorglich mit all ihren Produktivitäten umgehen – das geht nur, wenn Arbeiten nicht als Mittel für Profit, sondern als Mittel für menschliche und natürliche Lebenszwecke verstanden wird.

Neue Arbeitskonzepte für Nachhaltigkeit müssen sich daher daran messen lassen, ob sie die Trennungsstruktur aufheben, ob sie einen gesellschaftlichen Integrationsmodus entwerfen, der gerecht für alle funktioniert – und ob das andere Arbeiten zu einem fürsorglichen Umgang mit menschlichem und natürlichem Leben führt.

Es gibt eine Vielzahl von Konzepten, in denen neue Arbeitswelten entworfen werden. Für unsere Untersuchung haben wir diejenigen ausgewählt, die vom Ansatz her über die Erwerbsarbeit hinausweisen. Unter diesen sechs Ansätzen gibt es wiederum zwei Gruppen: solche, die von der Erwerbsarbeit ausgehen, und solche, die aus der Perspektive des bisher Ausgegrenzten nachhaltige Formen des Arbeitens konzipieren.

Von der Erwerbsarbeit ausgehende Konzepte

Anders arbeiten bedeutet in diesen Ansätzen vor allem eine Verkürzung der Zeit für Erwerbsarbeit und die Berücksichtigung nicht-erwerblicher Arbeiten.

Kurze Vollzeit für alle

Dieses Konzept von des Arbeitsforschers Helmut Spitzley beruht auf dem Gedankenexperiment, die in Deutschland vorhandene Erwerbsarbeitszeit auf alle arbeitsfähigen Männer und Frauen gleich zu verteilen. (2) Heraus kommt eine durchschnittliche Erwerbsarbeitszeit von 1.300 Stunden pro Jahr oder 30 Stunden pro Woche, die „neue Vollzeit für alle“. Sie führt zu einer Vollbeschäftigung neuen Typs. Im Prozess der fairen Umverteilung verlieren die einen Einkommen und gewinnen Zeit, für die anderen steigen Beschäftigung und Einkommen. Dabei sollen die Arbeitszeiten flexibel individuellen Zeitwünschen angepasst werden. Gedacht wird an ein „Wahlarbeitszeitgesetz“, das die Entscheidungsmöglichkeit der/des Einzelnen absichern soll.

Von hier aus nimmt Spitzley dann das „Ganze der Arbeit“ in den Blick – neben die Erwerbsarbeit treten Sorgearbeit, Eigenarbeit und Gemeinwohlarbeit. Für alle drei Arbeitsarten sollen Männer und Frauen die erwerbsarbeitsfreie Zeit nutzen – in die-

ser „Mischerarbeit“ liege die Zukunft. Von der Einkommenseite her abgesichert werden soll dieses Modell durch Mindestlöhne, eine negative Einkommensteuer sowie, wenn das Einkommen dennoch nicht reicht, eine auskömmliche Grundsicherung. So überwinde „eine Politik des „Arbeit-fair-teilens“ die überkommene Wachstumspolitik, gesellschaftliche Ungerechtigkeit und Desintegration“.

Die Halbtagsgesellschaft

Dem vorigen Konzept ähnelt das des Wirtschaftswissenschaftlers Carsten Stahmer: Es sieht eine Kürzung der Erwerbsarbeitszeit auf jährlich 1.000 Stunden pro Erwerbstätige(n), also im Durchschnitt etwa 22 Wochenstunden vor, um so insbesondere bei Männern Zeit für unbezahlte Arbeit, genannt werden Sorgearbeit und Ehrenamt, freizusetzen. (3) Für beide Geschlechter sollen bezahlte und unbezahlte Arbeit gleichrangig und von gleicher Dauer sein. Ihre Kombination kann täglich oder auch in längeren Abschnitten erfolgen. Damit zielt dieses Konzept sowohl auf die Integration aller Erwerbsfähigen in die Erwerbsarbeit als auch auf die Gleichberechtigung der Geschlechter ab.

Die unbezahlte Arbeit verortet Stahmer in einem herrschaftsfreien, selbstbestimmten, „außerökonomischen Freiraum“. Hier kann sich Kooperation entwickeln. Im Gegensatz zur Geldwährung der Ökonomie gilt dabei eine Zeitwährung. Durch die Zeit, die jemand in diesem Freiraum unbezahlt tätig ist, kann das Individuum selbst Ansprüche auf die Zeit anderer erwerben, wenn es diese Zeit einmal braucht, beispielsweise im Alter. Finanziell soll das Modell durch das jeweilige doppelte Einkommen von Frau und Mann sowie über ein hohes Kindergeld abgesichert werden. Durch die Tätigkeit in der freien Zeit, so Stahmer, könne der Konsum sinken. Das führe auch zu einer deutlichen Umweltentlastung. Dass die Halbtagsgesellschaft eine ganz andere gesellschaftliche Kultur des Umgangs mit Zeit und eine entsprechende Bildung bedeutet, scheint dabei auf.

Teilhabe an Erwerbsarbeit und an freier Zeit für jede(n)

Mit besonderem Bezug zu Ostdeutschland hat der Sozialwissenschaftler Rainer Land sein Modell entwickelt. (4) Arbeitslosigkeit ist für ihn Ausdruck von gesellschaftlich gewonnener Freizeit infolge der Produktivitätsentwicklung – wenn 20 Prozent der

**„ Die menschliche Reproduktion, das heißt
die Erhaltung von Leben und Natur,
muss zur Hauptsache gemacht werden. “**

Bevölkerung arbeitslos sind, könnte ein(e) jede(r) jedes fünfte Jahr frei haben. Auf dieser Grundlage entwirft er ein Konzept, in dem jede(r) ein Recht auf Erwerbsarbeit und – nach jeweils fünf Jahren – auf ein Grundeinkommensjahr hat, in dem ein „bedingtes Grundeinkommen“ gezahlt wird, dessen Höhe für alle gleich ist und das sich am Durchschnittseinkommen orientiert. Finanziert werden soll es durch eine einkommensbezogene Umlage oder eine Einkommensteuer. Ziel dieses Konzeptes ist es, die bestehende soziale Segregation durch Erwerbsarbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik zu überwinden und Erwerbsarbeit und freie Zeit unter allen fair zu verteilen. Die freie Zeit ist für Tätigkeiten vorgesehen, die nicht mittels Erwerbsarbeit verrichtet werden können oder sollen, beispielsweise Eigenarbeit, Kinderbetreuung, soziale und ökologische Projekte. In diesen Tätigkeiten sind mindestens 25 Wochenstunden nachzuweisen. Politisch abgesichert wird dieser Wechsel zwischen Erwerbsarbeit und disponibler Zeit über eine Wiedereinstiegsgarantie in die Erwerbsarbeit und eine Politik des „gleichgewichtigen Arbeitsmarktes“, über die Angebot und Nachfrage am Erwerbsarbeitsmarkt ausgeglichen werden sollen. Dazu gehört auch öffentlich geförderte befristete Beschäftigung.

Die Nachhaltigkeitspotenziale dieser drei Ansätze liegen in der starken Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, dem Einbeziehen der nicht-erwerblichen Arbeiten sowie einer gerechten Verteilung der verschiedenen Arbeiten. Beabsichtigt wie bei Stahmer oder als Nebeneffekt wie in den Konzepten von Spitzley und Land, haben die Konzepte auch ökologische Wirkungen. Allerdings bleibt die Erwerbsarbeit zentral. Das verweist auf eine Schranke, die diese Ansätze nicht zu überwinden vermögen: die eingangs skizzierte Trennungsstruktur. Ein Ausdruck davon ist das Unverständnis der Hierarchie im Geschlechterverhältnis, das sich in der zum Teil idyllischen Sicht auf die unbezahlt von Frauen geleistete Sorgearbeit als selbstbestimmt und herrschafts-

frei oder im Begriff „Mischarbeit“ spiegelt. Das stärkt die Vermutung, dass diese Trennungsstruktur nicht von „innen“ heraus aufzubrechen ist – sprich dass es ohne einen Perspektivenwechsel nicht geht.

Ansätze aus der Perspektive des bislang Ausgegrenzten

Anders Arbeiten bedeutet hier, die lebenserhaltenden Tätigkeiten in den Mittelpunkt zu stellen.

Die Vier-in-einem-Perspektive

Ausgangspunkt dieses Konzepts von Frigga Haug ist eine Kritik der Frauenunterdrückung im Kapitalismus. (5) Ziel ist deren Aufhebung. Geschlechterverhältnisse sind hier Teil der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Philosophische Grundlage ist die auf Marx fußende Einsicht, dass Menschen ihre Gesellschaft und ihre Geschichte durch ihre Tätigkeit selbst machen – sie produzieren eigenes und fremdes Leben sowie die dafür notwendigen Lebensmittel. Im Kapitalismus sind diese Bereiche geschlechtlich zugewiesen – Frauen sind verantwortlich für die subsistenzförmige Lebensproduktion, Männer dominieren die warenförmige Lebensmittelproduktion. Diese ist der Lebensproduktion derart übergeordnet, dass die Daseinsgrundlagen zerstört werden. Haug nimmt, im Vergleich zu den oben dargestellten Ansätzen, einen Perspektivenwechsel vor: Die menschliche Reproduktion, das heißt die Erhaltung von Leben und Natur, muss für sie zur Hauptsache gemacht werden. Dazu entwickelt sie ihr Modell der vier miteinander verknüpften Tätigkeiten – Erwerbsarbeit (Arbeit für Lebensmittel), sorgende Lebensarbeit (Reproduktionsarbeit), Arbeit an sich selbst (Selbstentfaltung) und politische Einmischung. Um für diese Arbeiten, an denen alle teilhaben, die nötige Zeit zu gewinnen, soll die Erwerbsarbeit auf die Hälfte gekürzt werden. Dann, so Haug, blieben für jede der vier Tätigkeiten pro Person vier Stunden zur Verfügung. Finanziert wird das Konzept vor allem über das Einkommen, das jede(r) aus der Erwerbsarbeit erhält, was weitreichende Änderungen dieser Einkommensform impliziert. Haug versteht ihr Konzept als umfassendes Gerechtigkeitskonzept.

Vorsorgendes Arbeiten

Auch dieses Konzept aus dem Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften beginnt mit einem Perspektivenwechsel. (6) Es richtet den Blick von den Lebensprozessen der

„ Nachhaltiges Arbeiten stärkt die Fähigkeiten der Menschen, ihr Leben in und mit der Gesellschaft und im Einklang mit der Natur selbst zu gestalten. “

Menschen und der Natur auf die Erwerbsarbeit. Das Konzept kritisiert die geschlechtshierarchische Trennungsstruktur der kapitalistischen Ökonomie, die Abtrennung und Abwertung der allem Wirtschaften zugrundeliegenden Basisproduktivitäten: der weiblichen Sorgearbeit und der Naturproduktivität. Angegriffen wird die daraus folgende maßlose und sorglose Ausbeutung dieser beiden Lebensbereiche, die zu den vielfältigen sozialen und ökologischen Krisen geführt hat, die alle Ausdruck derselben Krise sind: der Krise des „Reproduktiven“.

Die Alternative wird in einem Konzept vorsorgenden Arbeitens gesehen. (7) Dieses umfasst Sorgearbeit, Eigenarbeit, bürgerschaftliches Engagement und Erwerbsarbeit. Es fordert die gleiche und gleichwertige Beteiligung von Männern und Frauen an allen Arbeitsbereichen. Dazu ist es erforderlich, die Erwerbsarbeit radikal zu kürzen, Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern umzuverteilen und die einzelnen Arbeitsbereiche und -produkte nach sozial-ökologischen Kriterien zu gestalten. Die Sorgearbeit gilt es durch eine unterstützende soziale Infrastruktur aufzuwerten. Finanziell abgesichert wird dieses Konzept durch für ein gutes Leben bürgende Löhne und durch ein Grundeinkommen. Vorsorgendes Arbeiten kennt keine Ausgrenzungen. Es ist ein geschlechtergerechtes, alle Menschen integrierendes Konzept, in dem die Natur als Kooperationspartnerin gilt.

Eigenarbeit – Subsistenzarbeit

Für das Konzept der Eigenarbeit, wie es die anstiftung, inspiriert durch die kulturkritischen Arbeiten von Ivan Illich, im Kontext des Forschungsprojekts „Haus der Eigenarbeit“ in München praktisch und theoretisch entwickelte, ist die Kritik an der Erwerbsarbeit zentral (vgl. S. 113). (8) Die Industriegesellschaft reduziert die menschlichen Möglichkeiten auf Lohnarbeit und Konsum; damit bleiben auf der indi-

viduellen Ebene Kreativität und Eigensinn auf der Strecke und auf der gesellschaftlichen Ebene soziale Gerechtigkeit und Ökologie. Eigenarbeit steht demgegenüber für die Vision einer anderen Kultur der Arbeit, die sich an Selbstbestimmung, Kooperation, Schonung von Ressourcen und Ästhetik orientiert. Damit beschreibt das Konzept eine Utopie, denn die informelle Ökonomie existiert nicht unabhängig von der formellen, und der Kapitalismus entscheidet auch über Wohl und Wehe der informellen Arbeit; bei Erwerbslosigkeit wird Eigenarbeit zum unerschwinglichen Luxus. Das bedeutet, es geht letztlich immer darum, vom „totalen Kapitalismus“, der keine nicht-kapitalistischen Inseln mehr kennt, in dem jeder Lebensbereich kapitalisiert ist, (wieder) zu einer Welt zu finden, in der in weiten Bereichen andere ökonomische Prinzipien gelten. Verbunden mit einer an der selbsttätigen Versorgung mit den zum Leben notwendigen Dingen orientierten Perspektive, wie sie der Subsistenzansatz entwickelt, ermöglicht das Eigenarbeitskonzept den Abschied von der Fixierung auf die Lohnarbeitsgesellschaft und die Einsicht, dass Erwerbsarbeit sehr wohl an Subsistenz orientiert sein kann. (9) Konkret versetzen Einrichtungen wie das Haus der Eigenarbeit Menschen auch in die Lage, über Teilzeitarbeit und Arbeitszeitverkürzung nachdenken zu können.

Die Nachhaltigkeitspotenziale dieser Ansätze sind vielfältig: Alle drei nehmen die Perspektive des bisher abgetrennten Lebendigen ein und überwinden von hier aus die Trennungsstruktur. Alle drei stellen den Lebenserhalt von Mensch und Natur in den Mittelpunkt und fordern eine für diese neue Rationalität veränderte Qualität auch der Erwerbsarbeit. Alle drei zielen auf ein paritätisches Geschlechterverhältnis. Alle drei überwinden die Fixierung auf Erwerbsarbeit als Lohnarbeit. Und dennoch – prägend ist bis heute die Erwerbsarbeit.

Arbeit im Kampf der Kulturen

Nicht nur die alten Interessen, die von dem alten Modell profitieren, blockieren die Transformation – denn selbstbestimmtes Arbeiten jenseits des Marktes entzieht sich der Profit- und damit der Ausbeutungslogik. Und es sind auch nicht nur die alten Institutionen wie Sozialversicherung, Steuer- und Bildungssystem, die dieser Transformation im Wege stehen. Vielmehr ist es die gesamte gewohnte und ererbte Kultur, die sich gegen die notwendigen Änderungen wehrt. Denn nachhaltiges Arbeiten

stärkt die Fähigkeiten der Menschen, ihr Leben in und mit der Gesellschaft und im Einklang mit der Natur selbst zu gestalten. Es drängt auf eine andere Kultur, die es allen erlaubt und ermöglicht, frei tätig zu sein. Es drängt auf Selbstbestimmung als Prinzip (vgl. S. 69 ff.).

Insofern geht es um einen „Kampf der Kulturen“ – Erwerbsarbeitsfixierung versus Nachhaltigkeit mit einem neuen Arbeitsverständnis. Aktuelle Entwicklungen machen da Mut: „Neue“ Selbstermächtigte im Internet, in FabLabs oder in urbanen Gärten wollen die Produktion von Dingen und Lebensmitteln nicht mehr den Unternehmern in ihren Fabriken überlassen. Sie wollen wissen, wie man die Dinge, mit denen man täglich Umgang hat – Computerprogramme, Lampen, Schrauben, Kleidung oder Lebensmittel und vieles mehr –, selbst herstellen könnte. Sie wollen sich nicht länger fremdversorgen und damit fremdbestimmen lassen, sondern selbst Produzent(inn)en sein. Hier entstehen Möglichkeitsräume zur Entwicklung der eigenen Fähigkeiten und zum Ausprobieren neuer Formen des Arbeitens. Ob es wirklich gelingt, damit wieder Teile der gesellschaftlichen Produktion dem kapitalistischen Zugriff zu entziehen und Ressourcen und Produktionsmittel zurückzuerobern, ist ungewiss. Voraussetzung dafür wäre, dass sich neue gesellschaftliche Debatten um den Sinn wirtschaftlichen Handelns entwickeln. Die Diskussion um Allmende oder Gemeingüter ist dabei ein vielversprechender Anfang (vgl. S. 88 ff.).

Anmerkungen

- (1) Die Autorinnen danken Babette Scurrell vom Bauhaus Dessau für ihre kritisch-anregenden Kommentare.
- (2) BUND et al. (Hrsg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Umwelt, Klima, Energie. Kapitel 15: Arbeit fair teilen – Auf dem Weg zur Tätigkeitsgesellschaft. Frankfurt am Main, S. 427-457.
- (3) Stahmer, Carsten (2006): Halbtagsgesellschaft. Anregungen für ein sozial nachhaltiges Deutschland. Universität Bielefeld, Zentrum für interdisziplinäre Forschung. Unveröffentlichter Forschungsbericht. Download unter www.carsten-stahmer.de (Aufsätze/Zukunftsmodelle).
- (4) Land, Rainer (2007): Entwicklung des Arbeitsmarktes und Möglichkeiten der Aufhebung seiner Segregation in (Ost-)Deutschland. Überlegungen zur Weiterentwicklung politischer Strategien unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Metropolen und ländlichem Raum. Download unter www.rla-texte.de (Texte/Ostdeutschland).
- (5) „Die Vier-in-einem-Perspektive und das bedingungslose Grundeinkommen.“ Vortrag von Frigga Haug am 18.12.2010. www.vier-in-einem.de
- (6) www.netzwerkvorsorgendeswirtschaften.de

(7) Biesecker, Adelheid/von Winterfeld, Uta: Erwerbsarbeit im Schatten – im Schatten der Erwerbsarbeit? Plädoyer für ein schattenfreies Arbeiten. Download unter www.gegenblende.de/08-2011

(8) Redler, Elisabeth/Horz, Kurt (1994): Langer Atem für die Eigenarbeit. Bilanz eines Forschungsprojektes. München.

Mutz, Gerd et al. (1997): Eigenarbeit hat einen Ort. Öffentliche Eigenarbeit im Haus der Eigenarbeit. München.

Illich, Ivan (1982): Vom Recht auf Gemeinheit. Reinbek.

(9) Bennholdt-Thomsen, Veronika (2010): Geld oder Leben. München.



Wie (anders) arbeiten Sie?

a) Ich arbeite nur noch freiwillig. Was ich tue, ist mir wichtig und macht mir Spaß – wie das Schreiben dieses Artikels.

b) Erwerbsmäßig für Subsistenz, meist intrinsisch motiviert, aber immer noch zu viel.

Zu den Autorinnen

a) Adelheid Biesecker, geb. 1942, war Professorin für Ökonomische Theorie an der Universität Bremen. Sie ist Mitglied im Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften, in der Vereinigung für Ökologische Ökonomie und im Wissenschaftlichen Beirat von attac Deutschland.

b) Andrea Baier, geb. 1961, ist Entwicklungssoziologin und seit 2007 wiss. Mitarbeiterin der Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis, Mitbegründerin des Instituts für Theorie und Praxis der Subsistenz und Mitglied im Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften.

Kontakt

Prof. Dr. Adelheid Biesecker
Heinrich-Böll-Straße 24
D-28215 Bremen
Fon ++49/(0)421/376 40 30
E-Mail abiesecker@t-online.de

Andrea Baier
Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis
gemeinnützig GmbH
Daiserstr. 15, D-81371 München
Fon ++49/(0)89/74 74 60 11
E-Mail andrea.baier@anstiftung-ertomis.de

Soziales Unternehmertum

It's the economy, dear!

Von Peter Spiegel

Ihre Mitarbeiter fair zu entlohnen und eine freundvolle Arbeitsatmosphäre zu schaffen, versteht sich für Social Entrepreneurs von selbst. Ihren unternehmerischen Erfindungsgeist entfalten sie nicht nur auf Armutsmärkten, sondern auch in Industrieländern, wo sie die Fähigkeiten von Menschen nutzen, die nur schwer einen Job finden.

— Nachdem die 1972 erschienene Club-of-Rome-Studie „Die Grenzen des Wachstums“ das Bewusstsein für die ökologischen Herausforderungen geschärft hatte, richteten sich die Erwartungen zunächst vor allem an den Staat. Dieser solle Gesetze erlassen und Richtlinien setzen, die Unternehmen und Konsument(inn)en zu einem ökologisch verantwortungsvollen Handeln zwingen. Erst in den 1990er-Jahren setzte sich allmählich das Bewusstsein durch, dass ökologisches Handeln auch ökonomisch sehr gut funktionieren kann. Immer mehr ökologische Geschäftsmodelle wurden seither zu ökonomischen Bestsellern. Über alle Parteigrenzen hinweg gilt inzwischen die Ökonomie als einer der entscheidenden ökonomischen Hoffnungsträger der nächsten Jahrzehnte (vgl. S. 95 ff.).

Die Lernkurve bezüglich der intelligenten Verknüpfbarkeit von Ökonomie und sozialen Anliegen verlief bisher wesentlich flacher. Noch immer dominiert die Vorstellung,

für soziale Anliegen sei in erster Linie der Staat zuständig oder zivilgesellschaftliches Engagement, aber nicht die Wirtschaft. Diese Vorstellung stellt vor allem der Impuls für sogenanntes Social Business durch den Wirtschaftsprofessor und Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus gründlich in Frage. Social Business betreiben Unternehmen, deren alleiniger Gründungs- und Unternehmenszweck die Lösung eines gesellschaftlichen Problems ist, sei es in den Bereichen Armutsüberwindung oder Zugang zu sauberem Wasser, zu gesunder Ernährung, zu nachhaltiger Energie, zu Gesundheitsdienstleistungen oder zu Bildung.

Social-Business-Unternehmen sind nicht auf Profitmaximierung ausgerichtet, sondern allein auf den gesellschaftlichen Nutzen. Sie sollen dabei ihre Mitarbeiter(innen) fair entlohnen und ihnen eine besonders freundliche Arbeitsatmosphäre und sinnhafte Tätigkeit bieten. Sie sollen gewinnorientiert arbeiten, mindestens jedoch selbsttragend, also vollumfänglich wirtschaftlich. Und wenn Gewinn entsteht, soll dieser im Unternehmen verbleiben und reinvestiert werden, um den gesellschaftlichen Nutzen zu vergrößern.

Glaubwürdigkeit an höchster Stelle

Inzwischen entstehen immer mehr Sozialunternehmen, die der alleinigen Unternehmensausrichtung am gesellschaftlichen Nutzen konsequent folgen, aber eine moderate Verzinsung für sinnvoll erachten, um damit ein Vielfaches an Finanzmitteln für den Gründungszweck mobilisieren zu können. Doch nur wenn die Verzinsungen für derartige Sozialunternehmen bescheiden definiert sind, schützen sie ihr kostbarstes Gut: ihre Glaubwürdigkeit. Für so definierte Sozialunternehmen hat das Genesis Institute for Social Business den Begriff „Social Impact Business“ eingeführt.

Das Megapotenzial solcher Unternehmen für die künftige Entwicklung der Weltgesellschaft sowie für ein neuartiges globales soziales Wirtschaftswunder lässt sich in drei zentrale Wirkungsfelder aufgliedern: Kleinkredite, Innovationen und soziale Aufgaben in den Industrieländern.

Bis 2011 haben bereits 150 Millionen Menschen in nahezu allen Ländern der Welt Zugang zu Kleinkrediten erhalten. Von jedem Kleinkredit haben im Durchschnitt vier weitere Personen, insbesondere die Familienmitglieder, unmittelbaren sozialen Nutzen. Nicht jedes Konzept der inzwischen mehr als 10.000 Mikrofinanzorganisa-

tionen hat gleich gute Wirkungen, und wie in jedem Bereich gibt es auch einige schwarze Schafe. Insgesamt ist der Beitrag jener Mikrofinanzinstitutionen zur globalen Armutsüberwindung, die nicht von traditionellen Bankhäusern und Investorengruppen missbräuchlich zu Profitmaximierern umfunktioniert wurden, nicht hoch genug zu schätzen.

Der indische Wirtschaftswissenschaftler C.K. Prahalad stellte in Untersuchungen in allen Kontinenten fest: Global wirtschaftende Unternehmen können gar nicht anders als eine völlig neue Generation von Produkten und Dienstleistungen zu entwickeln, die auf die Bedarfe jener Menschen zugeschnitten sind, die an der Schwelle dazu stehen, Teil der Wirtschaft zu werden, also den Armen der Welt. Wer nicht schnell aufholt an dieser neuen Front, der verpasst die dynamischsten Wachstumsmärkte der nächsten Jahrzehnte. Wegen der Skalierbarkeit dieser neuen Generation von Produkten auf zwei, drei, vier Milliarden Menschen kann kein Unternehmensführer an dieser Herausforderung vorbeigehen.

Solaranlagen für die Ärmsten

Prahalad schloss daraus, uns stehe eine Revolution der Innovationen in umfassendem Sinne bevor. Die Innovationen der vergangenen Jahrzehnte konzentrierten sich entsprechend der dortigen Kaufkraft vor allem auf die Bedürfnisse der Menschen in den wohlhabenderen Ländern. Die neue Generation von Innovationen für die Bedarfe der Menschen an der Armutsschwelle müssen bei Weitem andere und schwerere Bedingungen erfüllen: Sie müssen wesentlich kostengünstigere Lösungen entwickeln bei in der Regel eher höherer statt geringerer Qualität. Menschen mit noch geringer Kaufkraft achten besonders darauf, dass die Produkte, die sie kaufen, auch lange halten und möglichst wartungsfrei funktionieren. Technische Geräte für besonders heiße und staubige Regionen müssen robuster sein als für gemäßigte Klimazonen. Sie müssen einfacher in der Bedienung sein sowie anpassungsfähiger für die Bedarfe in unterschiedlichen Kulturen. Und sie müssen unabhängiger sein von bestimmten technischen Infrastrukturvoraussetzungen wie Überlandleitungen und Strom aus der Steckdose. Social Impact Business taugt nicht für „Social Washing“, weil hier die soziale Auswirkung nur durch hoch innovative Lösungen nachhaltig, sprich marktfähig wird.

„ Es ist nicht verwunderlich, dass immer mehr soziale Innovationen nicht innerhalb unserer traditionellen sozialen Systeme entstehen, sondern im Social-Business-Sektor. “

Das folgende Beispiel verdeutlicht, wie wenig sich unser Denken bislang mit ökonomisch tragfähigen Lösungen an der Armutsschwelle beschäftigt. Wir haben in Deutschland eine weit verbreitete, technisch wie ökonomisch sehr versierte Ökonomie, aber für den Einsatz von Solaranlagen in den Armutsmärkten setzt man auf die Subventionsbereitschaft von staatlichen Entwicklungsetats und die Spenden- und Förderbereitschaft von umweltengagierten Bürger(inne)n, Organisationen und Stiftungen.

Anders der Initiator und Gründer der Firma Grameen Shakti, Dipal Barua: Er fand heraus, dass die Ärmsten nicht nur relativ, sondern auch nominell das meiste für Energie bezahlen, zumindest in den weiten ländlichen Regionen. Sie haben dort keinen Zugang zu Überlandleitungen und müssen sich mit Energie aus Kerzen, Kerosin und Batterien versorgen. Barua stellte dem gegenüber, dass die Installation einer Solaranlage mit der gleichen Energieleistung nach zwei bis drei Jahren monatlicher Rückzahlungen finanziert ist und ab diesem Zeitpunkt fünf bis sechs Jahre kostenlos Strom liefert. Nach diesem Geschäftsmodell installierte Grameen Shakti in Bangladesch bis zum Frühjahr 2011 bereits mehr als 600.000 Solar Home Systems – mehr als auf deutschen Dächern Solaranlagen installiert sind. Bis 2015 sollen 15 Millionen Anlagen installiert sein. Das schafft allein für mehr als 100.000 Frauen Arbeitsplätze als Solaringenieurinnen.

Nachdem sich dieses Geschäftsmodell so prächtig rechnet, suchen immer mehr Partner die Kooperation mit Baruas Firma, weil ihnen klar ist, dass die Tür jetzt offen steht für die Installation von rund 500 Millionen Solar Home Systems weltweit. Diese Entwicklung des Wissenstransfers von Nord nach Süd gerät zum beiderseitigen Nutzen der Global Player und der Massen heute noch Armer. Da ein erheblicher Teil

des gegenwärtigen technischen Know-hows sowie der besten Innovationskraft in den Industrieländern konzentriert ist, entsteht in den Armutsmärkten ein immenser Nachfrageschub für deren Leistungen, der hier viele Arbeitsplätze sichern und neu schaffen wird.

Soziale Innovationen in den Industrieländern

Der Impuls von Sozialunternehmen lässt sich in einer weit größeren Dimension auf die Industrieländer übertragen, als wir uns dies derzeit vorstellen können, vor allem da unser Verständnis von „sozial“ sehr eingeeengt ist. Unsere heutigen sozialen Systeme sind noch viel zu sehr von Konzepten durchdrungen, die auf einem verengten Betreuungsansatz fußen und von Strukturen geprägt sind, die auf Vorgaben und Kontrollen setzen. Unsere sozialen Systeme leiden an einem Mangel an unternehmerischem Erfindungs- und Umsetzungsgeist. Ihnen fehlt es an dem, was eine neue Spezies an sozial motivierten Menschen entwickelt und umgesetzt haben, den Social Entrepreneurs.

Social Entrepreneurs, also Sozialunternehmer(innen), sind Menschen, die gesellschaftliche Probleme auf neuartige Weise angehen und die nicht warten, bis ihre Konzepte von staatlichen, kirchlichen oder sozialen Trägerorganisationen aufgegriffen werden, sondern sie in eigenen Projekten umsetzen. Sie agieren im sozialen Feld in einem doppelten Wortsinne unternehmerisch: Sie entwickeln innovative Lösungen und sie suchen Wege, diese eigenverantwortlich und in Kooperation mit Gleichgesinnten zu verwirklichen. Es ist nicht verwunderlich, dass immer mehr soziale Innovationen nicht innerhalb unserer traditionellen sozialen Systeme entstehen, sondern in diesem neuen wachsenden Sektor.

Wie gravierend die sozialen Innovationen von Social Impact Businesses sein können, veranschaulicht folgendes Beispiel: Menschen mit dem sogenannten Asperger-Syndrom, einer besonderen Form von Autismus, finden normalerweise keinen Platz auf dem Arbeitsmarkt, und anstatt aus sinnhafter Arbeit Selbstwert und Befriedigung zu ziehen, erhalten sie lediglich therapeutische Betreuung. Bis sich der Däne Thorkil Sonne, Vater eines Kindes mit Asperger-Syndrom, die Frage stellte, ob Menschen, die aufgrund ihres Autismus über Spezialfähigkeiten verfügen, nicht gerade dadurch sinnvolle und besonders wertvolle Aufgaben auf dem Arbeitsmarkt erfüllen

könnten. Ihre extreme Konzentrationsfähigkeit und Präzision im Umgang mit Zahlen brachten Sonne auf die Idee, sie bei Spezialaufgaben wie der Prüfung komplizierter Zahlenmuster mit einem Anforderungsprofil in der IT-Wirtschaft einzusetzen, bei denen ihre vermeintliche Krankheit einen klaren Wettbewerbsvorteil bedeutet.

Thorkil Sonne gründete das Unternehmen Specialisterne, das schnell Aufträge größerer Softwarefirmen erhielt und mittlerweile die Ausweitung auf Franchise-Unternehmen in anderen Ländern mit lokalen Partnern plant. Mit Specialisterne hob er ein gesundheitliches und soziales Problem einer Gruppe auf eine gesundheitlich, sozial und obendrein noch ökonomisch höchst effektive Lösungsebene. Die Mitarbeiter(innen) mit Asperger-Syndrom profitieren im besten Sinne ganzheitlich: Sie erleben Selbstwertgefühl durch Anerkennung und leben gesünder. Und die Gesellschaft profitiert, indem Menschen, für die sie zuvor nur Betreuungsaufwand zu leisten wusste, nunmehr mit Freude und wertvoller Leistung aktiv zum Volkseinkommen beitragen. Wenn auf diesem Wege unternehmerisches und soziales Denken in unserer Gesellschaft klug zusammenwachsen, werden viele soziale Probleme völlig unerwartete unternehmerische Lösungen finden, und gleichzeitig wird sich unternehmerisches Verhalten grundlegend in Richtung einer völlig neuen sozialen Qualität verwandeln. ———



Wie (anders) arbeiten Sie?

Ich nutze die jeweils aktuelle Arbeit als Erholung von der vorherigen.

Zum Autor

Peter Spiegel, geb. 1953, ist Gründer und Leiter des Genisis Institute for Social Business sowie der Konferenz „Vision Summit“. Der Buchautor und Herausgeber war Generalsekretär des Global Economic Network und des Club of Budapest und ist verantwortlich für

Social Impact Business beim Senat der Wirtschaft und beim Think-and-Do-Tank Club of Marrakesh.

Kontakt

Peter Spiegel
Genisis Institute for Social Business
and Impact Strategies
Palais am Festungsgraben
Am Festungsgraben 1
D-10117 Berlin
Fon ++49/(0)30/28 50 68 12
E-Mail p.spiegel@genisis-institute.org
www.genisis-institute.org

Das Phänomen der Arbeitssammler

Freie Arbeit als abstrakter Zwang

Von Peter Plöger

In einer Arbeitswelt der verlorenen Gewissheiten gedeihen Experimente mit neuen Erwerbsformen. Trotz der ständigen Verpflichtung zur Selbstmobilisierung und der Angst vor der Armut taugt der Ansatz, selbstbestimmt und rücksichtsvoll Geld zu verdienen, als Vorbild.

— Die drängenden Zukunftsprobleme unserer Zeit haben mindestens zwei Eigenschaften gemeinsam: Sie tragen prägnante Namen und sind weit in der Vergangenheit erstmals formuliert worden. So auch das Hannah-Arendt-Problem, die von der Philosophin aufgeworfene Frage „Was, wenn der Arbeitsgesellschaft die (ausreichend bezahlte) Arbeit ausgeht?“ (1) Die neoliberale Antwort darauf ist simpel: Irgendwo in der Ecke liegt sicher noch ein Haufen Arbeit, zu deren Erledigung man die armen blinden Seelen der Erwerbsfähigen nur führen muss, Aktivierung und Flexibilität werden die Leitplanken sein. Und wer nichts leisten will, gehört ohnehin nicht richtig dazu. Nur: Das Leistungsprinzip, das lange Jahre gerade der Mittelschicht als Identitätsmodell diente, trägt nicht mehr. Sich bilden und im Job viel leisten reicht nicht mehr als Garantie für ein gutes Leben. Anstrengung und Konformität führen nicht mehr auf geradem Weg zum Wohlstand.

Der Kapitalismus scheitert wie der Sozialismus angesichts des Hannah-Arendt-Problems, das man nun auch endlich beginnen könnte, als Frage nach derjenigen Methode zu stellen, die allen ein möglichst gutes Leben eröffnete. Er ist – so könnte

man frei nach dem Philosophen Paul Feyerabend sagen – ein Wirtschaftssystem mit einer großartigen Vergangenheit. Er hat uns eine Zeitlang materiellen Wohlstand beschert. Und jetzt?

Immer mehr Erwerbsfähige schaffen sich ihren eigenen Arbeitsmarkt aus der hohlen Hand: Die findigen Arbeitssammler(innen), die Hochqualifizierten, die alle Fähigkeiten für eine einträgliche Arbeit mitbringen und dennoch in prekären Verhältnissen leben, haben sich in der neuen Arbeitswelt der verlorenen Gewissheiten pragmatisch eingerichtet. (2) Sie entwickeln ihre Antworten vor Ort, im Kleinen, ohne Rückgriff auf große Entwürfe, und experimentieren mit neuen Erwerbsformen und eigentümlichen Kombinationen von Soloselbstständigkeit, Teilzeit, Leih-, unbefristeter oder Niedriglohnarbeit.

Immer mehr Menschen suchen nach beidem: einem ausreichenden Einkommen und einem Leben in der Arbeit. Ihre Gratifikation finden sie weniger über Geld als über die intrinsischen Qualitäten der jeweiligen Tätigkeiten wie eine möglichst freie Zeitverfügung oder den autonomen Zugriff auf Ressourcen. Sie nutzen nicht ihre formale Qualifikation als Einstiegsbefähigung, sondern (irgendwo) erworbenes Können. Führt der Weg ohnehin aus der Uni ins Prekariat, kann man auch mit jeder vorhandenen Kompetenz Geld zu verdienen versuchen.

Unruhige Freiheit

Die Arbeitssammler(innen) haben damit die Arbeit gefunden, vor der ihre Eltern sie immer gewarnt haben. Ein Beispiel: Christine, Mitte 30, hat sich nach dem Lehramtsstudium zur Webdesignerin weiterbilden lassen. Sie arbeitet selbstständig und nimmt auch befristete Halbzeitstellen als Grafikerin an. Damit ist dann für ein Jahr lang wenigstens die Miete gesichert. Zweimal im Jahr führt sie in Italien Reisegruppen zu den örtlichen Kunstschatzen. Das alles organisiert sie selbst. Christine stellt mit ihrer Dreifachbeschäftigung plastisch unter Beweis, dass mit den Arbeitssammler(innen)n „das unternehmerische Selbst“, wie es der Soziologe Ulrich Bröckling bezeichnet, längst zu voller Blüte gelangt ist. Das heißt auch, dass die Freiheit, nach der diese Form der Erwerbstätigkeit aussieht, zu einem paradoxen Zustand wird, einer Freiheit, die von außen als generalisierte Forderung an die Erwerbstätigen herantritt. Sie ist eine Freiheit, die eher unruhig – weil abhängig – macht.

Die Einkommen der Arbeitssammler(innen) liegen oft an der unteren Grenze. Zugleich müssen diese ein Dutzend Balancen gleichzeitig halten: Privatleben – Beruf, Einkommen – befriedigende Arbeit. Ihre soziale Risikoabsicherung geht oft gegen null; der temporäre Abstieg ist die Regel, der Fall unter die Armutsgrenze jederzeit möglich. Das Leben ist auf Vorläufigkeit angelegt. Die Arbeit muss größtenteils autonom organisiert werden und erfordert daher Fähigkeiten, die in keiner Ausbildung trainiert werden. Überforderung durch permanente Selbstorganisation wird individuell unterschiedlich erlebt, erreicht zum Teil aber schon gesundheitsschädigende Ausmaße (vgl. S. 39 ff.). Die Verantwortung für das Gelingen des eigenen Lebens liegt allein beim Individuum.

In der neuen Arbeitswelt „dürfen die Erfolgreichen sich in der moralischen Gewissheit sonnen, dass bei ihnen Sein und Sollen übereinstimmen. Die Verlierer dagegen haben zum Schaden auch noch die Schmach zu erdulden, sich den Anforderungen des Wettbewerbs nicht gewachsen gezeigt zu haben“. (3) Sie sind damit die schlecht eingefügten Elemente einer Gesellschaft, in der alles auf Fitness im wörtlichen Sinne von „Vermögen zum Mithalten“ abgestellt ist.

Am Rande des Erduldungsspielraums

Die Zahl der Arbeitssammler(innen) wird immer größer – nicht nur in der Krise, aber da ganz besonders. Laut einer Forsa-Umfrage stieg der Anteil derjenigen Erwerbstätigen, die einen zusätzlichen Job annehmen, um über die Runden zu kommen, von vier Prozent im Jahr 2008 auf 15 Prozent 2010. Besonders auffällig ist das Phänomen bei den Selbstständigen. Arbeit Sammelnde sind häufig solselbstständig, ihr Unternehmen hat keine weiteren Angestellten. Inzwischen sind rund 55 Prozent aller Selbstständigen solo, und heutzutage wachsen gerade solche Wirtschaftsbereiche, die traditionell viele Kleinselbstständige aufnehmen, am stärksten, allen voran das neue Paraded Pferd der Wirtschaftspolitik, die „kreativen Industrien“, zu denen die Bereiche Medien, Unterhaltung, Weiterbildung, Heil- und Serviceberufe sowie unternehmensorientierte Dienste zählen.

Damit sind die Arbeitssammler(innen) die unfreiwillige Avantgarde einer Gesellschaft des unternehmerischen Selbst. Unter den Bedingungen, die diese schafft, wird das Leistungsprinzip – obwohl es als Prinzip der sozialen Integration seine Funk-

**„ Die Arbeitssammler haben die Arbeit gefunden,
vor der ihre Eltern sie immer gewarnt haben. “**

tion allmählich verliert – im Gewand eines Zwanges zur (Selbst-)Optimierung als Regulativ aufrechterhalten. Augenscheinlich sind die Erwerbstätigen heute generell freier als früher. Der eigentliche Zwang ist jedoch nur subtiler geworden. Zum einen stimmen die Bedingungen der heutigen Arbeitssituation nicht mit einer den Arbeitenden zuträglichen Entwicklung von Freiheiten und gleichzeitiger existenzieller Mindestsicherheit überein. Zum anderen wird die Suggestion individueller Freiheiten instrumentalisiert, um einen gesellschaftlichen Wandel zu legitimieren, der letztlich auf Freiheitseinbußen hinausläuft. Der Philosoph Michel Foucault hätte wissend genickt und seine Machttheorie bestätigt gefunden.

Im Verein mit der Flexibilisierung der Arbeitsorganisation in den Unternehmen installiert die sogenannte Aktivierungspolitik diesen abstrakten Zwangskontext. (4) Arbeitskraft wird zur Ware, Erwerbstätige müssen sich als ganze Persönlichkeit permanent feilbieten. Ob als Selbstständige oder Angestellte, sie übernehmen ihr eigenes Qualitätsmanagement. Der Kontrolleur sitzt ihnen nicht mehr im Nacken, sondern im Hinterkopf. Das Paradox: Der (mir äußerliche) Arbeitskontext bestimmt, dass ich selbstbestimmt zu arbeiten habe. Die ständige Selbstmobilisierung führt die Erwerbstätigen dabei regelmäßig an den Rand ihres Erduldungsspielraums. „Führen der Führungen“ nannte Foucault diese Form die Anleitung zur Selbststeuerung. (5) Ein möglicher Nutzen für das Individuum wird durch die Nachteile verspielt. Nutzen hat aber in jedem Fall der Abnehmer der Arbeitsleistung, der die Produktivitätsvorteile der Selbststeuerung abschöpft. In diesem Licht müssen jubelnde Beschwörungen à la „Wir können unsere Leidenschaften zum Beruf machen“ natürlich nur niedlich klingen. Es ist verständlich, wenn manche(r) Arbeitssammler(in) unter diesen Bedingungen denkt: „Ich habe nicht hingereicht für eine anständige Arbeit“. Dabei ist es umgekehrt: Die Bedingungen genügen ihren Vorstellungen und ihren Möglichkeiten nicht! Die Arbeitssammler(innen) haben ein starkes Interesse an selbstbestimmter Arbeit. Viele von ihnen richten ihren Blick darüber hinaus auf die größeren Zusammenhänge

ihrer Handlungen, das heißt auf die gesellschaftliche Einbettung ihrer beruflichen Tätigkeiten und ihres Lebensstils sowie auf deren Konsequenzen für soziale und biologische Systeme. Das ist ihre Antwort auf die Hannah-Arendt-Frage: selbstbestimmte Arbeit in Verantwortung statt paradoxer Freiheit zur Selbstoptimierung. Auch in diesem Sinne sind die Arbeitssammler(innen) ein Zeichen der Zeit. Immer mehr Menschen beginnen bereits, über eine Integration von Arbeit und Leben jenseits kapitalistischer Verwertungszusammenhänge nachzudenken, die ein wirklich gutes Leben durch ihre Wohlstandsfixiertheit eher behindern. (6)

Wie Sache, Sinn und Selbst zusammenfinden

So stecken die Arbeit Sammelnden zwischen dem Faktischen und dem Ideal fest. Unter dem abstrakten Zwang zur Selbststeuerung erfüllt der/die Einzelne seine/ihre Funktion als Erwerbstätige(r); selbstbestimmte Arbeit in Verantwortung dagegen folgt dem Ziel des guten Lebens für den einzelnen und schafft Bedingungen des guten Lebens für andere, indem sie stärker auf Kooperation, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Innovation setzt (vgl. S. 54 ff.). Der abstrakte Zwang der neuen Arbeitswelt nimmt die Erwerbstätigen in die Pflicht zur Selbstoptimierung; selbstbestimmte Arbeit in Verantwortung dagegen lässt ihnen Raum, sich zweckfrei weiterzuentwickeln. Sicherheiten durch institutionelle Systeme der Risikominderung werden in der selbstbestimmten Arbeit ersetzt durch individuelle Sicherungsstrategien, kooperative Strategien wie Netzwerke oder Gemeinschaften und die subsidiäre Einbindung in öffentliche Sicherheitssysteme. Voraussetzungen für eine selbstbestimmte Arbeit nach diesem Verständnis sind, dass

- die Tätigkeit meinen Kompetenzen und meiner allgemeinen Leistungsfähigkeit entspricht,
- mit einem zufriedenstellenden Maß an selbstständiger Wahl von Zielen und Mitteln verbunden ist,
- sie auch um der Sache willen (mit intrinsischer Motivation) getan wird,
- sie mir erlaubt, auch für das Ganze, sprich für Gemeinschaften oder globale Systeme zu handeln und
- sie mir schließlich ein existenzsicherndes Einkommen gewährt. Diese letzte ist eine obligatorische Bedingung.

In einer derart selbstbestimmten Arbeit treffen sich mithin Selbst, Sache und Sinn. Die Frage zur Arbeit sollte heute lauten, wie wollen wir eigentlich arbeiten? Die Antwort, die die Arbeitssammler(innen) geben, ist: selbstbestimmt und verantwortlich. Wir sollten nach den biografischen, sozialen und politischen Bedingungen fragen, die eine solche Arbeit möglich machen. Dort, wo sie noch nicht gegeben sind, sollten wir sie herstellen. Die Arbeit Sammelnden können uns plastisch demonstrieren, wie das Ziel einer solchen selbstbestimmten Arbeit aussieht. Entschließen wir uns, uns darauf zu zu bewegen, brauchen wir uns keine Gedanken mehr um die Arbeitsgesellschaft zu machen – sie wird eine Gesellschaft mit einer großartigen Vergangenheit sein. ———

Anmerkungen

- (1) Hannah Arendt (1967): Vita Activa oder Vom tätigen Leben. München.
- (2) Plöger, Peter (2010): Arbeitssammler, Jobnomaden und Berufsartisten. Viel gelernt und nichts gewonnen? Das Paradox der neuen Arbeitswelt. München.
- (3) Bröckling, Ulrich (2007): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt am Main. S. 103.
- (4) Lessenich, Stephan (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld.
- (5) Foucault, Michel (1987): Das Subjekt und die Macht. In: Dreyfus, Hubert L.; Rabinow, Paul (Hrsg.): Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik. Frankfurt am Main.
- (6) Plöger, Peter (2011): Einfach ein gutes Leben. Aufbruch in eine neue Gesellschaft. München. Erscheint im September 2011.



Wie (anders) arbeiten Sie?

Meine Arbeit ist ständig anders. Kann es also eine bessere geben?

Zum Autor

Peter Plöger, geb. 1971, ist Arbeitssammler, seit 2005 freiberuflicher Publizist und Mitglied der Vereinigung für Ökologische Ökonomie.

Kontakt

Dr. Peter Plöger
E-Mail peter.ploeger@posteo.de

Plädoyer für ein Bedingungsloses Grundeinkommen

Vom Sollen zum Wollen

Von Adrienne Goehler und Götz W. Werner

Ein Grundeinkommen, das alle am sozialen und kulturellen Wohlstand teilhaben lässt, schafft mehr Gerechtigkeit und es würde eine Fülle von Arbeitsformen und -rhythmen ermöglichen. Unternehmer wären gezwungen, Arbeitsplätze zu schaffen, in denen Menschen auch Erfüllung und Spaß finden.

„Arbeit ist, was gut bezahlt wird“, lautete die Antwort von Grundschulkindern nach einer Lesung von Götz Werner auf die Frage: Was ist Arbeit überhaupt? Diese Antwort spiegelt unsere gesellschaftlichen Werte wider. Nur Erwerbsarbeit wird als Arbeit anerkannt. Es ist noch nicht im gesellschaftlichen Bewusstsein angekommen, dass wir unsere sozialen Aufgaben über Erwerbsarbeit nicht finanzieren können. Dass in Deutschland im Jahr rund 56 Milliarden bezahlte Arbeitsstunden geleistet werden – zeitgleich jedoch 96 Milliarden unbezahlte Arbeitsstunden –, ist vielen Menschen unbekannt. (1)

Diese Realität gilt es wahrzunehmen und den nötigen gesellschaftlichen Wandel entsprechend zu gestalten. Es geht darum, die Leistungen von Menschen – sei es in der Kinderbetreuung, der Erziehung, bei der Pflege von Familienmitgliedern oder bei Haushaltsarbeiten, aber auch die ehrenamtlichen, zumeist höchst sinnvollen

gesellschaftlichen Betätigungen – anzuerkennen und wertzuschätzen (vgl. S. 26 ff.). Fragen wie „Arbeitest du oder bist du nur zu Hause bei den Kindern?“ haben in diesem Jahrhundert keinen Platz mehr.

Wer die Realität nicht leugnet, muss feststellen, dass die Voraussetzungen für den Bismarckschen Sozialstaat nicht mehr gelten. Vor 130 Jahren gab es stabile kontinuierliche Berufsbiografien, die Lebenserwartung lag bei 55 Jahren und Familien bestanden in der Regel ein Leben lang. Heute ist die berufliche Entwicklung oft brüchig und instabil; die Lebenserwartung liegt bei rund 80 Jahren und die traditionell wichtigste Keimzelle unserer Gesellschaft, die Familie, hat nicht mehr die Bedeutung wie früher. Der Bismarcksche Sozialstaat braucht als konstitutives Gegenüber den männlichen Alleinverdiener und Familienvorstand. Dieser ist jedoch nicht mehr zeitgemäß, mittlerweile leben wir in einer Single-Gesellschaft mit wechselnden Lebensabschnittsgefährte(inn)en und bilden soziale Netzwerke jenseits von Familienzugehörigkeit.

Die alte Job-Logik stimmt nicht mehr

Es wird in den entwickelten Staaten keine Vollbeschäftigung mehr geben können, auch wenn die Arbeitsmarktdaten im April 2011 scheinbar eine andere Sprache sprechen. „Ein Grund zur Entwarnung ist das nicht, denn gleichzeitig wird die Spaltung am Arbeitsmarkt verschärft. Ein Großteil der Arbeitsplätze, die jetzt entstanden sind, sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse“, bemerkte jüngst ver.di-Chef Frank Bsirske zur Entwicklung am Arbeitsmarkt treffend in einem Spiegel-Online-Interview. (2) Heutzutage ist jede zweite Einstellung befristet, es gibt rund eine Million Leiharbeiter, drei Millionen Erwerbslose und rund fünf Millionen Menschen, die ausschließlich einen Mini-Job haben.

Die Philosophin Hannah Arendt sprach von „der Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgeht“ und meinte damit die unselbstständige Erwerbsarbeit – produzierende Arbeit, die Rohstoffe in Güter verwandelt und mit diesen Gütern Handel betreibt. (3) Nachdem 2003 weltweit 31 Millionen Stellen in der Produktion gestrichen worden waren – und die Produktivität gleichzeitig um mehr als vier Prozent gestiegen war –, stellte der amerikanische Soziologe und Ökonom Jeremy Rifkin fest: „Die alte Logik, dass technologischer Fortschritt und Produktivitätszuwachs zwar alte Jobs

„ Menschliche Arbeit kann man nicht messen, sondern mittels eines Einkommens ermöglichen. “

vernichten, aber auch genauso viele neue schaffen, stimmt nicht mehr.“ (4) Doch Arbeit in einem umfassenden Sinne, Arbeit als eine schöpferische Tätigkeit, als selbstständige Gestaltung, ist nicht vom Aussterben bedroht – im Gegenteil, sie weitet sich aus (vgl. S. 88 ff.). Eine Studie der Sozialwissenschaftler Carroll Haak und Günther Schmid am Wissenschaftszentrum Berlin zum deutschen Arbeitsmarkt kommt zu dem Schluss, dass Arbeitsplätze in Zukunft zunehmend „künstlerisch geprägt“ sein werden, und zwar „selbstbestimmter, kompetitiv, wechselhaft in Art und Umfang des Beschäftigungsverhältnisses, in stärkerem Maße projekt- und teamorientiert, zunehmend in Netzwerke und weniger in Betriebe integriert, mit vielfältigen und wechselnden Arbeitsaufgaben, schwankender Entlohnung oder Vergütung und kombiniert mit anderen Einkommensquellen oder unbezahlter Eigenarbeit.“ (5)

Mit den neuen Arbeitsformen nehmen jedoch, solange wir unser Gemeinwesen entsprechend den Bedingungen des Bismarckschen Sozialstaates organisieren, die prekären Lebensverhältnisse zu. Eine gesellschaftliche Weiterentwicklung ist unabdingbar. Es gilt mit Konventionen zu brechen wie: Einkommen ist die Bezahlung von Arbeit. Menschliche Arbeit kann man nicht messen, sondern mittels eines Einkommens ermöglichen. Der Mensch muss leben können, damit er arbeiten kann.

Vier Kriterien für das Grundeinkommen

Ein bedingungsloses existenzsicherndes Grundeinkommen, das allen eine Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Wohlstand zusichert, ist eine Alternative, die im Nachdenken über eine gerechte Gesellschaft eine zentrale Rolle einnimmt. Wer auf die Entfaltung und Entwicklung jedes Einzelnen setzt, kommt um eine Auseinandersetzung mit der Idee des Grundeinkommens nicht umhin.

Uns geht es nicht darum, ein Grundeinkommen in einer bestimmten Höhe zu fordern – die Höhe muss in einer demokratischen Gesellschaft ausgehandelt werden – oder ein bestimmtes Grundeinkommensmodell zu propagieren. Vielmehr geht es darum,

einen Denkprozess aufzugreifen, zu begleiten und weiterzutreiben. Das Grundeinkommen soll vier Kriterien erfüllen: Es soll erstens die Existenz sichern; zweitens einen individuellen Rechtsanspruch begründen – jeder bekommt es und es wird nicht wie heutige staatliche Leistungen an Lebensgemeinschaften gezahlt. Es darf drittens mit keiner Bedürftigkeitsprüfung einhergehen und viertens nicht mit einem Zwang zur Arbeit. Ein Grundeinkommen würde eine Fülle von nebeneinander bestehenden Arbeitsformen und -rhythmen ermöglichen und unterschiedlichen Lebensphasen Rechnung tragen. Freiberufler(innen) und Angestellte würden selbstbewusster werden, wenn sie wüssten, dass eine Kündigung oder der Verlust eines Auftrags ihre Existenz nicht gefährdet. Erst dann entstünde ein wahrhaft dynamischer Arbeitsmarkt. Und: Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit hätten Frauen und Männer dieselben Ausgangssituationen.

Für Unternehmen hieße es, Arbeitsplätze zu schaffen, in denen Menschen auch dann noch arbeiten wollen, wenn sie nicht mehr um jeden Preis müssen. Faktoren wie Betriebsklima, Kinderbetreuung, Weiterbildungsprogramme oder intelligente Arbeitszeitmodelle würden eine größere Rolle spielen. Das Grundeinkommen würde auch das Ende von Zwangsgemeinschaften bedeuten, weil es individuell ausgezahlt würde. Es würde soziale Gemeinschaften von Gleichberechtigten ermöglichen. Ehegattensplitting, kostenlose Mitversicherungsverhältnisse und Bedarfsgemeinschaften passen nicht mehr in eine von solchen Zwangsstrukturen emanzipierte Gesellschaft.

Souverän, nicht faul

Ein Einwand, den wir bei unseren Vorträgen oder Gesprächen zum Grundeinkommen stets hören, ist: „Wer wird denn dann noch arbeiten?“ Auf die Rückfrage hin, ob die oder der Fragende denn selbst aufhören würde zu arbeiten, erhalten wir immer die gleiche Antwort: „Ich würde selbstverständlich weiterarbeiten, aber die anderen doch nicht!“ Die Zeitschrift *brand eins* belegte diese Spaltung in Eigenwahrnehmung und Fremderwartung in einer Umfrage: Laut des Wirtschaftsmagazins liegt der Anteil der Menschen, der versichert, auch mit einem bedingungslosen Grundeinkommen arbeiten zu gehen, bei 90 Prozent. Dafür glauben 80 Prozent der Befragten, die anderen würden durch ein bedingungsloses Grundeinkommen aufhören zu arbeiten. (6) Es geht also um das Menschenbild!

Manche befürchten auch eine zunehmende Abhängigkeit vom Staat. Wir gehen jedoch davon aus, dass der Mensch der Souverän ist, der sich in das Gemeinwesen einmischen will, so ihn seine Existenzängste nicht immer auf sich selbst zurückwerfen, und sehen uns in den vielfältigen Bewegungen der jüngsten Zeit darin bestätigt: Das Eintreten gegen die Atomenergie oder gegen Stuttgart 21 und auch die Erhebungen der Menschen für Freiheit und Selbstbestimmung in Libyen, Tunesien oder Ägypten zeigen deutlich: Die Menschen wollen mitgestalten.

Ein weiterer Einwand ist die Überzeugung, ein Grundeinkommen sei nicht finanzierbar. Es ist ein Irrtum, dass bei einem Grundeinkommen von beispielsweise 1.000 Euro für jeden und bei einer Bevölkerung von 83 Millionen Menschen in Deutschland 83 Milliarden Euro jeden Monat nötig wären. Das ist insofern zu kurz gedacht, als das Grundeinkommen substitutiv sein soll, das heißt, es wächst in die bestehenden Einkommen aus Arbeit, Rente oder Arbeitslosengeld hinein. Ebenso ist beim Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn nicht der Preis für die Tickets allein relevant, sondern wie viel die Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln im Verhältnis zum Auto kosten. Hier ist anzumerken, dass die Sozialausgaben 2009 rund 750 Milliarden Euro betragen – bei einer gleichmäßigen Verteilung wären das 9.000 Euro je Bundesbürger(in) im Jahr. Das Grundeinkommen ist quasi schon finanziert!

Mehr als Geld für alle

Es gibt unterschiedliche Modelle zum Grundeinkommen und noch mehr Standpunkte. So hat das Hamburger Weltwirtschaftsinstitut das Modell des ehemaligen thüringischen Ministerpräsidenten Dieter Althaus untersucht und für machbar erklärt. Von den Autoren befürwortet Götz Werner eine reine Konsumsteuer, nicht nur um das Grundeinkommen zu finanzieren, sondern um auch mehr Gerechtigkeit zu schaffen. Adrienne Goehler will sich auf die Finanzierungsart nicht festlegen, sie fordert ein vorgelagertes Modellprojekt, das durch interdisziplinäre Forschung wissenschaftlich begleitet wird, und eine wirklich interdisziplinäre Forschungsgruppe, die ein kluges Steuermodell herausarbeitet.

Das bedingungslose Grundeinkommen ist mehr als Geld für alle. Es ist ein Kulturimpuls, der viele gesellschaftliche und ökonomische Fragen beeinflusst. Es geht um einen gesellschaftlichen Paradigmenwechsel für alle Bürger(innen), um die

Ermächtigung zur Selbstermächtigung, die eigenen Geschicke selbst in die Hand nehmen zu können. Das Grundeinkommen ermöglicht einen Wandel vom Sollen zum Wollen. _____

Anmerkungen

- (1) Statistisches Bundesamt (2004): Forum der Bundesstatistik Band 43. Alltag in Deutschland. Wiesbaden.
- (2) „Die Spaltung am Arbeitsmarkt wird verschärft“, Interview mit Frank Bsirske vom 13.4.2011 auf www.spiegel-online.de.
- (3) Arendt, Hannah (1967): Vita Activa oder Vom tätigen Leben. München.
- (4) Rifkin, Jeremy (2004): Der europäische Traum: Die Vision einer leisen Supermacht. Frankfurt am Main.
- (5) Haak, Carrol/Schmid, Günther: Arbeitsmärkte für Künstler und Publizisten. Modelle der künftigen Arbeitswelt? In: Leviathan – Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft 2/2001, S. 156-178.
- (6) brand eins 9/2009. Hamburg.



Wie (anders) arbeiten Sie?

- a) Ich würde tun, was ich jetzt auch tue, aber mit mehr Zeit, um zu entwickeln, zu verwerfen und mit der Freiheit zu der einen oder anderen Anfrage Nein zu sagen.
- b) Ich arbeite keine Stunden ab, sondern ergreife die Aufgaben, mit denen ich mich identifiziere – im Bewusstsein, dass ich mich mittels meiner Aufgaben entwickle und die Welt mitgestalte.

Zur Autorin, zum Autor

- a) Adrienne Goehler, geb. 1955, ist Dipl.-Psychologin und arbeitet als Kuratorin, Autorin

und Dozentin. Sie war u.a. Präsidentin der Hochschule für bildende Künste in Hamburg und Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur in Berlin.

b) Götz W. Werner, geb. 1944, ist Gründer und Aufsichtsrat von dm-drogerie markt. An der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft bei Bonn lehrt er seit 2008 als Gastprofessor. Mit seiner Initiative „Unternimm die Zukunft“ setzt er sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen in Deutschland ein.

Kontakt

Adrienne Goehler
E-Mail adrienne.goehler@berlin.de

Prof. Götz W. Werner
dm-drogerie markt GmbH + Co.KG
Carl-Metz-Straße 1, D-76185 Karlsruhe
Fon ++49/(0)721/5592 -1101

Erwerbsarbeit und soziale Mindestsicherung

Wider die Vertafelung der Gesellschaft

Von Bernhard Jirku

Die Dienstleistungs- und Industriegesellschaft befindet sich im Umbruch. Notwendig ist eine öffentliche und zivilgesellschaftliche Gestaltung der Wandlungsprozesse. Arbeit ist genügend da. Sie ist jedoch ebenso wie die öffentlichen Infrastrukturen und die soziale Sicherung unzulänglich finanziert.

— Hilfe, uns geht die Arbeit aus! Mit diesem Schlachtruf wird, wie schon von anderen Problemlagen her bekannt, der Untergang des Abendlandes heraufbeschworen. Einkommen und Lebensunterhalt stehen auf dem Spiel. Die einen fordern deshalb Arbeit um jeden Preis, die anderen Einkommen ohne jeden Preis. Dabei ist es nicht das erste Mal, dass erhebliche Umbrüche zu bewältigen sind und Millionen von Menschen in den Sog von Verarmung und Zwangslagen hineingezogen werden. Der Übergang von der ländlichen Agrargesellschaft zur städtischen Industriegesellschaft dauerte Jahrhunderte und er war mit tiefgreifenden sozialen Verwerfungen und heftigen Erschütterungen verbunden. Der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft ging demgegenüber relativ schnell vonstatten, binnen eines Jahrhunderts, und auch relativ gut gestaltet, flankiert durch soziale Sicherungs-, Infrastruktur- und Bildungssysteme.

Seit etwa zwei Jahrzehnten befinden wir uns nun mitten im Übergang von der industrieorientierten zur personenbezogenen Dienstleistungsgesellschaft, in einem Prozess der informationstechnologischen Automatisierung von Dienstleistungs- und Industrieprozessen sowie einem Wandel der Industrie vom Raubbau an der Natur zur ökologischen Nachhaltigkeit. In Dienstleistungsbranchen wie Erziehung, Bildung und Wissenschaft, Betreuung und Pflege sowie bei den nachhaltigen Umwelttechnologien wächst die Erwerbsarbeit (vgl. S. 26 ff.). Um Arbeit ist es auch in Zukunft nicht schlecht bestellt, wohl aber um eine bessere (Anschub-)Finanzierung von Zukunftsbranchen und -berufen (vgl. S. 95 ff.).

Parallelgesellschaft mit Schattenbanken

Um die Gestaltung der Wandlungsprozesse und ihrer sozio-ökonomischen Flankierung könnte es wesentlich besser bestellt sein, wenn wir es nicht zeitgleich vor dem Hintergrund aktueller globaler Machtverhältnisse mit Raubzügen von Finanzmarktakteuren zu tun hätten, die sich mit viel Geld eine Parallelgesellschaft mit Schattenbanken und anderem mehr aufgebaut haben, die Beitragsmittel zur sozialen Sicherung (Stichwort „Privatisierung“) und Steuermittel (Stichwort „Niedrigsteuern“) Stück für Stück auf ihre Mühlen umgeleitet haben und die es vermocht haben, die Staaten in die Gewährleistungshaftung für ihre Abenteuer und Gewinne zu nehmen.

Traumziel neoliberaler Akteure ist die weitestgehende Abschaffung des Sozialstaats und der sozialgesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung. An die Stelle dessen soll ein residuales pauschales Grundsicherungseinkommen kommen oder gar nichts respektive die Armenfürsorge von Kirchen und Wohlfahrtsorganisationen (Stichwort „Vertafelung“). Wer mehr Existenzsicherung wünscht, soll sich an den privaten Kapital-, Versicherungs- und Immobilienmarkt wenden. Traumziel ist ein Niedrigsteuerstaat, der für Finanztransaktionen keine Mehrwertsteuer erhebt, der aber an den Kapitalmärkten zumindest die sogenannten Rentenwerte absichert. Auch öffentliche Infrastrukturen wie Bahn, Wasser oder Bildung sollen weitestgehend privatisiert werden. Damit aber die Bürgerinnen und Bürger die Gebühren respektive die Preise zahlen können, halten neoliberale Akteure ein von den Steuerbürger(inne)n finanziertes Grundeinkommen für vorteilhaft. In den vergangenen zehn Jahren stützte die Politik die Arbeitslosenversicherung auf das bit-

tere Ende „Hartz IV“ zurecht. Die Arbeitgeber senkten die Löhne für das untere Drittel der Gesellschaft real um über zehn Prozent; auch das mittlere Drittel wurde erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Zuvor hatte die Regierung die Rentenfinanzierung teilprivatisiert und das sozialgesetzliche Rentenniveau erheblich abgesenkt. Mit Zuzahlungen und Zusatzbeiträgen sowie Vorteilen für die privaten Krankenkassen wurde die Gesundheitsversorgung stärker privat orientiert. Studiengebühren und Studienkredite bahnen den Privatisierungsweg bei der Bildung.

Ohne staatliche Unterstützung keine Arbeit

Zur sozio-ökonomischen Umgestaltung im Sinne einer nachhaltigen Dienstleistungs- und Industriegesellschaft werden jedoch öffentliche Mittel benötigt, die diversifiziert und zukunftsorientiert eingesetzt werden können: zur Fort- und Weiterbildung, zur Forschung in nachhaltigen Dienstleistungs- und Industriebranchen, für ökologische Technologien, für eine bessere Bildung und Ausbildung, zur Integration bildungsferner Schichten, für eine bessere und umfangreichere Pflege- und Gesundheitsversorgung und vieles mehr. Dort, wo die Mittel eingesetzt werden, entsteht neue Arbeit; dort, wo sie fehlen, nicht.

In den vergangenen Jahren wurden die Mittel und die Instrumente für eine Begleitung, Abfederung und Flankierung der ökonomischen und sozialen Wandlungsprozesse jedoch weiter verringert statt verbessert. Die ökonomischen und sozialen Notlagen der Menschen wurden vergrößert, anstatt Kompensationen zu gewähren und Übergänge zu schaffen. Die Bildung ist stärker unterfinanziert denn je. Die Löhne sanken im vergangenen Jahrzehnt ebenso wie das Niveau der sozialen Sicherung. Armut wurde verstärkt, Kaufkraft reduziert, Arbeitsplätze wurden prekariert. Eine Existenz sichernde Vollzeitarbeit ist stark rückläufig – Mini-Jobs, Leiharbeit, befristete Beschäftigung boomen (vgl. S. 69 ff.). Die Menschen wissen nicht mehr, worauf sie ihr Leben noch bauen können.

Vor diesem Hintergrund haben sich die Gewerkschaften einen existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohn ebenso auf ihre Fahnen geschrieben wie eine bessere soziale Mindestsicherung. Hohe Vermögen und große Erbschaften sind gerechter zu besteuern, um mehr Mittel für öffentliche Infrastrukturen, insbesondere die Bildung, zu erwirtschaften. Um mehr Mittel für zukunftssträchtige Dienstleistungen und den

ökologischen Umbau der Industrie einsetzen zu können. Um die Kommunen und den Staat aus der Verschuldungsfalle herauszuholen, statt ihn mit einer „Schuldenbremse“ weiter hinein zu bugsieren. Es geht um mehr und gute Arbeit. Es geht nicht um Vollbeschäftigung um jeden Preis, nicht um den Preis von prekärer Arbeit und Hungerlöhnen, nicht um den Preis von Repression, Exklusion und Existenzbedrohung bei der sozialen Sicherung. Es geht um eine bessere Verteilung der Arbeitszeiten (Stichwort „hohe Teilzeit“) und der Arbeit, eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben im Sinne einer ausgewogenen Work Life Balance sowie um die Entwicklung neuer sinnvoller Tätigkeitfelder und die Erwirtschaftung der entsprechenden finanziellen Ressourcen. Der Satz „Es ist teuer, arm zu sein“ bezog sich ursprünglich in der Entwicklungshilfe auf die Einkommensarmut, die den Handlungsspielraum von armen Menschen einengt, weswegen rationaleres und nachhaltigeres Wirtschaften half, notwendige Ausgaben zu senken. Bald jedoch wurde klar, dass sich die Probleme ebensogut auf die Ökologie beziehen. Arme Menschen sind auf sehr billige Produkte und Dienstleistungen angewiesen – auf Produkte wie Brennholz, deren Beschaffung zu Rodung und Erosion führt.

„ Die Armutprobleme und die Finanzierung der Existenzsicherung auf einen Pauschalbetrag zu reduzieren ist das Gegenteil einer Lösung. “

„Es ist teuer, arm zu sein“ gilt zunehmend auch für die wachsende Armut in den OECD-Ländern, ebenso in ökologischer Hinsicht. Prekäre Arbeit zu Hungerlöhnen und eine schlechte soziale Sicherung bringen die Betroffenen in die Not, auf das jeweils billigste Produkt angewiesen zu sein. Mehr und bessere Arbeit sowie eine bessere soziale Mindestsicherung helfen indes der Armut entgegenzutreten, ökologische Schäden zu vermindern und Zukunftsbranchen zu entwickeln.

Die Armutprobleme und die Finanzierung der Existenzsicherung auf einen Pauschalbetrag zu reduzieren ist das Gegenteil einer Lösung. Sowohl für die betroffenen Menschen als auch für die Finanzierung der sozialen Sicherung, denn Pauschalbeträge versagen im Alltag angesichts der weit auseinandergehenden notwendigen Bedarfe Einzelner.

Einerseits lassen Pauschalbeträge die Dimension der sogenannten Daseinsvorsorge respektive der öffentlichen Infrastrukturen außer Acht, einschließlich der Fragen von Finanzierung und Privatisierung. Andererseits lässt schon der Kernbereich der sozialen Existenzsicherung, der Ernährung, Kleidung, Wohnung und vieles mehr umfasst, keine Pauschalierung zu. Denn die Wohnkosten sind regional höchst unterschiedlich: die Warmmiete reicht von etwa fünf Euro bis etwa 15 Euro pro Quadratmeter. Und zur Regelleistung treten diverse Mehrbedarfe aus sozialen oder medizinischen Gründen hinzu. Bei den Kindern bestehen erhebliche Unterschiede je nach Alter. Der für eine sozio-kulturelle Existenzsicherung notwendige Betrag fällt von Person zu Person sehr unterschiedlich aus. Bei Pflegebedürftigen können 2.000 Euro und mehr zusammenkommen. Bei Erwachsenen ist im Regelfall mit 600 Euro bis 800 Euro zu rechnen, bei Kindern mit 400 Euro bis 700 Euro. In besonderen sozialen Notlagen oder bei gravierenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen fällt die Bedarfslage jedoch noch höher aus.

Umfassende Existenzsicherung

Zur Finanzierung eines pauschalen Grundeinkommens oder einer negativen Einkommenssteuer müsste eine allseits durchgreifende Steuerverwaltung entwickelt werden. Das Finanzamt wäre schließlich die einzig verbleibende Stelle zur Erhebung von Mitteln zur sozialen Sicherung – sofern der Grundeinkommensbetrag denn in die Nähe einer Existenzsicherung heranrücken soll, und nicht wie beim Modell der Kindergeldgrundsicherung das jetzt schon unzureichende Existenzsicherungsniveau weiter absenken soll.

Es macht Sinn, die Finanzmittel auf die besonders Hilfebedürftigen zu fokussieren und ihre Existenzsicherung gezielt auf das notwendige Niveau zu bringen. Und es macht Sinn, die vorgelagerten sozialen Sicherungssysteme so zu gestalten, dass nur wenige Menschen auf die soziale Mindestsicherung zurückgreifen müssen. Soll eine

veritable soziale Mindestsicherung tatsächlich existenzsichernd sein, muss sie einen breiten Kontext berücksichtigen und umfassend angelegt sein. Erforderlich ist es unter anderem, den Eckregelsatz auf mindestens 435 Euro zu erhöhen, die Wohnkosten beim Arbeitslosengeld II vollständig zu übernehmen, einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde einzuführen und existenzbedrohende Sanktionen bei der Grundsicherung abzuschaffen.

Vor allem braucht es ein Recht auf existenzsichernde Arbeit statt Hungerlöhne und Workfare. Zu ergänzen wäre insbesondere die Finanzierung des lebenslangen Lernens, der Bildung sowie der Aus-, Fort- und Weiterbildung. Einerseits insbesondere über den Ausbau der Kindertagesstätten und der Grundschulen zu Ganztagschulen. Andererseits durch einen Umbau der Arbeitslosenversicherung zu einer Weiterbildungs- und Arbeitslosigkeitsversicherung. Vor dem Hintergrund seriöser Analysen und Prognosen können dann für alle Einkommenschichten entsprechend dem Wandel in Dienstleistungs- und Industriebranchen öffentliche Mittel zukunftsorientiert eingesetzt werden. ———



Wie (anders) arbeiten Sie?

Arbeiten, frei wie ein Baum,
brüderlich wie ein Wald,
das ist unsere Sehnsucht.
(frei nach N. Hikmet)

Zum Autor

Bernhard Jirku, geb. 1954, ist Wirtschafts- und Sozialhistoriker. Beruflich leitet er bei

ver.di auf Bundesebene den Bereich Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.

Kontakt

Bernhard Jirku
ver.di, Ressort 10
Paula-Thiede-Ufer 10
D-10179 Berlin
E-Mail bernhard.jirku@verdi.de

FUTURELAB

Die Erneuerbaren boomen und sind auf bestem Wege, ein Beschäftigungszugpferd zu werden. Doch auch abseits des Erwerbslebens gibt es genug zu tun, vor allem schöpferische und sorgende Arbeit sind gefragt. So erobern sich nicht nur in der Freien-Software-Bewegung Findige die Produktionsmittel zurück. – Wie hängen Arbeit und Gemeingüter zusammen? Welchen Begriff von Arbeit hat die Solidarische Postwachstumsgesellschaft? Wie finden wir vom „totalen Kapitalismus“ zu einer Welt mit anderen ökonomischen Prinzipien?



POWER

Gemeingüter und Arbeit

Den Kaiser Kapitalismus entkleiden

Von Annette Schlemm

Anstatt nur als Arbeit zu akzeptieren, was Lohn bringt, steigen immer mehr Menschen aus der Geld-Waren-Tauschlogik aus und tun das, was sie für wichtig und richtiger halten: Sie gründen Umsonstläden, entwickeln freie Designvorlagen oder legen Gemeinschaftsgärten an. – Warum Selbermachen und Teilen die Welt verbessert.

———Hobbys sind etwas für die Freizeit, streng separiert vom Job. Unter Hobby wird vorwiegend etwas verstanden, bei dem ein Mensch sich freudig verausgabt, wobei er etwas um seiner selbst und der Sache willen tut. Woher kommt das Bedürfnis nach Hobbys? Es zeigt, dass in vielen Menschen mehr steckt, als die Lohnarbeit abruft (vgl. S. 107 ff.).

Die über die Lohnarbeit hinausgehenden Potenziale können auch als Arbeitsvermögen bezeichnet werden. Das, was wir an den Lohngeber verkaufen, ist im Unterschied dazu lediglich die „Arbeitskraft“. Karl Marx kennt diese Unterscheidung nicht, denn „das Arbeitsvermögen [...] ist nichts, wenn es nicht verkauft wird“. (1) Dies ist richtig, solange wir wie Marx nur jene Arbeitsprozesse betrachten, für die Produktionsmittel benötigt werden, die uns nicht gehören, sondern die sich im Eigentum anderer Menschen oder juristischer Personen befinden. Denn dann werden wir nur

an die Arbeit gelassen, wenn sie Gewinn verspricht, genau gesprochen: wenn wir für diese juristische Person mehr Wert produzieren, als unsere eigene Reproduktion erfordert, also das, was wir durchschnittlich als Lohn erhalten. Ansonsten „rechnet“ sich unser Tun nicht, auch wenn es beispielsweise bei der Pflege von Menschen und Natur oder bei der Herstellung spannender Sachen oder bei dem, was uns wirklich wichtig ist, sinnvoll genutzt werden könnte. Aber das zählt aus der Perspektive der Mehrwertaneignung nicht. Als „Arbeit“ akzeptiert wird nur jenes Tun, das sich für den Produktionsmittelbesitzenden lohnt. Die Perspektive des Interesses am Tun, die Selbstbestimmung über die eigene Lebenszeit fällt dabei jedoch völlig heraus.

Vielfalt an Selber- und Mitmachprojekten

Müssen wir diesen Maßstab, diese Perspektive übernehmen? Es zeigt sich, dass immer mehr Menschen dies nicht tun. Sie lassen sich nicht auf Lohnarbeit und angeblich gemeinnützige Zwangsarbeit wie das durch Leistungsentzug erzwungene Harken öffentlicher Grünflächen reduzieren. Sie gärtnern aber auch nicht mehr nur für sich, privat im Schrebergärtlein, sondern pflanzen Obstbäume in einen öffentlichen Park, richten Gemeinschaftsgärten auf Dächern ein oder werfen „Samenbomben“ in die urbane Landschaft. Beim sogenannten Urbanen Gärtnern wie in den Prinzessinnengärten in Berlin-Kreuzberg wird beispielsweise Gemüse angebaut, und um diese Aktivitäten herum entwickeln sich neue soziale Netzwerke. Eine wichtige Quelle für solche neuen Praxisformen waren bosnische Frauen, die als Flüchtlinge in den 1990er-Jahren in Göttingen mit dem sogenannten Interkulturellen Gärtnern begannen. Auch handwerkliches Selbermachen, vor allem in Verbindung mit Hightech Tools, scheint in Offenen Werkstätten und in sogenannten FabLabs, also in Fabrikationsstätten mit Hightech-Maschinen, die zur öffentlichen Nutzung zur Verfügung stehen, einen neuen Aufschwung zu nehmen (vgl. S. 113). (2) Mittlerweile gibt es eine Vielfalt derartiger Selber- und Mitmachprojekte. Dabei gilt: „Diese Selbstermächtigung ist das Geschenk des Selbermachens. Menschen mit Kreativität und Zeit sind weitaus weniger Grenzen gesetzt als jenen mit einem Haufen Geld.“ (3) Die Tradition des Selbermachens war nie völlig tot, aber die Praxis von Landkommunen oder beispielsweise handwerklicher alternativer Ökonomie hatte in den 1990er-Jahren deutlich an Schwung verloren. In derselben Zeit entstanden jedoch neue

Praxen des Selbermachens, und zwar in einem politisch völlig unerwarteten Bereich: in der Software-Entwicklung. Die Art und Weise, wie freie Software erzeugt wird, ist seit über zehn Jahren als Vorform für eine nachkapitalistische Produktionsweise in der Diskussion. Besonders wichtig sind hier die Ausschaltung von Hierarchien durch dezentral-selbstbestimmte Vernetzung und das Aussteigen aus der Geld-Waren-Tauschlogik, das heißt die Entkopplung von Geben und Nehmen durch die beteiligten Menschen. Diese Produktionsform ist eine „Form, wie ein gesellschaftliches Bedürfnis ohne staatliche Struktur und ohne privatwirtschaftliches Vorantreiben sich aufs Beste verwirklicht“. (4) Auf die Frage, wie sich das Programmieren von Linux und Co. von Hobbys wie dem Kaninchenzüchten oder Briefmarkensammeln unterscheidet, wurde damals geantwortet, Gnu/Linux hingegen wollte ja ganz explizit warenorientierte Produktion verdrängen.

Damit sind wir bei der Frage, ab wann unser Arbeitsvermögen sich frei entfalten kann und nicht als Arbeitskraft in den Profiterwirtschaftungszwang eingepresst wird: Mit der freien Software entstand erstmals die Praxis einer nicht vom Kapital bestimmten Produktion, deren Arbeit und deren Produkte von der Produktivität, der Komplexität und der Globalität her auch mit den kapitalistisch erzeugten Produkten konkurrieren konnten, und für die es nicht erst einer Enteignung der wesentlichen Produktionsmittel durch eine Revolution bedurfte: „Vieles, wofür man früher eine mittelständische Firma brauchte, kann man heute am Laptop und über das Netz sehr einfach zusammenschnüren.“ (5)

Nutzen, was man braucht

Es dauerte nicht lange, und die Erfahrung dieser Praxis führte auch weltweit zu ähnlichen Entwicklungen. 2002 fand Yochai Benkler, Juraprofessor an der Harvard Law School, mit „Common Based Peer Production“, was so viel meint wie die Gemeingüterproduktion durch Gleichberechtigte, eine Bezeichnung für die Verallgemeinerung dieser Produktionsform über die Software hinaus. Als erste Erweiterungssphäre für freie Güter erwies sich die Kultur. Für freie Kultur waren die Bedingungen auch günstig: Kulturgüter wie Texte und Musik lassen sich in digitaler Form ebenso leicht verteilen und kopieren wie Software. Die Unterscheidung zwischen Kultur in Form von Waren und in Form von freien Gütern ist eine rechtliche, das heißt eine soziale,

und nicht eine der sachlichen Qualität des Produkts selbst. Bei Produkten, von denen man sagt, dass sie „knapp“ seien, ist das komplizierter. Wenn ich ein Musikstück höre und kopiere, kann ein anderer sie in genau derselben Qualität ebenfalls genießen. Ein Brötchen allerdings ist weg, wenn ich es gegessen habe, aber dafür kann ich eine Waschmaschine mit den Nachbarn teilen.

„ Wenn Menschen nicht mehr von ihren Arbeitsbedingungen getrennt sind, können sie selbstbestimmt und gemeinsam mit anderen auf neue Weise all die Dinge herstellen, die sie zum Leben benötigen. “

Schon mit kleinen sozialen Veränderungen, also dem Teilen, dem gemeinsamen Nutzen, dem Weitergeben, bräuchten wir erheblich weniger Dinge herzustellen, zu kaufen und anzuhäufen. Verzichten wir auch noch auf Rüstungsproduktion und auf den Einbau von einberechnetem Verschleiß, der sogenannten geplanten Obsoleszenz, bleibt sicher nur noch ein Bruchteil der heutigen Produktionsmenge übrig. Niemand braucht uns dann ein „Ende des Wachstums“ zu oktroyieren. Vielmehr könnte dann sogar ein Leben in Fülle für alle Menschen im Einklang mit der Natur möglich sein. Unter „Fülle“ ist allerdings keine grenzenlose Verschwendung zu verstehen, sondern die Möglichkeit, zu nutzen, „was man braucht, wenn man es braucht“. (6)

Für eine Produktionsweise, in der auf durchaus unterschiedliche Weise auch für Brötchen und Waschmaschinen gesorgt sein soll, sind noch vielfältige soziale und technische Erfindungen notwendig. Aber die Bedingungen hierfür sind nicht schlecht. Insbesondere soziale Neuerungen erfordern oft keine grundsätzlichen Innovationen, sondern nur die Anwendung altbekannter Verhaltensweisen und Prinzipien in der Produktionswelt. (7) Dabei gilt beispielsweise das Prinzip, die Produktion entsprechend den konsumtiven und produktiven Bedürfnissen und nicht entsprechend der

Kapitalmaximierung zu steuern. Ein weiteres Prinzip ist, beizutragen statt zu tauschen, und zu teilen, was möglich ist. Gemeinsamer Besitz (in jeweils sinnvollem Gruppen- respektive territorialem Ausmaß) ersetzt das ausgrenzende (Privat-)Eigentum an den wichtigsten Lebensgrundlagen und Produktionsmitteln. Ressourcen und Produktionsmittel werden als Gemeingüter (Commons) genutzt, und mit ihnen werden auch vorzugsweise wieder Gemeingüter hergestellt. Die Zusammenarbeit beruht auf Freiwilligkeit, freier Kooperation und Gleichberechtigung. Aufgaben werden nach Absprache und dem „Stigmergie“-Prinzip verteilt, das heißt mithilfe von Signalen, die wie öffentliche To-do-Listen Aufforderungscharakter haben oder wie die roten Links in der Webenzyklopädie Wikipedia nach Ergänzung fragen.

Arbeitsbedingungen selbst schaffen

Diese Prinzipien entstammen keiner Traumtänzer-Wunschliste, sondern sie kennzeichnen reale Erfahrungen in den bereits existierenden nicht-kapitalistischen Wirtschaftspraxen. Als zaghafte Keime können diese in Bereichen entstehen und sich halten, wo das von Marx erkannte kapitalistische Prinzip des Auseinanderreißen von Menschen und ihren Arbeitsbedingungen aufgehoben ist respektive werden kann. Dies gilt im immateriellen Bereich in besonderem Maße: Wissen und Kulturgüter werden vermehrt frei produziert und zur Verfügung gestellt. Die Internetenzyklopädie Wikipedia ist ein Beispiel. Aber auch die Arbeit an Konstruktionsunterlagen für Produkte, die einen immer größeren Anteil an der Arbeitsmenge für die Güter ausmacht, lässt sich freistellen unter sogenannten Creative-Commons-Lizenzen. Auch die Menschen in den Offenen Werkstätten nutzen beispielsweise Konstruktions- und Designunterlagen für Geräte und Produkte auf frei zugänglichen Datenbanken als Open Design, oder sie entwickeln selbst welche und stellen sie zur freien Verfügung. Wo Produktionsmittel wie Computer auch in privatem Besitz sind, lassen sie sich – gemeinsam mit der Internet-Infrastruktur – als Arbeitsmittel nutzen, Hightech Tools (beispielsweise selbstgebastelte Laser-Schneidanlagen) kommen zumindest für Gruppen auch in den Bereich des Erschwinglichen. Andere Ressourcen wie Gartenland entstehen meist zuerst aus öffentlichen oder privaten Brachflächen, um deren soziale statt privatkapitalistische Nutzung vielfältige Kämpfe ausgefochten werden. Im Laufe der Zeit werden auch Produkte aus den Offenen Werkstätten für weitere

Projekte zur Verfügung gestellt, so beispielsweise sogenannte 3-D-Drucker. Auf diese Weise entstehen schon vor großen politischen Umwälzungen Erfahrungen mit Produktionsformen, in denen diese Trennung zwischen arbeitenden Menschen und ihren Arbeitsbedingungen nicht mehr gilt.

Wenn Menschen nicht mehr von ihren Arbeitsbedingungen getrennt sind, können sie sich selbstbestimmt in Kooperationen hineinbegeben und gemeinsam mit anderen auf neue Weise all die Dinge herstellen, die sie zum Leben benötigen. Sie sind dann weder getrennt von ihren Arbeitsbedingungen noch von denen, die diese nutzen könnten, um sie zu Mehrarbeit zu erpressen; aber auch nicht von jenen, die in Konkurrenz zu ihnen ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Vieles, was unter den Bedingungen der Trennung von den Arbeitsbedingungen, der Vereinzelung und Konkurrenz noch notwendig erscheint, wie die Absicherung durch scheinbar „gerechten Tausch“ oder die Vermittlung von Kooperation über Geldflüsse, wird dann völlig unnötig.

Keine Almosen mehr vom Jobcenter

Je mehr Menschen erfahren, wie schön das Leben unter diesen Bedingungen sein kann und um wie viel weniger krisenhaft, desto klarer lässt sich der Unsinn der jetzigen Wirtschaftsordnung erkennen, und eines Tages werden wohl viele Scheuklappen fallen, wenn im richtigen Moment das kleine Kind ausruft: „Aber der Kaiser Kapitalismus ist doch nackt!“

Stell Dir vor, Du lebst in einem Stadtviertel, in dem jede zweite ehemalige Straße und die Innenhöfe zu Gärten geworden sind und jede Versicherungsagentur und jedes Rechtsanwaltsbüro zu einer Werkstatt mit Hightech-Geräten für verschiedene Materialien, zu FabLabs und öffentlichen Bibliotheken und Infozentren umgestaltet wurde. Stell Dir vor, Du brauchst nicht mehr zum Jobcenter zu gehen, weil Du dessen Almosen nicht zum Überleben brauchst, und stell Dir vor, Du siehst Deinen ehemaligen Arbeitgeber in seinem schicken Anzug zögernd vor dem blühenden Garten stehen und lächeln. Stell Dir vor, Du hast gestern Abend zu Hause die Idee für einen neuen Lampenschirm mit Fluoreszenzeffekten gehabt und gehst jetzt zu einem Kumpel, dem es Spaß macht, Dir dafür eine CAD-Zeichnung für die Laserschneidewerkstatt zu machen. Ihm gefällt die Idee so sehr, dass Du ihn morgen mit so einem

effektvollen Lampenschirm überraschen kannst. Wache nicht auf aus diesem Traum! Steh einfach auf, geh zum Internet und schau, wo der nächste urbane Garten in deiner Umgebung ist, wo die nächste Offene Werkstatt und der nächste Umsonstladen, und frage die Menschen in Deiner Umgebung, was sie gerne mit Dir zusammen machen würden. Und dann lebt diesen Traum. ———

Anmerkungen

- (1) Marx, Karl (MEW 23): Das Kapital. Erster Band. In: Marx, Karl/Engels, Friedrich (1988): Werke, Band 23. Berlin.
- (2) Schlemm, Annette (2011): Yes, we are open – eine Offene Werkstatt in Berlin.
<http://tiny.cc/Ou52o>
- Boeing, Niels (2007): 3D-Drucker für das Volk. Vom Fabbing zur technischen Demokratie.
<http://tiny.cc/zqklm>
- (3) Fersterer, Matthias: „Wir können alles“. In: Oya 1/2 2011, S. 12-13.
- (4) Merten, Stefan (1999):
Verschwinden des Staates/Marktes. www.oekonux.de/liste/archive/msg00036.html
Merten, Stefan (1999): Ehrenamt, Tausch oder was?
www.oekonux.de/liste/archive/msg00063.html
- (5) Friebe, Holm: Punk ist heute, etwas selber zu machen. In: Oya 1/2 2011, S. 35-36.
- (6) Siefkes, Christian: Das gute Leben produzieren. In: Streifzüge 51/2011, S. 18-23.
- (7) Habermann, Friederike: Gutes Leben mit Economy. In: Streifzüge 51/2011, S. 8-10.



Wie (anders) arbeiten Sie?

Vor allem doppelzünftig!
Denn in den Bewerbungsschreiben für Lohnarbeitsjobs darf davon nix stehen ...

Zur Autorin

Annette Schlemm, geb. 1961, ist Physikerin und Philosophin. Sie bloggt unter <http://philosophenstuebchen.wordpress.com>

Kontakt

Dr. Annette Schlemm
E-Mail contact@zw-jena.de

Beschäftigungseffekte erneuerbarer Energien

Mehr Arbeit = gute Arbeit?

Von Bernd Hirschl

Das Thema Beschäftigung und erneuerbare Energien wird häufig auf quantitative Effekte verkürzt. Dabei ist nach der Art und Verteilung der Arbeit, nach der Qualifizierung und Qualität der Jobs zu fragen, wenn die Wachstumsbranche auch in puncto soziale Nachhaltigkeit erfolgreich sein will.

— Wird über erneuerbare Energien und Beschäftigung berichtet, werden mittlerweile Superlative bemüht, um die bemerkenswerte Entwicklung der letzten Jahre zu beschreiben. Vom „Beschäftigungswunder“ ist dann die Rede oder vom „Motor für Wachstum und Beschäftigung“ in Deutschland. Um es zu Beginn gleich festzuhalten – auch der Autor dieses Beitrags sieht die hohen bedeutenden Beschäftigungseffekte der erneuerbaren Energien als wissenschaftlich (mehrheitlich) erwiesen an, wohl wissend, dass es auch gegenteilige Meinungen und Ergebnisse aus (Minderheiten) der Wissenschaft gibt. Dennoch ist es nach meiner Auffassung genau die richtige Zeit – in einer Phase, in der die wirkliche Energiewende auf der Basis erneuerbarer Energien in Deutschland nach der Zäsur der Atomkatastrophe von Fukushima bevorzuzustehen scheint –, um nüchtern innezuhalten und sich die quantitative und ebenso die qualitative Entwicklung der Beschäftigungseffekte differenziert anzuschauen. Die Motivation dafür ist die zentrale These, dass das „Beschäft-

tigungswunder Erneuerbare“ dann, wenn es nur bewundert und nicht aktiv von politischen und gesellschaftlichen Akteuren gestaltet wird, vom bisherigen Erfolgs- und Akzeptanzfaktor schnell zum Hemmnis beim Ausbau der Erneuerbaren werden kann, der den Motor dann zum Stottern bringt.

Positive Entwicklung und Effekte

Für das Jahr 2010 gibt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) die beeindruckende Zahl von 367.400 Beschäftigten an. (1) Bei dieser Zahl handelt es sich um die Bruttobeschäftigung, also die Anzahl der Beschäftigten in der Erneuerbaren-Branche in Deutschland. Dies ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von acht Prozent, gegenüber 2004 hat sich die Anzahl mehr als verdoppelt. Die Branchenverbände der erneuerbaren Energien haben bereits vor einigen Jahren angekündigt, bis 2020 eine Bruttobeschäftigung in Höhe von 500.000 erreichen zu wollen. Die zentrale Beschäftigungsstudie des BMU nennt für das Jahr 2030 eine Spannbreite zwischen 500.000 und 600.000, „bei weiterhin erfolgreicher Aktivität der EE-Unternehmen auf den Weltmärkten“. (2) Wenn dieser Beschäftigungsumfang Wirklichkeit würde, dann hätte die Branche die Chemiebranche deutlich überholt und würde immer stärker zum deutschen Beschäftigungszugpferd, der Automobilindustrie, aufschließen.

Trotz dieser hohen Bruttoeffekte gab es in der Wissenschaft lange Zeit Streit über die gesamtwirtschaftlichen ökonomischen und Beschäftigungseffekte des Ausbaus der erneuerbaren Energien – die sogenannten Nettoeffekte. Dabei waren die Lager meistens sauber zu trennen: Wer den energiewirtschaftlichen Sinn der Erneuerbaren anzweifelte, der ermittelte meistens auch keine positiven Nettoeffekte, und umgekehrt. Das Problem, zuverlässige Ergebnisse aus den in der Regel empirisch basierten und modellgestützten Studien zu erzielen, ist, dass hier mit Annahmen operiert werden muss, die gravierenden Einfluss auf das Ergebnis haben. Dazu zählen im Wesentlichen die Entwicklungen der Energiepreise, des Im- und Exports sowie auch des Arbeitsmarktes. Ein neues Modell des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ermittelte, dass der Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland zu Nachfrageimpulsen führt und die Einfuhr konventioneller Brennstoffe verringert. Die gegenläufigen Substitutions- und Kosteneffekte wirken sich demgegenüber nicht so

stark aus, sodass die volkswirtschaftliche Nettobilanz in Bezug auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung positiv ausfällt. (3) In dieser Modellprojektion erhöht sich beispielsweise das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2030 um 2,9 Prozent gegenüber dem Szenario ohne den Ausbau der Erneuerbaren. Die Frage der Beschäftigungswirkungen hängt davon ab, ob das Wachstum überwiegend auf Produktivitätssteigerungen zurückzuführen ist oder ob zusätzliche Arbeitskräfte mobilisiert werden können. Das DIW geht jedoch auch hier von positiven Nettoeffekten aus. Im direkten Vergleich einer dezentralen erneuerbaren Energieversorgung erscheint dieser Beschäftigungsvorteil gegenüber einem zentralen fossilen Energiesystem auch durchaus einleuchtend. Das eingesparte Geld für die importierten Brennstoffe kann in teurere und auch arbeitsintensivere, weil kleinteiligere Technologien investiert werden. Ihre Dezentralität sowie die große technologische Bandbreite ist dabei eine besondere Qualität der erneuerbaren Energien, da sie nicht nur eine Vielzahl verschiedener Wertschöpfungsschritte notwendig macht, sondern diese auch breit über das ganze Land, in nahezu jeder Kommune angesiedelt sind.

Eine Vielzahl von Dienstleistungen profitiert vom Ausbau

Die Beschäftigungsdebatte im Bereich der erneuerbaren Energien fokussiert jedoch im Regelfall stark auf die Industrie und auf Deutschland als Technologie- und Exportland. Dabei ist entlang der vielen verschiedenen Wertschöpfungsketten die Zahl der Dienstleistungen deutlich größer – und sogar ökonomisch bedeutender. Eine Studie des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) hat 2010 erstmalig in systematischer Weise die direkten kommunalen Wertschöpfungseffekte dezentraler erneuerbarer Energien ermittelt. (4) Hochgerechnet auf Deutschland zeigte sich dabei, dass die gesamte kommunale Wertschöpfung durch die dezentralen Erneuerbaren gegenwärtig zu etwa zwei Dritteln durch die Vielzahl der vor- und nachgelagerten Dienstleistungen – wie Planung, Installation, technische Betriebsführung und die Betreibergesellschaft – generiert wird. Die Produktion trägt trotz hoher Exportanteile nur zu einem Drittel bei. Mit wachsendem Anlagenbestand wird die hohe Wertschöpfung durch Dienstleistungen automatisch weiter zunehmen, es sei denn, die Anlagenexportrate wächst ebenso stark mit. Mit Blick auf die Beschäftigung halten sich Produktion und die anderen Wertschöpfungsschritte in etwa die Waage.

**„ Auch wenn die Solarmodule alle aus China kämen –
der Großteil der Wertschöpfung und Beschäftigung
bliebe weiterhin in Deutschland. “**

Alle genannten Dienstleistungen beschränken sich in der Studie jedoch zwingend auf Deutschland und fast ausschließlich auf in Deutschland ansässige Unternehmen. Eine andere Studie des IÖW ermittelte zudem positive Exportpotenziale vieler spezialisierter Dienstleistungen im Bereich der erneuerbaren Energien. (5) Vor allem exportierte vorlaufende Dienstleistungen wie Standorterkundung und Planung weisen Multiplikatoreffekte auf, das heißt, sie können weitere Dienstleistungs- und auch Anlagenexporte nach sich ziehen. Deshalb ist die strategische Bedeutung dieser Dienstleistungen in den Bereichen Ausbildung und Förderung deutlich höher zu gewichten.

Die bisher unterschätzte Relevanz der Dienstleistungen im Bereich der erneuerbaren Energien legitimiert jedoch nicht dazu, die struktur- und beschäftigungspolitische Bedeutung der Erneuerbaren-Industrie abzuwerten – wie dies gegenwärtig in der Debatte um die Photovoltaik häufig der Fall ist. Wind- und Solarindustrie passen einerseits hervorragend in industriell geprägte Bundesländer wie Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen, sie bieten aber gleichwohl Entwicklungsmöglichkeiten für strukturschwache Gebiete in den neuen Bundesländern. Und auch wenn gegenwärtig bis mittelfristig die Produktion insbesondere von Solarmodulen in Schwellenländern wie China günstiger ist, so kann auf längere Sicht bei sinkenden Produktions- und Arbeitskosten (aufgrund von Skaleneffekten und Automatisierung) sowie steigenden Logistikkosten wieder eine stärkere Regionalisierung der Produktion einsetzen. Vor diesem Hintergrund sind de-industrialisierende Wirkungen von zu starken Vergütungsabsenkungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz kritisch zu sehen. Aber: Auch wenn die Solarmodule alle aus China kämen, der Großteil der Wertschöpfung und Beschäftigung bliebe – dank der Dezentralität wachsender Anlagenbestände – weiterhin in Deutschland.

Betrachtet man also die gegenwärtige Struktur des „Arbeitsmarktes erneuerbare Energien“, dann sind rund 40 Prozent in der Industrie beschäftigt, die anderen 60 Prozent sind Dienstleister und Handwerker. Dieses Branchenprofil der Beschäftigung muss man sich vor Augen führen, wenn beispielsweise vom viel beschworenen Fachkräftemangel gesprochen wird. Dabei geht es nämlich nicht nur um Facharbeiter(innen) in der Industrie, sondern insbesondere auch um qualifizierte Dienstleister, Ingenieure und Handwerkerinnen. Laut der Beschäftigungsstudie des BMU haben 40 Prozent der Beschäftigten in der Erneuerbaren-Branche einen Hochschulabschluss, 82 Prozent haben eine Berufsausbildung abgeschlossen. Das Ausbildungsniveau liegt weit über dem Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche. Den Fachkräftemangel gibt es nun aber nicht nur in der Industrie, sondern insbesondere „in der Fläche“, bei den vielen angesprochenen Dienstleistungen und im Handwerk. In diesen Bereichen gibt es nicht nur einen Aus- und Weiterbildungsstau, sondern auch das Problem, dass die Herausforderungen und Anforderungen stetig ansteigen, wie die Stichwörter Systemintegration, Kombikraftwerke oder ganzheitliche energetische Gebäudesanierung anschaulich verdeutlichen. (6) Hier ist eine Offensive in Politik und Wirtschaft nötig, damit es weder Investitionsstau noch Akzeptanzprobleme durch mangelhafte Qualität geben wird – beides hätte auch negative Auswirkungen auf die Beschäftigungspotenziale. Die strukturellen Aspekte des Arbeitsmarktes der Erneuerbaren bergen jedoch noch eine Reihe weiterer qualitativer Aspekte, die kritische Faktoren für den Erfolg der Branche sind oder werden können.

Wenig Frauen, viel Leiharbeit, kaum Gewerkschaften

Neben den oben dargestellten positiven Wertschöpfungseffekten durch die Erneuerbaren kann ihnen auch die Schöpfung eine Reihe weiterer positiver Werte zugesprochen werden. Ihre hohen Zustimmungswerte in regelmäßigen Umfragen spiegeln sich auch in hohen Bewerberzahlen auf viele der begehrten freien Stellen wieder. Allerdings hat sich die Situation der Beschäftigten in der Erneuerbaren-Branche auch für viele deutlich entzaubert. Viele Wünsche und Hoffnungen auf bessere Verhältnisse wurden enttäuscht. So liegt beispielsweise der Frauenanteil deutlich unterhalb dem Bundesdurchschnitt in etwa auf dem Niveau der konventionellen Energie- und Wasserwirtschaft; die Zeitarbeitsquote ist sogar um das Dreifache

„ Eine Branche, die den Anspruch hat, eine ‚Wende‘ zu vollziehen, sollte ganzheitlichere sozial-ökologische Ambitionen entwickeln. “

höher als der Durchschnittswert. Zudem gibt es Berichte von massiven Behinderungen von Betriebsratsgründungen und -arbeit sowie von untertariflichen Bedingungen in der Erneuerbaren-Industrie, obwohl hier von höchstens zehn Prozent Personalkostenanteil auszugehen ist. (7)

Ist die Enttäuschung angesichts dieses Befundes nun gerechtfertigt? Einerseits nein, denn einige der Entwicklungen entsprechen (leider) der Normalität, wie der Vergleich der Frauenquote im Energiebereich zeigt, und auch erhöhte Zeitarbeitswerte und geringere gewerkschaftliche Aktivitäten sind gerade bei jüngeren Branchen ebenfalls nichts Ungewöhnliches. Andererseits darf aber durchaus gelten, dass eine Branche, die den Anspruch hat, eine „Wende“ zu vollziehen und die von einer breiten Mehrheit der Gesellschaft, den Energiekonsument(inn)en, getragen und finanziert wird, sich einen ganzheitlicheren sozial-ökologischen Anspruch geben sollte. Wenn dies nicht vom Gesetzgeber über das Förderregime mit definiert wird, und auch (noch) nicht über entsprechende Grünstromlabels mit sozialen Anforderungen, dann wäre zumindest eine diesbezügliche Selbstverpflichtung der Branche angemessen. Diese sollte im Mindesten eine auskömmliche Entlohnung, minimale Leiharbeitsquoten und die Ermöglichung von Arbeitnehmervertretungen beinhalten. Darüber hinaus wären Genderaspekte, Teilzeitmodelle und andere, beispielsweise demografie- oder migrationsbezogene Elemente wünschenswert. Mit der Berücksichtigung dieser qualitativen Aspekte würde sichergestellt, dass der Arbeitsmarkt der Erneuerbaren auch langfristig nicht zu einem Akzeptanzproblem wird, sondern weiterhin durch seine überwiegend hohe Attraktivität eine Erfolgsbranche bleibt. ———

Anmerkungen

- (1) Erneuerbare Energien 2010. Daten des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland im Jahr 2010 auf der Grundlage der Angaben der Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik (AGEE-Stat). www.erneuerbare-energien.de/inhalt/47121/5466 (Stand vom 23.3.2011).
- (2) Lehr, Ulrike et al. (2010): Kurz- und langfristige Auswirkungen des Ausbaus der erneuerbaren Energien auf den deutschen Arbeitsmarkt. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. www.erneuerbare-energien.de/inhalt/47015/4590
- (3) Blazejczak, Jürgen et al.: Ausbau erneuerbarer Energien erhöht Wirtschaftsleistung in Deutschland. In: Wochenbericht des DIW Berlin 50/2010, S. 10-16.
- (4) Hirschl, Bernd et al. (2010): Kommunale Wertschöpfung durch Erneuerbare Energien. Schriftenreihe des IÖW. Berlin.
- (5) Hirschl, Bernd/Weiß, Julika (Hrsg.) (2009): Dienstleistungen im Bereich erneuerbare Energien – Wirtschaftliche Bedeutung, Exportpotenziale und Internationalisierungsstrategien. München.
- (6) IÖW (2011): Beschäftigungswirkungen sowie Ausbildungs- und Qualifizierungsbedarf im Bereich der energetischen Gebäudesanierung. www.uba.de/uba-info-medien
- (7) Müller, Thomas (2010): Dokumentation des Forums „Industrielle Arbeitsbeziehungen gestalten“, auf der Fachkonferenz „Wende in der Atompolitik. Soziale und ökologische Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien“ am 17.9.2010.



Wie (anders) arbeiten Sie?

Ich arbeite nicht, sondern gehe einer bezahlten Leidenschaft nach. Als gute Ergänzung zu meiner unbezahlten Leidenschaft, meiner Familie.

Zum Autor

Bernd Hirschl, geb. 1969, ist seit 2003 Gründer und Leiter des Forschungsfelds Nachhaltige Energiewirtschaft und Klimaschutz am

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW). Er arbeitet zu Energie- und Klimapolitik, Erneuerbare sowie nachhaltige Energiesysteme und -märkte.

Kontakt

Dr. Bernd Hirschl
 Institut für ökologische Wirtschaftsforschung
 Potsdamer Str. 105
 D-10785 Berlin
 Fon ++49/(0)30/884 594 -260
 E-Mail Bernd.Hirschl@ioew.de

Arbeit in der Postwachstumsökonomie

Wir senken das Bruttosozialprodukt

Von Alexis J. Passadakis

Der Green New Deal wird weder die ökologische Krise bewältigen noch Arbeitslosigkeit aus der Welt schaffen. Im Gegensatz dazu versuchen Konzepte für eine solidarische Postwachstumsökonomie beiden Herausforderungen gerecht zu werden.

— „Arbeit, Arbeit, Arbeit“ lautete 1994 der Slogan der deutschen Sozialdemokratie zur Europawahl. 15 Jahre später gab es mit „Jobs, Jobs, Jobs“ ein Revival auf Plakaten der Grünen zum Bundestagswahlkampf 2009. Grafisch garniert mit Sonne, Bauhelm und Windrad sollte das Motiv eine neue Versöhnung von Ökonomie und Ökologie ausstellen. Zudem beabsichtigte die Partei, als Reaktion auf die Zuspitzung der Weltwirtschaftskrise nach dem Kollaps der Lehmann-Bank im September 2008 ihre programmatische Wende hin zum Öko-Keynesianismus zu dokumentieren.

Als Ziel wurde nun ausgegeben, den fossilistischen neoliberalen Finanzmarktkapitalismus durch eine „grüne Sozialdemokratie“ zu ersetzen. Zentrale Elemente des Green New Deal sind eine Regulierung der Finanzmärkte, soziale Leitplanken und vor allem erhebliche Investitionen in erneuerbare Energien. Mit den Worten „Wir brauchen einen starken Wachstumsmotor, um aus dieser Phase herauszukommen,“ unterstrich der britische Ökonom Nicholas Stern unter dem Eindruck der Krise die Notwendigkeit eines neuen Investitionsfeldes in Form von grüner Technologie. Mit dieser öko-keynesianischen Wirtschaftspolitik soll nachhaltiges Wachstum die Wirtschaft von CO₂-Emissionen befreien, Konzernen hohe Profite ermöglichen und gleich-

zeitig Millionen neuer Arbeitsplätze schaffen: eine Win-win-win-Strategie. Dass ausgerechnet ein Wirtschaftsboom, und sei er auch auf die Steigerung von Energieeffizienz und erneuerbare Energien ausgerichtet, nun geeignet sein könnte, die Umweltkrise einzudämmen, beruht auf der These einer hochgradigen Entkopplung eines steigenden Bruttoinlandsprodukts (BIP) vom Ressourcenverbrauch. Dass diese Wette auf die Zukunft aufgeht, ist zweifelhaft. Wie der Umweltökonom Tim Jackson ermittelte, wäre eine Steigerung der Energieeffizienz um den Faktor 130 notwendig, um selbst bei einem moderaten jährlichen Wachstum der Weltwirtschaft von zwei Prozent im Jahr 2050 unter dem klimapolitischen Zwei-Grad-Ziel zu bleiben. (1) Auch wenn es zu signifikanten Erfolgen in puncto erneuerbare Energien käme, würde das Wirtschaftswachstum im grünen Kapitalismus mit einem zu hohen Stoffdurchsatz einhergehen und die Biosphäre weiter übernutzen.

Soziale Schieflage beim Green New Deal

Hinsichtlich der Bedingungen für die soziale Frage unter den Voraussetzungen eines Green New Deal lohnt sich ein Blick auf die „New Deal“-Konstellation und ihren Zerfall. Während ab den 1940er/50er-Jahren große Teile der männlichen weißen Arbeiterschaft in den USA und dann auch in Europa und schließlich Japan von hohen Löhnen profitierten, wurden die Kosten erstens auf den Süden abgewälzt, der billige Rohstoffe lieferte, zweitens auf die Frauen, die als Hausfrauen keine Lohnansprüche zu stellen hatten, und drittens auf die Umwelt, die konsequent ausgebeutet wurde. Der New Deal funktionierte mit seiner Orientierung auf Massenproduktion als eine Radikalisierung des industriellen Kapitalismus. Genau diese Konsequenzen des New-Deal-Projekts waren es, die die Entstehung der Umweltbewegung angesichts der ökologischen Katastrophen auf den Plan rief.

Als schließlich in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre die unabhängigen Staaten des Südens eine „Neue Internationale Weltwirtschaftsordnung“ forderten, die Öl- und sonstigen Rohstoffpreise stiegen, weltweit weitere Lohnsteigerungen erkämpft wurden und soziale Bewegungen neue Ansprüche an den Sozialstaat stellten, gerieten die Profite der Unternehmen massiv unter Druck. Die darauf folgende Reaktion war das, was ihr Vordenker Milton Friedman selbst als „neoliberale Konterrevolution“ bezeichnete. Diese zielte insbesondere darauf, Löhne zu drücken und Massenarbeits-

losigkeit zu einem akzeptierten Phänomen werden zu lassen. Perspektivisch werden die Rohstoffpreise steigen, weil sich Verknappungen noch deutlicher abzeichnen werden. Des Weiteren ist die Kostensteigerung von Energie durchaus ein umweltpolitisch gewünschter Effekt. Nicht zuletzt brechen die kursierenden Green-New-Deal-Konzepte mitnichten mit dem (Neo-)Liberalismus. Auch wenn soziale Elemente wie Mindestlohn eine Rolle spielen – die globalen Rahmenbedingungen wie eine internationale Arbeitsteilung, die zu destruktiver Lohnkonkurrenz führt, werden kaum kritisch betrachtet. Die Export- und Weltmarktorientierung stehen nicht zur Debatte.

Die Vorstellung eines „grünen Wachstums“, welches gleichzeitig hohe Profite, hohe Löhne und ein hohes Umweltschutzniveau erlaubt, steht daher auf tönernen Füßen. Zu erwarten ist eher, dass die Kosten auf den Faktor Arbeit abgewälzt werden.

Die schiefe Ebene zulasten der sozialen Frage zeigt der jüngste Bericht des UN-Umweltprogramms im Vorfeld des Rio+20-Gipfels 2012 in Brasilien. (2) In diesem ist der Green New Deal mit seiner Aussicht auf ein post-neoliberales und somit „neozosozialdemokratisches“ Arbeitsregime zur „Green Economy“ ausgewaschen. Die wichtigsten Schlagworte sind Technologie und neue Märkte. Kaum überraschend, kommt der Koordinator des Reports, Pavan Sukhdev, doch von der Deutschen Bank.

Weniger (produktiv) arbeiten

Zu würdigen ist, dass der Green New Deal ein politisches Projekt formuliert, welches von Teilen der Öffentlichkeit als vielleicht einzige einigermaßen kohärente Antwort auf die ökonomische und ökologische Krise wahrgenommen wurde. Gleichzeitig hat dieser programmatische Vorstoß neue Diskussionen über eine Ökonomie jenseits des Wachstums katalysiert. Die Herausforderung für eine solidarische Postwachstumsökonomie ist nun eine doppelte: die Wirtschaftstätigkeit zu vermindern, um die Regenerationsfähigkeit der Biosphäre zu berücksichtigen, und dabei gleichzeitig eine stabile soziale Lage zu garantieren, das heißt insbesondere Arbeitslosigkeit zu verhindern. Anders gesagt geht es darum, klassische Rezessionsszenarien zu verhindern: Nach Schätzungen der OECD wurden im Jahr 2009 beim einem Rückgang des Weltsozialprodukts von (lediglich) 0,5 Prozent etwa 30 Millionen Menschen arbeitslos. Ein entscheidender Schritt, um die Wachstumsdynamik zu vermindern, ist eine Neukonfiguration der verschiedenen Wirtschaftssektoren in Richtung der Sektoren, in

denen weniger produktiv gearbeitet wird respektive ebendies perspektivisch erwünscht ist. Letzteres wäre beispielsweise der Biolandbau im Vergleich zur agroindustriellen Landwirtschaft, Ersteres wäre das weite Feld von Dienstleistungen im Bereich von Bildung und Sorgeökonomie, das heißt all die Bereiche, welche die Grundlage für persönliche Entfaltung und Wohlergehen legen. Auf dem Wege in eine Postwachstumsökonomie geht die Entwicklung also genau in die richtige Richtung. Und die Potenziale, im Bereich dieser Dienstleistungen mehr Beschäftigung zulasten anderer Sektoren zu schaffen, sind weiterhin groß. Der Shift in diesen Bereich müsste substanziell sein und ist nur mit Erhöhung öffentlicher Investitionen gegenüber privaten Investitionen denkbar.

Die Reduktion der individuellen und der von der Volkswirtschaft geleisteten Arbeitszeit ist ein zweiter Hebel, um zu einem Arbeitsregime für eine Postwachstumsökonomie zu gelangen. Das Memorandum der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik von 2011 sieht vor, die wöchentliche Arbeitszeit der heute Vollbeschäftigten auf 30 Stunden zu reduzieren, um durch eine faire Verteilung des Arbeitsvolumens die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen. (3) Und zwar bei vollem Lohnausgleich. Ohne die gegenwärtigen ökonomischen Rahmenbedingungen fundamental zu ändern, würde ein solcher Schritt zu wesentlich mehr sozialer Gerechtigkeit führen. Über alle (Teilzeit-)Arbeitsverhältnisse hinweg beträgt die durchschnittliche Wochenarbeitszeit etwa 26 Stunden. Für ein Postwachstumsszenario für Großbritannien proklamierte die New Economics Foundation: „21 Stunden sind genug!“ Mit einer solchen Absenkung oberhalb der realisierten Arbeitsproduktivitätsrate wäre ein Einstieg in eine Ökonomie mit sinkenden BIP-Raten möglich.

Eine neue Lebensweise

Eine substanzielle Verkürzung der Lohnarbeit schafft Spielräume für eine neue Lebensweise und erweitert die Perspektive des Arbeitsbegriffs auf andere Tätigkeitsformen. Die marxistische Feministin Frigga Haug schlug zu diesem Zweck vier Kategorien vor: Neben der Erwerbsarbeit stehen Reproduktion & Sorgearbeit, Selbstentfaltung und politische Betätigung (vgl. S. 54 ff.). Die Dominanz von Lohnarbeit im Alltag wird zurückgedrängt, die Bedingungen für eine geschlechtergerechte Arbeitsteilung werden günstiger. Nicht zuletzt öffnen sich Zeitfenster für eine demokratischere

Gestaltung von Gesellschaft und Ökonomie. Dadurch lässt sich dem Herrschaftscharakter von Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen etwas entgegensetzen. Eine an Grundbedürfnissen orientierte Ökonomie statt der Akkumulation von Kapital erscheint unter solchen Bedingungen plausibler.

Ein öko-keynesianisches Wachstumsregime wird die ökologische Krise kaum bewältigen können, bereits bei dem Versuch droht die soziale Frage aus dem Blick zu geraten. Die aktuelle Debatte über eine solidarische Postwachstumsökonomie versucht daher, Konzepte auf Grundlage einer universellen Gleichheit bei der Verfügbarkeit von finanziellen und materiellen Ressourcen neu auf die Tagesordnung zu setzen. (4) Insbesondere in der französischen Décroissance-Bewegung gehört es zum guten Ton, ein Grund- und ein Maximaleinkommen zu fordern. Erwirtschaftete Überschüsse fließen somit nicht in privaten Luxuskonsum oder neue produktive Kapazitäten, sondern in die soziale Sicherung. Überall in Europa werden im Zuge der Kürzungspolitik infolge der Finanzkrise Sozial- und Arbeitsstandards geschleift. Nur durch heftige gesellschaftliche Auseinandersetzungen werden positive soziale und ökologische Veränderungen erreichbar sein. —

Anmerkungen

(1) Jackson, Tim (2011): Wohlstand statt Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. München.

(2) UNEP (2011): Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication. Nairobi.

(3) Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2011): Memorandum. Strategien gegen Schuldenbremse, Exportwahn und Eurokrise. Köln.

(4) Schmelzer, Matthias/Passadakis, Alexis (2011): Postwachstum. Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte. Hamburg.



Wie (anders) arbeiten Sie?

Ich arbeite gerne als „wir“ – kooperativ, kollektiv, kollaborativ.

Zum Autor

Alexis J. Passadakis, geb. 1976, studierte Global Political Economy und ist Mitglied im bundesweiten Koordinierungskreis von attac sowie bei verdi.

Kontakt

Alexis J. Passadakis

E-Mail alexis.passadakis@attac.de

Neue Arbeit

Tun, was wirklich wichtig ist

Von Frithjof Bergmann

Tätigkeit kann dem Menschen Kraft und Sinn geben und seine Entwicklung fördern – um diese Wirkung geht es bei der Neuen Arbeit. Doch wie kann eine Ökonomie entstehen, die dazu führt, dass die Bürger ihre Arbeit selbst erfinden und ihrer Fantasie folgen, anstatt den Befehlen eines anderen?

— Wir brauchen eine grundsätzlich anders geartete Wirtschaft, denn die jetzige verschleudert im Galopp die Ressourcen und zwingt uns dazu, die Überbleibsel unserer ausgebeuteten Kultur in das Feuer zu werfen, das ihren Kessel unter Hochdruck hält. In dieser Wirtschaft sitzen alle hinter einer oder einer anderen Art von Gitterstäben. Bei vielen ist der Käfig ihr Job, bei einer noch größeren Anzahl ist es der Umstand, dass sie keinen Job haben.

Die heutigen Verheerungen haben erstaunlicherweise eine gemeinsame Ursache in dem massenhaften Wegschmelzen von Arbeitsplätzen. Um diesen Mangel irgendwie zu beheben, peitschen wir die Wirtschaft zu immer weiterem Wachstum an, verhunzen dabei die Natur und erhitzen die Erde. Wir brauchen eine neue Wirtschaft, die nicht nur die Symptome kuriert, sondern uns von dem übermächtigen Druck, Arbeitsplätze zu schaffen, befreit. Darüber herrscht wohl Einigkeit. Aber dann sträubt das igelhafte „Wie?“ seine Stacheln.

Eine erste mögliche Antwort ist der Hinweis auf die Flut von erstaunlichen, in jüngster Zeit erfundenen Technologien. Deren intelligente Anwendung könnte in der Tat eine grundlegend anders funktionierende Wirtschaft ermöglichen. (1) Die Bandbreite der Beispiele reicht von ganz erdverbundenen Innovationen wie den Food-Häusern, in denen große Teile der Ernährung mit geothermalen Heizungs- und Kühlungsanlagen zum Reifen gebracht werden, bis hin zu der schnell wachsenden Familie der Fabrikatoren, die kaum ein Körnchen Abfall hinterlassen – im krassen Unterschied zu der bislang gängigen, Rohstoffe verschlingenden Massenherstellung. (2)

Die Fabrik in Schlafzimmergröße

Doch wie kann sich eine andere Ökonomie nicht nur in grünen Nischen, sondern großflächig entwickeln und als Gesamtsystem funktionieren? Um diese Frage zu beantworten, braucht es Fantasie. Besuchen wir beispielsweise eine unserer kolossalen Fabriken: Gehen wir am Fließband entlang, wird klar, dass diese monströsen, aneinander gereihten Maschinen etwas Unintelligentes, Ineffizientes, Veraltetes an sich haben. Warum ein gigantisches Roboterding, das nur ein Rädchen dreht, und direkt daneben wieder ein eben so großes Geschmeiß, das auch wieder nur ein einziges Schraubchen schraubt? Schon Kinder wissen, wie unerhört viele Funktionen in einem Handy zusammen untergebracht sind. Warum diese Fließbandmaschinen nicht ineinander schachteln und statt der kilometerlangen Schlange einen einzigen Roboter hinstellen, der im Nu 500 Handgriffe hintereinander macht? Die normale Fabrik könnte ein Hundertstel so groß sein wie sie jetzt ist, sie würde in ein Schlafzimmer hineinpassen.

Das Großartige an dieser Fantasie ist, dass sie genügt, um uns den ersten Hauch einer Idee zu geben: Es muss nicht alles unbedingt andauernd noch größer werden. Die entgegengesetzte Richtung, eine sich immer stärker verbreitende Anwendung unserer fabelhaften Kapazität für Miniaturisierung, öffnet einen Türspalt zu einer radikal anderen Wirtschaft. Unsere tiefsitzende Überzeugung, dass die groß angelegte, zentralistische Massenherstellung eine alles vor sich hertreibende Macht besitzt, ist völlig falsch. Die dezentrale Herstellung am Ort, nicht in gigantischen Fabriken, sondern in kleinen Räumen, ist nicht nur idyllischer und grüner, sondern auch unvergleichlich effizienter und deshalb wettbewerbstüchtiger.

**„ Die entscheidende Weichenstellung hin zu einer
Neuen Wirtschaft wäre im Vergleich zu den
zig Milliarden, die für vermeintliche Job-Schaffung
vergeudet werden, spottbillig. “**

Summiert man die Kosten für unsere stümperhaften Versuche, den Arbeitsplatzmangel durch Wirtschaftswachstum zu verringern, wird einem schwarz vor Augen. Die Unterstützungs- und Verwaltungskosten nebst den Kosten für Maßnahmen, die immer seltener zu Jobs führen, sind nur der Anfang. Was das siechende System auf seinem Krankenbett weiter peppelt, sind Konjunkturpakete, Steuersenkungen und Subventionen für Konzerne sowie das ganze Paket von Gesetzgebungen und Regelungen, die den Standort für Unternehmen anziehend machen sollen.

Die entscheidende Weichenstellung hin zu einer Neuen Wirtschaft wäre im Vergleich zu den zig Milliarden, die für vermeintliche Job-Schaffung vergeudet werden, spottbillig: Man müsste nur in vielen Dörfern, Märkten und Stadtteilen Community-Produktionsräume einrichten, die den Menschen vor Ort Zugang zu befreienden Technologien ermöglicht (vgl. S. 88 ff.). Von viel tiefergehender Bedeutung ist es, dass diese Richtungsänderung uns von dem Wahnsinn des Wirtschaftswachstums befreien würde, weil dessen Hauptantrieb – der vom Mangel an Arbeitsplätzen ausgehende Druck – wegfiel.

Das Vermehren dieser neuen Wirtschaft, ich nenne sie konzentrische Grundökonomie, ähnelt deutlich dem Jahrtausende alten Urprinzip des Bauerntums, nur das zu kaufen, was man nicht selber erzeugen kann. Der Unterschied besteht im zur Verfügung stehenden Technologieniveau: Statt Butter und Käse kann man jetzt mithilfe der Fabrikatoren Elektrizität, Kühlschränke und Ersatzteile für Autos selber machen. Ein Beispiel dafür, wie die Idee der konzentrischen Grundökonomie den Bereich der Ernährung prägt, ist die vertikale Agrikultur, die frappierend sparsam fast ohne Grund und Boden auskommt, weil das Gemüse in aufeinander gestapelten Behältern wächst.

Das Selbermachen hilft nicht nur in den ärgsten Slums von Afrika, Indien oder Südamerika, sondern auch in den industrialisierten Ländern. Einige wenige wirklich brillante Leuchtturmprojekte würden genügen, um einen rapiden Denkprozess über die Alternativen zu Massenherstellung und -konsum auszulösen. Diese Entwicklung wird mit interessanten Etappen einhergehen. In einem frühen Stadium könnte es eine städtische Nachbarschaft beispielsweise schaffen, selbst Nahrung und Elektrizität zu produzieren. Schon dieser Anfang könnte Änderungen in der Mentalität, in der politischen Weltanschauung zur Folge haben: Die Abhängigkeit von Jobs würde nicht mehr mit derselben tyrannischen Absolutheit erlebt, und vielleicht würde man sich sogar gegen die erpresserischen Konjunkturpakete stärker wehren: Weil eine Alternative zur klassischen Erwerbsarbeit sichtbar geworden ist, würden Arbeitsplätze etwas von ihrer totalitären Allmacht einbüßen (vgl. S. 75 ff.). Mit ein wenig Fantasie lässt sich die Größenordnung und die Gewaltigkeit erahnen, die solche und ähnliche Verschiebungen mit sich bringen können, wenn immer mehr Menschen die Community-Produktion und den diese ermöglichenden Lebensstil aufgreifen würden. Wenn durch die konzentrische Grundökonomie eine wesentlich andere und neue Form der Arbeit entsteht – die des Herstellens in der Community –, dann wird sich die „Jobmonomanie“ lindern; Kaufen und Verkaufen nehmen wieder einen erträglichen Raum ein. Heute strampeln die Waren der Massenproduktion mit allen Gliedern, weil sie zwangsweise Aufmerksamkeit auf sich ziehen müssen, um zu ihrem Verkauf und damit zu Jobs zu führen. Wenn Arbeit auf andere Art getan wird, dann können die Produkte wieder elegant, einfach und nützlich sein, und das wird das Stadtbild sehr verändern. Auf den Plätzen wird es statt der Läden eine kunterbunte Vielfalt von geräumigen Community-Hallen geben, die fürs Herstellen, aber auch fürs Diskutieren und fürs gemeinsame Tanzen und Spielen und natürlich Musizieren benützt werden.

Mussarbeit radikal verkürzen

Eine Großzahl von Menschen empfindet das alltägliche Erlebnis der Arbeit –, wegen der Beschleunigung, des Drucks, der andauernden Überwachung, des Zwangs und wegen der täglich steigenden Gefahr eines Burnout – als scheußlich. Die Qualität der Arbeit in der konzentrischen Grundökonomie ist das leuchtende Gegenteil dieser

Quälerei. Schon weil sie so kurz sein wird: Wegen der unvergleichlich klügeren Effizienz und dem Wegfallen von ganzen Gebirgen der Verschwendung – man denke nur an die lächerlichen Automodenschauen – würden sechs Stunden pro Woche genügen, um alles, was man für ein modernes erfüllendes Leben braucht, mit Leichtigkeit herzustellen.

Von großer Bedeutung ist außerdem die Tatsache, dass man durch diese Tätigkeit nicht zum Ruin, sondern zur Befreiung der Menschen beiträgt und „Arbeit“ in dieser Ökonomie aus dem Reich der Notwendigkeiten herausholt. Auch deshalb wäre sie nichts mehr, was man erleidet, sondern eine Vorbereitung, ein Üben und ein Lernen wie beim Sport oder bei der Musik. Weil die Grundökonomie die sogenannte *Mussarbeit* so radikal reduziert, wird genügend Zeit für „*Neue Arbeit*“ frei, das heißt, für Arbeit, die man wirklich und mit aller Kraft tun will.

Alternativlos anders

Gipfelabenteuer, Safaris, schnelle Autos – viele von den Kuriositäten unseres aktuellen Lebensstils werden von der Sehnsucht nach dem wirklichen Leben angetrieben. Dabei gibt es nur einen Ausweg, wenn man gut leben will: Arbeit, die wir wirklich tun wollen. Das heißt aber nicht, dass wir nur noch das tun, worauf wir gerade Lust haben. Unterhosen müssen wir trotzdem noch waschen. Die *Neue Arbeit* ist das Gegenteil von der „alten“, weil sie uns nicht geistig erschöpft, sondern uns Kraft gibt und Sinn schenkt. Sie hebt auf die positive Wirkung von Arbeit ab, die Menschen stärkt und seine körperliche, seelische und geistige Entwicklung fördert. Von solch einer Arbeit wünscht man sich keinen Urlaub. Indem Menschen ihre Arbeit selbst erfinden und schaffen, und nicht den Befehlen eines anderen gehorchen, sondern der eigenen Fantasie folgen, kehren sie den Abhängigkeiten der alten abstumpfenden Arbeit den Rücken.

Auf den Punkt gebracht: Um der Mehrheit der Menschen dazu zu verhelfen, dass diese Arbeit, die sie wirklich wollen, auch tun, braucht es zwei Voraussetzungen: eine konzentrische Grundökonomie und eine *Neue Kultur*, in der die Stärkung der Menschen die Hauptaufgabe ist, vom Kindergarten hin bis zum begleiteten Sterben. Die Vorstellung von einer menschlicheren, intelligenteren und sogar fröhlicheren Zukunft mag himmelschreiend unglaubwürdig klingen, aber die Alternative ist, dass

uns die „Alte Arbeit“ weiter in den Untergang hineinsaugt, wenn wir sie nicht umkrempeln können. _____

Anmerkungen

(1) Beispiele liefert die jährlich stattfindende Ausstellung „Ars Electronica“ in Linz.

<http://new.aec.at>

(2) Fabrikatoren sind Geräte der Zukunft, die vergleichbar einem Drucker, der in drei Dimensionen arbeitet, Schicht für Schicht aus Metall oder Kunststoffstaub Gegenstände aufbauen.



Wie (anders) arbeiten Sie?

Meine Arbeit ist für mich wie eine große Brust, die von der Decke hängt. Ich hebe den Kopf, sauge und schon bin ich gestärkt.

Zum Autor

Frithjof Bergmann, geb. 1930, wanderte mit 19 Jahren in die USA aus und schlug sich zunächst mit Gelegenheitsjobs durch, bevor er Philosophie studierte. Als Philosophieprofes-

sor lehrte er in Princeton, Stanford, Chicago, Berkeley und Ann Arbor. 1984 gründete er das erste Zentrum für Neue Arbeit in Flint, Michigan. Heute berät er Institutionen und Regierungen zur Zukunft der Arbeit und leitet Projekte mit Jugendlichen und Obdachlosen.

Kontakt

Prof. em. Frithjof Bergmann

New Work Enterprises

E-Mail newworkannarbor@gmail.com

<http://newworknewculture.com>

Impulse

Projekte und Konzepte

Offene Werkstätten

Hauptsache selber machen

Wer Lust auf Selbermachen, aber keinen Raum, keine Werkzeuge, vielleicht auch zu wenige Kenntnisse hat, der oder die wünscht sich Orte, die gut ausgestattet und unkompliziert zu nutzen sind. Sie zu finden war bisher nicht einfach, weil sie sehr verschiedene Namen tragen. Sie heißen beispielsweise Kunst-Stoffe, MANU, Kempodium, Haus der Eigenarbeit, Open Design City oder Les Bricoleurs. Unter dem Titel „Offene Werkstätten“ haben sich nun mehr als 20 Projekte aus Deutschland, Südtirol und der Schweiz zu einem Verbund zusammengeschlossen, der die Möglichkeiten und Freiräume der Offenen Werkstätten bekannt und zugänglich machen möchte.

Seit Anfang 2011 können alle Interessierte die Internetseite des Verbunds nach Werkstätten, Kursen, Ideen und Veranstaltungen zum Selbermachen durchstöbern. Einige Projekte bestehen über viele Jahre und haben es zu lokaler oder regionaler Bekanntheit gebracht; andere sind im Aufbau. Altes Handwerk wie Buchbinden und Polstern ist ebenso möglich wie die computergesteuerte Fertigung in sogenannten FabLabs (vgl. S. 88 ff.). Künstlerisches Arbeiten ist genauso im Angebot wie Reparieren und ein

schneller Holzzuschnitt. Willkommen sind alle Altersgruppen, Frauen und Männer, Expertinnen und blutige Anfänger, allein oder in Gruppen.

In Offenen Werkstätten wird zu günstigen Konditionen geteilt, was fürs Selbermachen nötig ist: Wissen und Material, Werkzeuge, Maschinen und Räume. Zugleich schaffen sie gesellschaftlichen Reichtum; sie beleben den Stadtteil und die Nachbarschaft, tragen zur kulturellen Vielfalt bei, sind Bildungsorte für alle Altersstufen und fördern sowohl Gesundheit als auch Nachhaltigkeit. Da viele sich eine Werkstatt in der näheren Umgebung wünschen, ist es ein wichtiges Anliegen des von der Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis geförderten Verbunds, neue Initiativen an vielen Orten anzuregen sowie bestehende Konzepte und Institutionen zur Erweiterung um Offene Werkstätten zu ermutigen. Dazu berät der Verbund interessierte Schulen, Wohnprojekte, Initiativgruppen und Betriebe.

(Elisabeth Redler)

Kontakt: Dr. Elisabeth Redler
 Haus der Eigenarbeit
 Wörthstr. 42, D-81667 München
 Fon ++49(0)89/48 92 05 47
 E-Mail info@offene-werkstaetten.org
www.offene-werkstaetten.org

Forschungsprojekt **Nachhaltiges Handeln im beruflichen und privaten Alltag**

Können betriebliche Angebote und Maßnahmen nachhaltige Alltagspraktiken und Routinen so fördern, dass sie im Unternehmen und im Privatleben auch praktiziert werden? Und wie müssen diesbezügliche betriebliche Angebote und das Arbeitsumfeld gestaltet werden, damit sie ein nachhaltiges Verhalten unterstützen? Diesen beiden Forschungsfragen ging das transdisziplinäre Projekt „Nachhaltiges Handeln im beruflichen und privaten Alltag“ nach, das vom österreichischen Programm proVision – Vorsorge für Natur und Gesellschaft zwischen 2008 und 2011 gefördert wurde. Das Team setzte sich aus Forscher(inne)n des Grazer Interuniversitären Forschungszentrums für Technik, Arbeit und Kultur, des Instituts für sozial-ökologische Forschung in Frankfurt am Main, des Instituts für Gesundheitsförderung und Prävention in Wien sowie des Umweltbildungszentrums Steiermark zusammen. Auf Grundlage einer Recherche von Best-Practice-Beispielen führten sie Interviews in zehn Unternehmen. Die anschließende Detailanalyse mit Mitarbeiter(inne)n von vier Partnerunternehmen umfasste Fokusgruppen, Workshops und eine Fragebogenerhebung.

Gesundheits- und Umweltaspekte verschränken

Ein wesentliches Ergebnis des Projekts war die Feststellung, dass Umwelt- und Gesundheitsangebote in Unternehmen bisher weit-

gehend unverbunden sind. Auf Basis der Detailanalyse empfiehlt das Forschungsteam daher, in Zukunft Umweltaspekte in die Angebote der betrieblichen Gesundheitsförderung aufzunehmen, da diese institutionell gut in den Betrieben verankert ist. Sowohl Gesundheits- als auch Umweltaspekte lassen sich vor allem in die Bereiche Ernährung, Bewegung, Sport und Mobilitätsverhalten integrieren.

Konkret können Unternehmen nachhaltiges Verhalten der Mitarbeiter(innen) durch Informations- oder Lernangebote fördern, etwa durch Kurse, soziale Events, Schulungen oder Trainings. Ein anderer Zugang ist, passende Verhältnisse zu schaffen, beispielsweise durch finanzielle Anreize, Freistellungen für Aktivitäten, Arbeitsgruppen, Managementstrukturen oder durch Infrastruktur und Ausstattung.

Die Erfolgsfaktoren, die ein nachhaltiges Handeln begünstigen, lassen sich kurz in sieben Leitsätze fassen:

- ⊖ Mitarbeiter(innen) bei der Auswahl und Gestaltung der Angebote mit einbeziehen: Sie bringen unterschiedliche Interessen ein und sorgen für eine bedürfnisgerechte Angebotsgestaltung.
- ⊖ Vielfältige Angebote für unterschiedliche Zielgruppen machen. Wichtig ist den Mitarbeiter(inne)n, dass sie Wahlfreiheit haben.
- ⊖ Maßnahmen über einen längeren Zeitraum laufen lassen. Folgeangebote sind wichtig, sie sollten nur geringfügig vom ersten abweichen.
- ⊖ Maßnahmen mit individuellem Mehrwert für die Mitarbeiter(innen) schaffen. Ange-

bote werden nur wahrgenommen, wenn sie einen individuellen Mehrwert bringen, dies trifft auch auf den ökologischen Nutzen zu.

▫ Mögliche Hemmnisse schon bei der Planung berücksichtigen. Besonders schwierig für die Planung ist die Frage, ob Angebote außerhalb oder während der Arbeitszeit stattfinden sollen. Die Zeitpräferenzen unterschiedlicher Arbeitnehmergruppen sind zu beachten.

▫ Vorbildwirkung der Führungskräfte und Mitarbeiter(innen) einplanen. Das Verhalten der Vorgesetzten wirkt beispielgebend. Einen noch größeren Erfolgsfaktor stellt jedoch das Vorbildverhalten der Kolleg(inn)en dar.

▫ Kommunikation ist unabdingbar für den Erfolg nachhaltiger Angebote. Sie richtet sich nach innen an die Mitarbeiter(innen) und nach außen, etwa an Kund(inn)en, Lieferanten oder auch an Arbeitssuchende.

Auswirkungen auf den privaten Alltag

Das von Mitarbeiter(inne)n beschriebene Verhalten der Fokusgruppen belegt, dass das bei der Arbeit Gelernte in den Privatbereich hineinwirkt, vor allem im Bereich Ernährung, aber auch im Bereich Mobilität. So freute sich eine Interviewpartnerin darüber, nicht nur der Umwelt, sondern auch anderen Menschen Gutes tun zu können, indem sie ihre vom Betrieb subventionierte übertragbare Jahreskarte an den Wochenenden den Nachbarn leiht.

Ein im Zuge des Projekts entwickelter Leitfaden für Unternehmen, der Beispiele und Materialien für die Umsetzung enthält, gibt Anregungen, wie die Routinisierung nach-

haltiger Verhaltensweisen im Unternehmensalltag und im Privaten schon bei der Planung oder bei der Weiterentwicklung von laufenden Maßnahmen aufgegriffen werden kann.

*(Ulrike Seebacher,
Irmgard Schultz, Wilma Mert)*

Kontakt: Dr. Ulrike Seebacher, Wilma Mert
Interuniversitäres Forschungszentrum für
Technik, Arbeit und Kultur Graz
E-Mail seebacher@ifz.tugraz.at
Dr. Irmgard Schultz
Institut für sozial-ökologische Forschung
E-Mail schultz@isoe.de

Klimaschutz und Arbeitsmarkt Bausektor profitiert vor allem

Klimaschutz und Wirtschaftswachstum schließen sich gegenseitig nicht aus. Im Gegenteil, sagt ein internationales Experten-konsortium: Die vom deutschen Bundesumweltministerium in Auftrag gegebene Studie „A New Growth Path for Europe“ kam zu dem Ergebnis, dass eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes innerhalb der EU den Arbeitsmarkt sogar deutlich beleben würde.

Die Expert(inn)en um den Ökonomen Carlo Jaeger vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung empfehlen daher, die EU solle ihr Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20 Prozent zu senken, auf eine 30-prozentige Minderung erhöhen. Dies könnte die europäischen Investitionen von 18 auf bis zu 22 Prozent des Bruttonettoprodukts ansteigen lassen. Am Ende dieses Jahrzehnts könnten dann Maßnahmen wie

der Bau von Windstromanlagen oder die Verbesserung der Stromnetze bis zu sechs Millionen neue Jobs schaffen (vgl. S. 95 ff.). Ein Plus von 620 Milliarden Euro für das Bruttoinlandsprodukt in den Mitgliedsstaaten sei zu erwarten. Profitieren würden der Studie zufolge alle großen Wirtschaftssektoren, insbesondere aber das Baugewerbe.

Auch wenn Deutschland bereits die Rolle des Klimapioniers innehatte, könne auch hier ein ehrgeizigeres Klimaziel viel Gutes bewirken: Die Studie prognostiziert, dass die gesamte Wirtschaftsleistung im Jahresdurchschnitt statt um 1,8 Prozent um bis zu 2,4 Prozent wachsen und die Arbeitslosenrate von 8,5 auf bis zu 5,6 Prozent sinken würde. Sie warnt jedoch ausdrücklich davor, Investitionen in anderen Sektoren – wie Gesundheit oder Bildung – durch die „grünen Investitionen“ zu ersetzen. In diesem Fall bliebe das Wachstum gleich und Arbeitsstellen würden lediglich verlagert werden. (babo)

Kontakt: Prof. Dr. Carlo Jaeger
Potsdam Institut für Klimafolgenforschung
Telegraphenberg A 31, D-14473 Potsdam
Fon ++49/(0)331/288 -2601
E-Mail carlo.jaeger@pik-potsdam.de
www.pik-potsdam.de

Klimajobs-Kampagne

Den Staat in die Pflicht nehmen

Britische Gewerkschaftler(innen) haben 2009 die „One Million Climate Jobs Campaign“ ins Leben gerufen. Die Aktivist(inn)en wollen mit Petitionen erreichen,

dass die britische Regierung einen „National Climate Service“ einrichtet und für die Laufzeit eines Jahres pro Monat rund 83.300 Arbeitsplätze schafft, die aktiv zur Verringerung von Treibhausgasemissionen beitragen. Dass die künftigen „Climate Worker“ auf der Gehaltsliste der Regierung stehen sollen, begründet die Organisation damit, dass die traditionelle Herangehensweise der Politik, Wirtschaftsimpulse zu setzen, zu lange dauere.

Hingegen sollte die Regierung schnell und dauerhaft sichere Stellen schaffen, anfangen beim Heer der derzeit arbeitslosen Bauarbeiter, die im großen Stil die Gebäude Großbritanniens klimatauglich machen und den Schienenverkehr ausbauen sollen. Danach könnten viele von ihnen zu Lokführerinnen oder Elektronikern umgeschult werden. Weitere Stellen müssten im Bereich der erneuerbaren Energien, der Industrie und der Landwirtschaft sowie in der (Umwelt-)Bildung geschaffen werden.

Das Argument, der Staat habe für ein solch groß angelegtes Projekt nicht genügend Mittel, lassen die Klimaschützer(innen) nicht gelten: „Als es darum ging, Geld für die Banken bereitzustellen, hieß es, die Banken seien zu wichtig, als dass sie bankrott gehen dürften. Wir denken, dass Gleiches auch für unseren Planeten gelten muss.“ (babo)

Kontakt: Campaign against Climate Change
5 Caledonian Road
GB-London N1 9DX
www.campaigncc.org
www.climate-change-jobs.org

**Prüfinstrument gegen
Entgeltdiskriminierung
Gleich, gleicher, eg-check!**

In Deutschland verdienen Frauen durchschnittlich noch immer 23 Prozent weniger als Männer. Inwieweit geht diese Zahl auf freiwillige Entscheidungen der Arbeitnehmer(innen) zurück, wo macht sich strukturelle Benachteiligung bemerkbar und wann ist von konkreter Entgeltdiskriminierung zu sprechen?

Einen umfassenden Blick auf die Entlohnungsstrukturen und eventuelle Schief lagen im Betrieb schafft das Prüfinstrument „eg-check“, das die Wissenschaftlerinnen Karin Tondorf und Andrea Jochmann-Döll mit Unterstützung der Hans Böckler Stiftung entwickelt haben. Im Gegensatz zu dem vom Familienministerium bereitgestellten Prüfinstrument „Logib-D“ berücksichtigt der eg-check mittelbare, bereits im Tarifvertrag oder in anderen gültigen Bestimmungen angelegte Entgeltdiskriminierungen. Nicht erst beim Verdacht auf Lohndiskriminierung, sondern schon bei der Aushandlung von Tarifverträgen findet der eg-check Anwendung: Eine Statistik anonymisierter Entgelt Daten gibt erste Hinweise auf mögliche Benachteiligungen in einem Betrieb oder in einer Abteilung. Die Regelungschecks helfen durch Leitfragen, die gel ten den Bestimmungen auf diskriminierende Elemente hin abzuklopfen. Paarvergleiche zwischen männlichen und weiblichen Ange stellten mit etwa gleich bewerteten Tätig keiten ermöglichen schließlich eine Prüfung auf individueller Ebene. (ek)

Kontakt: Dr. Karin Tondorf
Am Waldessaum 8, D-14554 Seddiner See
Fon ++49/(0)33205/450 56
karintondorf@t-online.de, www.eg-check.de

**Solidarische Arbeitsverhältnisse
Alternativen zum Neoliberalismus**

Die SPD-Politikerin Andrea Ypsilanti hat Anfang 2010 gemeinsam mit der stellvertre tenden Parteivorsitzenden der Linkspartei, Katja Kipping, und dem Grünen-Europaabgeordneten Sven Giegold das Institut Solidarische Moderne (ISM) gegründet. „Ein substantieller politischer Gegenentwurf zur Ideologie des Neoliberalismus ist überfällig“, heißt es im Gründungsauf ruf des Vereins. Ein Projekt zur Gestaltung dieses Gegenentwurfs widmet sich dem Schwerpunktthema solidarische Arbeitsverhältnisse.

In einer auf zwei Jahre angelegten Forschungsarbeit sollen Wissenschaftler(innen) aus unterschiedlichen Fachgebieten im engen Dialog mit Vertreter(inne)n der Politik neue Ansätze – unter anderem in den Feldern Erwerbs- und Reproduktionsarbeit sowie Erwerbslosigkeit – erarbeiten. Vier Diskussionsgruppen wurden hierfür ins Leben gerufen, externe Fachleute sollen punktuell am Diskussionsprozess beteiligt werden. Ziel des Projektes ist eine abschließende Dokumentation und Verbreitung der erarbeiteten Gestaltungsoptionen. (babo)

Kontakt: Institut Solidarische Moderne e.V.
Dahlmannstraße 19, D-10629 Berlin
Fon ++49/(0)30/21 46 98 03
E-Mail info@solidarische-moderne.de
www.solidarische-moderne.de

Genossenschaftsgründung **Übernahme von hessnatur verhindern**

Fair hergestellte Naturmode sowie Bomben und Panzer im Portfolio – das muss nicht sein. Die im März 2011 gegründete Genossenschaft hnGeno will verhindern, dass das Naturmodelabel hessnatur möglicherweise an den US-amerikanischen Finanz- und Rüstungsinvestor Carlyle verkauft wird. Die hnGeno ruft daher ihre Kund(inn)en dazu auf, in das Unternehmen zu investieren und Genossenschaftsanteile zu erwerben. Mit dem so erwirtschafteten Geld will man das öko-soziale Modehaus dem derzeitigen Eigentümer, der Primondo Speciality Group, abkaufen. „Die Fortführung von hessnatur als Genossenschaft würde die Basis für ein Unternehmensmodell schaffen, das nicht auf Maximalrendite für internationale Finanzinvestoren abzielt“, so Walter Strasheim-Weitz, Vorstand von hnGeno und Betriebsratsvorsitzender von hessnatur. Als Kooperative könnte hessnatur nicht mehr übernommen werden. (babo)

Kontakt: Walter Strasheim-Weitz, hnGeno eG i.G.
Rechtenbacher Straße 8, D-35510 Butzbach
Fon ++49/(0)6033/918 27 05
E-Mail info@hngenode
www.hngenode

DASA-Symposium 2011

Arbeitszufriedenheit und -attraktivität

Die Floskel „Fördern und Fordern“ fällt oft, wenn es um das Thema Arbeit geht. Die Deutsche Arbeitsschutzausstellung (DASA)

in Dortmund will mit prominent und interdisziplinär besetzten Symposien die gesellschaftliche Debatte um die Qualität und die Zukunft der Arbeit beeinflussen. Das Symposium zur „Zukunft der Arbeit“ 2011 widmet sich der Frage, wie die Räume und Bedingungen auszusehen haben, um die individuellen Voraussetzungen für Arbeitszufriedenheit zu schaffen. Eine Fragestellung, die in Zeiten eines globalisierten Arbeitsmarktes nicht zuletzt auch wirtschaftliche Tragkraft besitzt.

Das Symposium findet vom 7. bis 8. November 2011 in den Räumen der „DASA Arbeitswelt Ausstellung“ statt. Die Besucher(innen) können sich auf eine Reihe von Vorträgen führender Köpfe aus Wissenschaft, Medienwelt und Kultur freuen, versprechen die Veranstalter. Die 1993 eröffnete und regelmäßig aktualisierte Ausstellung soll zudem die Symposiumsinhalte ergänzen und veranschaulichen. Im Anschluss an die Impulsreferate sind Diskussionsrunden geplant. (babo)

Kontakt und Anmeldung:
DASA Arbeitswelt Ausstellung
Friedrich-Henkel-Weg 1-25
D-44149 Dortmund
Fon ++49/(0)231/9071 -2628
E-Mail groegor.annegret@baua.bund.de
www.dasa-dortmund.de

Medien



**Kaudelka, K./
Kilger, G.:**
**Die Arbeitswelt
von morgen**

Auf Einladung der Deutschen Arbeitsschutzausschuss (DASA) referierten und diskutierten im Herbst 2008 Expert(inn)en unterschiedlicher Disziplinen zum Thema „Constructing the Future of Work – wie wollen wir leben und arbeiten?“ Der Tagungsband des Symposiums vereint zwölf Vorträge und die zugehörigen Diskussionsrunden – und damit sehr unterschiedliche Aspekte und Ansichten. Nicht alle Beiträge sind gleich aufschlussreich, manche(r) Autor(in) scheint eher die Verwaltung des Gegebenen denn eine wünschenswerte Zukunft der Arbeit oder das Leben der Arbeitenden im Blick zu haben.

Doch es fehlt nicht an kritischen, konstruktiven und visionären Stimmen. Um nur einige herauszugreifen: Die Soziologin Eva Senghaas-Knobloch gibt eine erhellende Einführung zu Geschichte und Zukunft des oft bemühten Begriffs der „guten Arbeit“, der Politologe Christoph Butterwegge analysiert engagiert den Wandel des Gerechtigkeitsbegriffs und der Wirtschaftswissen-

schaftler Jakob von Weizsäcker benötigt gerade einmal dreieinhalb Seiten für einen bemerkenswerten Einwurf zu sozialer Durchlässigkeit und Migration und den (falschen) Befürchtungen, die sich an beide knüpfen. Die Idee eines Grundeinkommens vertreten zwei Beiträge des Bandes, und sie kommen dabei zu durchaus unterschiedlichen Ergebnissen.

Nicht nur Thematik und Ansätze sind weit gefächert; auch die sprachliche Ausarbeitung und das fachliche Niveau der Beiträge variieren und machen die Lektüre mal zum Vergnügen, mal zum etwas härteren Brocken. Die Protokolle der Diskussionsrunden sind leider etwas zu knapp gehalten, liefern aber weitere Stichpunkte und schlagen die ein oder andere Brücke zwischen heterogenen Herangehensweisen. Als Tagungsband ist das Buch keine systematische Einführung ins Thema, dafür aber eine ergiebige Fundgrube zum Ein- und Weiterlesen. (ek)

Kaudelka, Karin/Kilger, Gerhard (Hrsg.):
Die Arbeitswelt von morgen.
Wie wollen wir leben und arbeiten?
transcript, Bielefeld 2010,
245 S., 19,80 €
ISBN 978-3-8376-1423-7



**Wallraff, G./
Bsirske, F./
Möllenberg, F.-J.:
Leben ohne
Mindestlohn**

Bei dem Wort Mindestlohn verziehen viele Unternehmer(innen) das

Gesicht. Ein solcher zwingt sie letztendlich zum Abbau von Arbeitsplätzen und führe somit zu höheren Arbeitslosenzahlen. Viel zu oft stimmt die Politik mit ein in den Kanon: besser schlecht bezahlte als gar keine Arbeit. Nicht zu hören dagegen sind jene Menschen, die direkt vom Lohndumping betroffen sind. Jene, die trotz Vollzeitbeschäftigung kaum über die Runden kommen. Anders in diesem Buch: Die Herausgeber Günter Wallraff, Frank Bsirske und Franz-Josef Möllenberg geben diesen Menschen die Möglichkeit, von ihren Erfahrungen zwischen Arbeit und Armut zu berichten. Und die Analysen von Expert(innen) geben Ideen davon, wie ein Mindestlohn die Realität dieser Menschen zum Besseren wenden könnte.

Es stimmt mehr als nachdenklich zu lesen, wie sich eine fast 50-jährige Frau darüber freut, wenn „Mutti [ihr] einen Schein steckt“, oder wenn ein Koch für 5,50 Euro Stundenlohn brutto in einem gut laufenden Restaurant den Löffel schwingt. Viele geben nur anonym Zeugnis ab; zu groß scheint die Sorge, auch einen mies bezahlten Job zu verlieren.

Das Buch ist jedoch bei Weitem kein Sammelurium der Trostlosigkeit. Es kommen

Unternehmer zu Wort, die eingesehen haben, dass für anständige Arbeit auch eine ebensolche Bezahlung erforderlich ist. Hoffnungsvoll stimmen auch die Berichte von unerschrockenen Mitarbeiter(inne)n, die sich trotz Drohungen ihrer Arbeitsgeber erfolgreich gegen Hungerlöhne zur Wehr gesetzt haben. Ein Buch also, das Betroffenen Mut machen und jenen, die Armut in Deutschland als selbstverschuldet erachten, vielleicht ein Stück weit die Augen öffnen kann. (babo)

Wallraff, Günter/Bsirske, Frank/
Möllenberg, Franz-Josef (Hrsg.):
Leben ohne Mindestlohn. Arm wegen Arbeit.
VSA-Verlag, Hamburg 2011, 176 S., 12,80 €
ISBN 978-3-89965-447-9

**Hosang, M. (Hrsg.):
Klimawandel
und Grundeinkommen**

Die Menschheit sieht sich mit schwerwiegenden globalen Problemen konfrontiert. Zwei davon rücken aufgrund ihrer besonderen Brisanz in den Vordergrund: der Klimawandel und das zu Krisen neigende kapitalistische Weltwirtschaftssystem, das mit hohen Arbeitslosenzahlen und ungerechter Verteilung von Arbeit zu kämpfen hat. Die Autor(innen) des Sammelbandes suchen nach Lösungen für das ökologische und das soziale Dilemma, in dem wir stecken. Der Herausgeber Maik Hosang legt in seiner Einleitung dar, dass angesichts des Klimawandels soziale Innovationen ebenso wich-

tig sind wie technische Neuerungen. Das Buch erklärt jedoch nicht lückenlos, inwieweit ein Grundeinkommen zur Abwendung des Klimakollapses führen kann. Vielmehr liefern die Beiträge namhafter Autor(innen) von Erich Fromm über Dieter Althaus bis hin zu Petra Kelly wohl eher Denkanstöße und Hintergründe, jedoch keinen Beleg für die These. Von daher mag der Titel etwas irreführend erscheinen. – Ein Buch, das zum Nachdenken anregt, ärgerlich nur, dass dem Lektorat einige Fehler entgangen sind. (babo)

Hosang, Maik (Hrsg.):
Klimawandel und Grundeinkommen.
Verlag Andreas Mascha,
München 2008, 230 S., 16,- €
ISBN 978-3-924404-73-4



Ax, C.:
Die Könnens-
gesellschaft

Die Philosophin und Ökonomin Christine Ax lädt die Leserin ein, zusammen mit Hannah Arendt, Oskar Wilde und anderen „Arbeit zu denken“ und ein Bild von „guter“ Arbeit zu finden. Sie wirft einen kritischen Blick auf unsere Arbeitswelt inmitten einer Wissensgesellschaft und grenzt Wissen als rein kognitive Fähigkeit zum Können als angewandtem Wissen ab. Folgerichtig fordert sie eine ganzheitliche Bildung, in der Kinder sich mit ihrer ganzen Persönlichkeit entwickeln.

Ausgehend vom Modell des Handwerks zeichnet Ax das visionäre Bild einer Arbeitswelt, in der das Können von Menschen sich entfalten kann und auch angemessen entlohnt wird. Als Möglichkeiten, diese Vision zu verwirklichen, beschreibt sie unter anderem die Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen. Die Autorin unterlegt ihre Ausführungen mit einem fachkundigen Gang durch die Geschichte von Arbeit, Kunst, Handwerk und Industrie und stellt beispielhafte Modelle aus Vergangenheit und Gegenwart vor. So entführt sie die interessierte und stellenweise faszinierte Leserin in die Welt des vielfältigen Handwerks im Mittelalter ebenso wie in eine österreichische Talschaft im Jahre 2010.

Das Buch ist verständlich und lebendig geschrieben, eine übersichtliche Gliederung erleichtert gezieltes Nachlesen. Scharf formulierte Zwischenüberschriften wie „Aus dem Homo faber wird der Animal laborans“ machen Spaß. Das Buch ist nicht explizit feministisch, doch die Autorin macht klar, dass die Werte weiblicher Lebenswelten auch die Grundpfeiler einer „Könnensgesellschaft“ sein können. – Ein interessanter Schmöker, der zum Weiterdenken verführt.

(Julia Patzke)

Zuerst erschienen in:
innovative – Zeitschrift des Nordelbischen
Frauenwerkes, Nr. 22/2010
Ax, Christine: Die Könnensgesellschaft.
Mit guter Arbeit aus der Krise.
Rhombos, Berlin 2009, 276 S., 29,80 €
ISBN 978-3-938807-96-5

Kurz notiert

Füllsack, Manfred:

Arbeit.

UTB, Stuttgart 2009, 118 S., 9,90 €
ISBN 978-3-8252-3235-1

Götz, Irene/Lemberger, Barbara (Hrsg.):

Prekär arbeiten, prekär leben.

Kulturwissenschaftliche Perspektiven auf ein gesellschaftliches Phänomen.

Campus, Frankfurt 2009, 290 S., 32,90 €
ISBN 978-3-593-38872-4

Herlyn, Gerrit et al. (Hrsg.):

Arbeit und Nicht-Arbeit.

Entgrenzungen und Begrenzungen von Lebensbereichen und Praxen.

Hampp, München 2009, 366 S., 32,80 €
ISBN 978-3-86618-308-7

König, Helmut/Schmidt, Julia/

Sicking Manfred (Hrsg.):

Die Zukunft der Arbeit in Europa.

Chancen und Risiken neuer Beschäftigungsverhältnisse.

transcript, Bielefeld 2009, 186 S., 19,80 €
ISBN 978-3-8376-1217-2

Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang/

Behrend, Olaf/Sondermann, Ariadne:

Auf der Suche nach der verlorenen Arbeit.

Arbeitslose und Arbeitsvermittler im neuen Arbeitsmarktregime.

UVK, Konstanz 2009, 302 S., 29,00 €
ISBN 978-3-86764-155-5

Poteete, Amy R./Janssen, Marco A./

Ostrom, Elinor:

Working Together. Collective Action, the Commons and Multiple Methods in Practice.

Princeton University Press, Princeton and Oxford 2010, 370 S., 22,99 €
ISBN 978-0-691-146044-1

von Streit, Anne:

Entgrenzter Alltag.

Arbeiten ohne Grenzen.

transcript, Bielefeld 2011,
286 S., 29,80 €
ISBN 978-3-8376-1424-4

Kocka, Jürgen:

Work in a Modern Society.

The German Historical Experience in Comparative Perspective.

Berghahn, Oxford 2009, 230 S., 42,99 €
ISBN 978-1-84545-575-0

Aulenbacher, Brigitte/

Wetterer, Angelika (Hrsg.):

Arbeit. Perspektiven und Diagnosen der Geschlechterforschung.

Westfälisches Dampfboot, Münster 2009,
309 S., 29,90 €, ISBN 978-3-89691-225-1

Vogel, Berthold/Schultheis, Franz/

Gemperle, Michael (Hrsg.):

Ein halbes Leben.

Biografische Zeugnisse aus einer Arbeitswelt im Umbruch.

UVK, Konstanz 2010, 760 S., 39,90 €
ISBN 978-3-86764-244-6



SPEKTRUM NACHHALTIGKEIT

Die gesellschaftliche Diskussion um die Zukunft ist vielschichtig. Im *Spektrum Nachhaltigkeit* veröffentlicht die *politische ökologie* deshalb – unabhängig vom jeweiligen Schwerpunktthema – Fachbeiträge, die sich mit verschiedenen Aspekten der Nachhaltigkeit auseinandersetzen. – Viel Vergnügen beim Blick über den Tellerrand!

Ausstieg aus der Atomkraft

Die Brücke ist in sich zusammengebrochen

Von Hubert Weiger

— Die mehrfache Katastrophe von Japan hat im März durch Erdbeben, Tsunami und die Kernschmelze in mehreren Blöcken des Atomkraftwerks Fukushima immenses Leid über das japanische Volk gebracht. „Nichts mehr ist wie zuvor“, verkündete Umweltminister Norbert Röttgen nach dem GAU. Und Kanzlerin Angela Merkel stellte erstaunt fest, „das Udenkbare ist eingetreten“. Woraufhin sie ein Moratorium für den Betrieb von acht deutschen Reaktorblöcken festsetzte und eine die Regierung zur Atomkraft beratende Ethikkommission einberief. Das Zusammentreffen der Katastrophen in Japan war in diesem Ausmaß sicherlich nicht vorauszusehen. Hingegen war der Nuklearunfall mit der Freisetzung immenser Mengen von Radioaktivität nicht das „Un-

denkbare“, sondern das von vielen Atomkraftgegner(inne)n seit jeher Befürchtete und Vorhergesagte.

Plötzlich ist mit Fukushima das sogenannte Restrisiko real geworden. Der Sprachgebrauch, der zwischen einem nach wissenschaftlichem und technischem Stand gerade noch beherrschbaren Risiko und einem nicht mehr beeinflussbaren Restrisiko unterscheidet, ist einer vom Einfluss der Atomkonzerne gelenkten Politik zu verdanken. Mit dieser vom Bundesverfassungsgericht abgesegneten Konstruktion im deutschen Atomgesetz waren die Betreiber der AKWs fein heraus, weil die Bedrohung, die über das „anerkannte“ Risiko hinausgeht, als hinzunehmendes „Restrisiko“ definiert wurde. Damit fielen Super-GAUs nicht in den Grundrechtsschutz, es mussten keine Notfallpläne für Millionen Menschen gemacht werden und es musste keine ausreichende Versicherung getroffen werden – was Atomstrom ohnehin unbezahlbar gemacht hätte. Nun brach im März in Japan die gesamte Logik der Verschiebung von Risiken, des Umgehens von Haftungspflichten in Milliardenhöhe und von Notfallplänen der organisierten Hilflosigkeit in sich zusammen. Damit ist offen und klar, dass Atomenergie unbeherrschbar ist. Wegen der nicht mehr zu leugnenden weiträumigen und über Tausende von Jahren fortwirkenden Schäden

Nachhaltigkeit – der Begriff hat in vielen Medien keine Konjunktur. Diese Zurückhaltung hat ihren Preis: Man bleibt häufig an der Problemoberfläche. Nachhaltigkeit ist beim größten deutschen Umweltverband, der zwei große Studien über ein zukunftsfähiges Deutschland initiiert hat, und der *politischen ökologie* seit vielen Jahren gut aufgehoben. Deshalb suchen sie die Zusammenarbeit: In jeder

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



Ausgabe gibt es an dieser Stelle einen Beitrag von einem Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des BUND.

steht sie in fundamentalem Widerspruch zum Grundrecht auf Leben, Gesundheit und dem Gebot des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen.

„Atom-Sprech“ soll Optimismus verbreiten

Fukushima hat das Konstrukt einer Brückentechnologie völlig abwegig gemacht – die „Brücke“ ist mit immensen Folgeschäden in sich zusammengebrochen. Die Katastrophe hat gezeigt, dass die Risiken der Atomenergie nicht kontrollierbar sind – egal, welcher Auslöser für einen Unfall vorliegt und für wahrscheinlich man ihn hält.

Die nach Tschernobyl intensiv diskutierte Frage, ob die Ursache für den Super-GAU 1986 menschliches oder technisches Versagen gewesen sei, wird obsolet, denn auch die technischen Konstruktionsfehler sind von Menschen gemacht. Spätestens seit dem 11. September 2001 sind die Terrorverfahren nicht mehr zu leugnen und können nicht in die Sphäre des Restrisikos abgeschoben werden. Der Terror kann nicht nur mit abstürzenden Flugzeugen erfolgen, gegen die nun sogenannte Vernebelungsanlagen aufgebaut wurden, sondern auch durch Computerviren. Ein USB-Stick kann weitaus gefährlicher sein als ein Flugzeug oder eine Panzerfaust.

Ein anderes menschengemachtes Problem ist die Desinformationspolitik: Im April 1986 beschlossen die obersten Strahlenschützer der UdSSR sofort, alle Informationen über die Katastrophe und ihre Folgen als geheim zu deklarieren, und ohne Michail Gorbatschows transparente Politik wäre vieles möglicherweise über viele Jahre hinweg nicht bekannt geworden. Aus Fu-

kushima werden seit dem GAU auffällig viele „positive“ beschwichtigende Meldungen verbreitet. Die Strahlung sei hoch, aber gerade wieder gesunken. Man sei in den Kontrollraum vorgedrungen und wolle nun das Kühlsystem wieder in Betrieb nehmen. Die Strahlungswerte des hochgradig verseuchten Wassers in den Reaktoren lägen um das 10.000-Fache über den Grenzwerten, man müsse nun klären, was die Ursache sei. Ob eine Kernschmelze stattgefunden habe, wisse man nicht, womöglich handele es sich ja auch um eine Teilkernschmelze.

Es wäre eine Masterarbeit wert, diesen „Atom-Sprech“ zu analysieren, dessen Verlautbarungen immer optimistisch schließen und suggerieren, man kümmere sich um die Probleme. Zuletzt stirbt die Hoffnung, aber zuerst stirbt die Wahrheit – ein Satz, der in der Region um Tschernobyl oft gesagt wurde. Auch einige Wochen nach Beginn der Katastrophe von Fukushima sind lokale Strahlenmesswerte nur vereinzelt im Internet zu finden – ob die Werte verlässlich sind, weiß niemand. Werte bis zu 400 Millisievert pro Stunde Ortsdosisleistung oder mit 3,9 Milliarden Becquerel pro Liter strahlendes Wasser im Reaktor oder vereinzelt Werte von 54.000 Becquerel pro Kilo Jod-131 im Spinat sind jedenfalls Hinweise für eine immense Verstrahlung der Gegend und die Vertuschung ihres wahren Ausmaßes. (1) In Deutschland gab es 1986 Berichte über Messwerte, bei denen „das Komma um eine oder mehrere Stellen verrutscht ist“, monatelange Verzögerungen und lückenhafte Daten über die Auswirkungen von Tschernobyl. (2) Dass die Fukushima-Betreiberfirma Tepco mit der Wahrheit hinter dem Berg hält, nimmt nicht wunder; schon

2003 wurde der japanische Atomkonzern beim Fälschen von Kontrollunterlagen von Ventilen erlappt – und musste seine 17 Reaktoren für fast ein Jahr abschalten. Dass die Atomkatastrophen menschengemacht sind – durch Konstrukteure, durch die Betriebsmannschaft, aber auch bedingt durch Beschlüsse, Anordnungen von Vorständen, Aufsichtsräten und den Druck ihrer Aktionäre auf höhere Renditen – verweist indes darauf, dass es auch alternative Entscheidungen geben kann und dass der Kurs geändert werden muss. Es stellt sich die Frage, ob es überhaupt noch zulässig sein kann, eine Stromerzeugung zu betreiben, die große Teile der Bevölkerung mit immensen Schäden an Leib und Gut bedroht. Für eventuelle Unfälle kann es keinerlei Absicherung oder Haftung geben, selbst wenn diese noch so groß und umfangreich in Raum, Zeit und Geld dimensioniert wären.

Den Verantwortungslosen die Macht entziehen

Allein diese nicht mehr zu leugnende Tatsache ist Grund genug, den AKW-Betreibern sofort die Betriebserlaubnis zu entziehen. Es ist zudem politisch nicht mehr erträglich, dass die Bosse der Atomkonzerne öffentlich die Risiken leugnen und weiter erklären, „Kernenergie ist verantwortbar“, und doch für Japan „nur noch hoffen“ können wie der RWE-Vorstandschef Jürgen Großmann im Interview mit der ZEIT vom 17. März 2011. Die gesamte Liste von großen und kleinen Störfällen bis hin zu Vertuschungen eines Beinahe-GAUs in Biblis 1987, der Transnuklear-Skandal oder die Bestimmung von Gorleben als Endlager ist Beweis genug, dass die gesetzlich geforderte Zuverlässig-

keit der Betreiber nicht gegeben ist. Wer mit Atomtechnologie auf Kosten der Gesundheit von Menschen Geld verdienen will und Risiken kleinredet, dem kann diese hochgefährliche Technologie nicht anvertraut werden. Doch auch die öffentliche Kontrolle, vielfach personell verquickt mit der Atomwirtschaft, hat auf ganzer Linie versagt. Allen Atomaufsehern, die jemals in Diensten der Atomwirtschaft standen, sollten die Funktionen entzogen werden. Ein völlig neuer Kreis unabhängiger Atomkontrolleure ist aufzubauen, der für die Aufsicht über den Abbau der Reaktoren und die Endlagersuche benötigt wird.

Die Katastrophe von Fukushima hat in der öffentlichen Diskussion viele andere Aspekte der Atomwirtschaft in den Hintergrund gedrängt. Allen voran die völlig ungelöste Frage der Endlagerung des Hunderttausende Jahre strahlenden Atommülls; allein in Deutschland lagern über 13.000 Tonnen hochradioaktiver Atommüll. Nicht zu vergessen sind aber auch die Schäden der Atomwirtschaft in den Uranminen der Welt, die Schäden an der Gesundheit der Einwohner(innen) und Arbeiter. Auch die Aufbereitungsanlagen und die in Tschernobyl wie in Japan hochgradig verstrahlten Liquidatoren zeugen davon, dass die Nutzung des „friedlichen Atoms“ seit über 50 Jahren weltweit eine Spur der Zerstörung, von Krankheit, Not und Tod hinter sich herzieht. Es ist nun endgültig Zeit, einen Schlusspunkt zu setzen.

Die ethische Frage der Atomenergie hat mehrere Dimensionen. Die grundlegende Frage ist, ob die Nutzung einer Hochrisikotechnologie generell und absolut zu rechtfertigen oder abzulehnen ist. Der BUND lehnt Atomkraft ab, weil sie aufgrund ihrer

nicht völlig auszuschließenden und immensen Folgen nicht zu verantworten ist. Dieser Auffassung schließen sich immer mehr Menschen an. Wozu braucht es eigentlich eine Atom-Ethikkommission? Wohl doch nicht, um festzustellen, dass Atomenergie nicht zu verantworten ist. Das wissen wir seit 30 bis 40 Jahren. Zudem ist schon lange klar, dass die Risiken, die von umfassenden Maßnahmen zum Stromsparen und zum Aufbau einer umweltfreundlichen Stromerzeugung ausgehen, bei Weitem geringer sind als die Risiken der Atomenergie. Jedenfalls sprechen sich nicht nur die Umweltverbände, sondern schon seit vielen Jahren die evangelische und katholische Kirche sowie nun auch der Deutsche Gewerkschaftsbund klar für den Atomausstieg aus. Umfragen und Wahlergebnisse der letzten Zeit bestätigen, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung für den Atomausstieg votiert.

Als der Reaktor von Tschernobyl explodierte, waren die Alternativen zum Atomstrom kaum entwickelt. Der damalige hessische Umweltminister Joschka Fischer schlug daher im Energiekonzept seines Bundeslandes vom Juni 1986 noch den schnellen Übergang zu Kohle- und Gaskraftwerken vor. Die Worte Kohlendioxid und Weltklima wurden im Konzept „Energieversorgung ohne Atomkraft“ nicht erwähnt. Heute versuchen die großen Stromkonzerne wieder, ein Dilemma zwischen Atom und Kohle zu konstruieren. Doch die Windräder von heute liefern Strom viermal preisgünstiger und verlässlicher als vor 20 Jahren und sie treiben sogar die Strompreise an der Börse zurück. Die Kosten für Solarstrom haben sich seither um mehr als das Zehnfache verringert. Und

der Anteil von Strom aus erneuerbaren Energien am Gesamtstrom liegt in Deutschland derzeit bei über 17 Prozent, das Ziel von 47 Prozent im Jahr 2020 ist erreichbar, prognostiziert der Branchenverband Erneuerbare Energien.

Noch wichtiger ist, dass die Potenziale der Stromeinsparung und effizienteren Nutzung mittlerweile mindestens so hoch sind wie die Atomstromproduktion in den letzten Jahren ihrer Existenz: Sie macht ein Fünftel des jährlichen Stromverbrauchs von 600 Milliarden Kilowattstunden aus. (3) Zugleich könnte die dezentrale Stromerzeugung mit Abwärmenutzung in Blockheizkraftwerken und Fernwärme kurzfristig um zehn Prozent und langfristig über 30 Prozent des Stromverbrauchs ausgebaut werden. Die Atomkonzerne, deren Geschäft auf verschwenderischer Stromnutzung und der billigen Entsorgung von Abwärme in Flüsse und Atmosphäre beruht, fürchten nichts so sehr wie Energieeffizienz, Kraft-Wärme-Kopplung und die erneuerbaren Energien. Denn dieses Dreieck kann die bisherige Atomstrommenge mehrfach ersetzen – es bleibt sogar noch genug übrig, um Kohlestrom zu reduzieren.

Euroatomvertrag endlich beerdigen

Die europäischen Naturschutzverbände kämpfen für die Stilllegung aller AKWs in Europa. Wenn ihnen hierzulande entgegengehalten wird, ein Atomausstieg in Deutschland würde das Risiko eines Super-GAU aus in einem französischen, schweizerischen, tschechischen oder slowakischen AKW nicht mindern, dann kann daraus nur folgen, mit dem hiesigen Atomausstieg zu zeigen, dass

Atomstrom nicht benötigt wird. Diese Erfahrung und Konzepte gilt es europaweit zu verbreiten, damit AKWs überall abgeschaltet werden. Während in Fukushima die zerstörten Atommeiler noch schwelen, fördern EU-Kommission und die Pro-Atom-Institution Euroatom weiterhin Tagungen und Planungen für neue AKWs. Es ist daher dringend erforderlich, den Euroatomvertrag von 1957 aufzulösen und keinerlei öffentlichen Gelder mehr in den Betrieb und Ausbau der Atomstromwirtschaft zu stecken. (4) Nur wenn wir in Deutschland zeigen, dass und wie ein schneller Atomausstieg machbar ist, werden andere europäische Länder mitziehen – und wenn andere europäische Länder der Atomkraft den Rücken kehren, wird der Ausstieg auch in den USA gelingen.

Eine besondere Bedeutung bei einer deutschen, europaweiten und weltweiten Bewegung werden die Kommunen haben. Für Tausende von ihnen war Atomenergie nie eine positive Option. Nun kann von ihnen eine Bewegung der „Kommunen für den Atomausstieg“ ausgehen – denn auch hier gilt, dass die Energiewende von unten kommen muss, will sie Bestand haben.

Wir müssen den Atomausstieg nun schnell erreichen und die Energiewende voranbringen. Mit Stromeinsparung und Wechsel zu Ökostromanbietern, die mit dem Grüner-

Strom-Label zertifiziert sind, können Haushalte und Unternehmen in wenigen Tagen den Atomstrom zurück in die Steckdose schicken. Juristisch muss das bisherige dilettantische Handeln der Bundesregierung durch die umgehende Einbringung eines Atomsofortausstiegsgesetzes beendet werden. Und letztlich muss der Atomausstieg politisch dauerhaft abgesichert werden. Die großen Demonstrationen in den letzten Monaten schaffen dafür den erforderlichen Druck. ———

Anmerkungen

(1) In den Medien wurde von 3,9 Millionen Becquerel pro Kubikzentimeter Wasser gesprochen. Da man üblicherweise die Werte auf einen Liter bezieht, verringerten die Nachrichtendienste AFP und DPA und andere Medien die radioaktive Konzentration im Wasser eines der Fukushima-Reaktoren um das Tausendfache.

(2) Töpfer, Klaus: Leitwort. In: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (1987): Auswirkungen des Reaktorunfalls von Tschernobyl. Gemeinsamer Bericht der Leitstellen für das Jahr 1986. Bonn.

(3) Wuppertal Institut (2006): Optionen und Potentiale für Energieeffizienz und Energiedienstleistungen. Wuppertal.

(4) www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/atomkraft/atomkraft_in_europa/euratom

Zum Autor

Hubert Weiger, geb. 1947, ist Forstwissenschaftler und seit 2007 Vorsitzender des BUND. Außerdem ist der Bodenkundler seit 1986 Lehrbeauftragter an der Gesamthochschule Kassel und seit 2002 Lehrbeauftragter an der TU München.

Kontakt

Prof. Dr. Hubert Weiger
Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland e.V. (BUND)
Am Köllnischen Park, D-10179 Berlin
E-Mail hubert.weiger@bund.net, www.bund.net

Von Umwelt und Entwicklung bis zur Green Economy

Wo versteckt sich der Geist von Rio?

Teil 1
zum UN-Weltgipfel
2012 in Rio de
Janeiro

Von Daniel Mittler

„Das Recht auf Entwicklung muss so verwirklicht werden, dass den Entwicklungs- und Umweltbedürfnissen der heutigen und der kommenden Generationen in gerechter Weise entsprochen wird“, deklarieren die Vereinten Nationen bei der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung im Jahr 1992. (1) 105 Staats- und Regierungschef(innen) erklärten Umwelt und Entwicklung erstmals zur Chefsache. Der sogenannte Erdgipfel von Rio hatte damit einen echten Fortschritt errungen. Umwelt und Entwicklung gehörten nun zusammen und sollten nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden wie noch 1972 bei der Stockholmer Weltumweltkonferenz. Gleichzeitig wurde die Sorge um die Entwicklungschancen zukünftiger Generationen zum ersten Mal global offizielle Politik.

Trotzdem kritisierte die Umwelt- und Entwicklungsbewegung die Beschlüsse von Rio massiv. Und durchaus zu Recht. Die Agenda 21, die in Rio verabschiedet wurde, unterstützte beispielsweise die Atomkraft. Zum effektiven Waldschutz konnten sich die Staaten genauso wenig durchringen wie zu effektiven Institutionen, die Umwelt und Entwicklung gemeinsam voranbringen und schützen. Stattdessen wurden Papiertiger wie die Kommission für Nachhaltige Entwicklung geschaffen. (2) Immerhin entstanden auch die globalen Abkommen, die

bis heute die globale Umweltpolitik prägen, vor allem die Konvention zur biologischen Vielfalt, deren Gipfel alle zwei Jahre die dramatische globale Artenvernichtung zumindest zum politischen Thema macht. Und die Klimarahmenkonvention (UNFCCC), deren zweiter Artikel durchaus als Grundlage für eine effektive globale Klimapolitik taugen könnte: „Das Endziel dieses Übereinkommens [...] ist es, [...] die Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf einem Niveau zu erreichen, auf dem eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems verhindert wird.“ Dieses Ziel wird allerdings seit 1992 ignoriert, bei ständig steigenden Emissionen.

Gebrochene Versprechen

Trotzdem: Zumindest rückblickend und im Vergleich zu dem, was seitdem auf internationaler politischer Ebene erreicht werden konnte, war 1992 eine Zeit des Aufbruches für die globale Umwelt- und Entwicklungspolitik. Nach dem Zusammenbruch von Ost und West gab es ein kurzes Aufblühen internationaler Ideen für eine neue Politik. Doch schnell wurde in den 1990er-Jahren klar, dass der neoliberale „Wind of Change“ stärker wehte als der Wind der nachhaltigen Entwicklung. In diesem Jahrzehnt der neoliberalen Globalisierung wurde die weltweite Regulierung entschleunigt, während die

Liberalisierung der Wirtschaft die Plünderung der natürlichen Ressourcen rund um den Erdball beschleunigte.

Als man zehn Jahre nach Rio beschloss, Bilanz zu ziehen, war das Ergebnis erschütternd: Die Versprechen von 1992 waren gebrochen worden. Der Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg geriet zwar erneut zum bis dato größten UN-Gipfel – er konnte aber keine neuen Impulse geben. Nötige neue Verpflichtungen wurden weitestgehend vermieden: Globale Ziele für einen Ausbau der erneuerbaren Energien scheiterten beispielsweise kläglich. Statt neuer internationaler Beschlüsse wurden in Johannesburg vor allem freiwillige Maßnahmen und sogenannte Partnerschaften zwischen Wirtschaft, Regierungen und Zivilgesellschaft (Public Private Partnership, PPP) angeleiert und vorgestellt. Schon damals als Privatisierung der nachhaltigen Entwicklung von vielen Akteur(inn)en der Zivilgesellschaft abgelehnt, kann man heute zusätzlich feststellen, dass diese Maßnahmen als Beitrag zu einer wirklich nachhaltigen Entwicklung gescheitert sind. Genauso wie die wenigen Lichtblicke, die Johannesburg bot: Die von den Regierungen in Aussicht gestellten weltweiten sozialen und ökologischen Regeln für globale Konzerne etwa warten bis heute auf ihre Umsetzung. (3)

Als 2009 der sicher prominenteste Umweltgipfel seit Rio – die Klimaverhandlungen in Kopenhagen – scheiterte, erwarteten viele, dass es mit großen UN-Gipfeln fürs Erste vorbei sei. Doch der Weg Richtung Rio+20 war damals schon beschritten, und wenige Tage nach dem Kopenhagen-Fiasco beschloss die UN-Generalversammlung am

24. (!) Dezember 2009, den 20. Geburtstag von Rio 1992 erneut in Rio zu begehen. Die Themen der Konferenz von 2012 legte sie in bester Bürokratensprache als „die grüne Wirtschaft im Kontext nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung“ und die „institutionellen Rahmenbedingungen für „nachhaltige Entwicklung“ fest. Die Ambitionen waren niedrig, das passte zur Post-Kopenhagen-Depression der internationalen Gemeinschaft. Gerade mal drei Vorbereitungstreffen von wenigen Tagen sollte es für die Konferenz 2012 geben. (4) Während in Johannesburg noch zehn Tage lang konferiert wurde, wird 2012 in Rio (offiziell) nur drei Tage getagt werden – vom 4. bis 6. Juni 2012.

Diplomaten schüren alte Vorurteile

Die politischen Rahmenbedingungen und der bisherige Vorbereitungsprozess machen wenig Hoffnung darauf, dass Rio 2012 ähnliche Schritte nach vorne machen wird wie der Gipfel in Rio 1992. Auch wenn die Welt seit 1992 eine andere, vor allem eine multipolare geworden ist. Und auch wenn im Gegensatz zu 1992 und 2002 der US-Präsident nicht Bush heißt, sind die USA der Hauptgrund dafür, dass von den offiziellen Ergebnissen des Gipfels bisher nicht viel zu erwarten ist. Präsident Barack Obama wird im Juni 2012 mitten im Wahlkampf stecken. Er wird sich hüten, der Welt irgendwelche Versprechungen zu machen, die ihm zu Hause von den Republikanern als Ausverkauf nationaler Interessen, grüne Träumereien oder Konzessionen gegenüber China zum Vorwurf gemacht werden könnten. Und ohne die USA, das ist auch 2012 noch richtig, sind globale Fortschritte bei

Umwelt und Entwicklung nur schwer machbar. Es kommt hinzu, dass der Vorbereitungsprozess – mit der Ausnahme der letzten Vorbereitungsstagung 2012, die in Brasilien stattfindet – ausschließlich im UN-Hauptquartier in New York tagt. Dies wirkt wie ein triviales Detail. Es heißt aber für viele Länder, dass die Verhandlungen komplett von den UN-Vertretungen in New York übernommen werden, also nicht von Expert(innen) für Umwelt und Entwicklung, sondern von Allround-Diplomat(inn)en.

Leider sind gerade diese Diplomat(inn)en oft vor allem darin geschult, alte Vorurteile zu pflegen. So brachten die bisherigen Diskussionen um die Green Economy wenig ein. Zwar wird die Green Economy offiziell im „Kontext von nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung“ diskutiert, um klarzumachen, dass sie nicht im Widerspruch zu Entwicklungsinteressen stehen soll. Dennoch stellten Länder wie Bolivien den Begriff unter den Generalverdacht, nur dazu da zu sein, von den (sehr real) gebrochenen Versprechen der Industrieländer abzulenken. Einige Industrieländer, beispielsweise Kanada, gaben solcher Skepsis eifrig Nahrung, indem sie suggerierten, die Green Economy sei im Wesentlichen ein grün angestrichener Status quo. Konstruktive Ergebnisse entstehen in solch einer Atmosphäre nicht.

Letzte Chance für eine globale Governance von Nachhaltigkeit

Selbst der Gastgeber Brasilien setzt deswegen mehr auf den Gipfel als „Plattform“ denn auf die offiziellen Verhandlungsergebnisse. Die Gastgeber betonen, dass man Impulse geben, Themen setzen und der inter-

nationalen Nachhaltigkeitsdebatte neuen Elan verleihen will. Sie wollen dabei vor allem sich selbst global in einem guten Licht darstellen – und die veränderten Machtverhältnisse zwischen Schwellen- und Industrieländern im Vergleich zu vor 20 Jahren thematisieren.

Agenda-Setting ist in der Tat bisher effektiv das größte, wenn auch inoffizielle Thema von Rio+20. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon hat beispielsweise eine hochrangige Kommission – geleitet von der Präsidentin Finnlands und dem Präsidenten Südafrikas – damit beauftragt, bis zum Herbst Ideen und Vorschläge für eine Green Economy aufzuschreiben. (5) Verschiedene UN-Organisationen – allen voran das Umweltprogramm – haben Berichte vorgestellt, um die Green Economy in ihrem Sinne zu definieren. (6) Auch NGOs beginnen, ihre Ideen in den Ring zu werfen. Greenpeace wird auf dem Weg nach Rio+20 beispielsweise vor allem für eine globale Energierevolution auf der Basis von Energieeffizienz und Erneuerbaren und die Beendigung der Entwaldung werben. (7)

Die Aufmerksamkeit konzentriert sich bisher oft auf das Thema Green Economy. Dabei ist Rio für die seit 20 Jahren immer wieder gescheiterte Verbesserung der „Nachhaltigkeitsgovernance“ eine womöglich letzte Chance. Die Fronten scheinen bei diesem Thema – das behaupten zumindest die verhandelnden Diplomat(inn)en – weniger verhärtet als in den vergangenen Jahren. Brasilien hat einen eigenen, weitgehenden Vorschlag für eine Dachorganisation für Umwelt und Entwicklung unterbreitet, Deutschland und die EU fordern die Transformation des UN-Umweltprogramms in

eine UN-Organisation à la Weltgesundheitsorganisation. Beide betonen aber auch, dass sie flexibel sind und bereit, auch kleinere Brötchen mitzubacken. Man hofft auf eine pragmatische Lösung – um nicht auch in diesem Bereich leer auszugehen. (8) Das ist verständlich, heißt aber auch, dass Rio+20 wohl nichts daran ändern wird, dass internationalen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen die Durchsetzungsmechanismen neoliberaler Institutionen wie der Welthandelsorganisation fehlen. Der Blick auf Rio 2012 gibt bislang wenig Anlass zu Optimismus. Der Geist von Rio 1992 scheint in einer Flaschenpost verloren gegangen zu sein. Die politischen Veränderungen in Deutschland seit Fukushima im März 2011 zeigen aber vor allem, dass politische Prozesse nie linear und oft unvorhersehbar sind (vgl. S. 124 ff.). Das heißt nicht, dass ich mir einen weiteren Atomgau wünsche. Das heißt aber, dass es sich lohnt, Vorschläge für eine gerechte grüne Wirtschaft und eine effektive Governance für nachhaltige Entwicklung zu machen. Man weiß nie – vielleicht weht der Wind im Juni 2012 so, dass in Rio doch noch globale

Schritte in Richtung Energiewende, Gerechtigkeit und effektive Governance möglich sind. ———

Anmerkungen

- (1) Vgl. Rio-Deklaration, Prinzip 3. www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/rio.pdf
- (2) Mittler, Daniel: Schwach, schwächer, CSD? In: Vereinte Nationen 1/2008. S. 16-19. www.dgvn.de/zeitschrift.html
- (3) Mittler, Daniel (2003): War da was? Der Follow-Up-Prozess des Johannesburg-Gipfels. In: politische ökologie 86, S. 73-75.
- (4) 2012 sollten mittlerweile doch mehr Verhandlungstage stattfinden, vgl. www.uncsd2012.org/rio20
- (5) www.un.org/wcm/content/site/climatechange/pages/gsp
- (6) www.unep.org/greeneconomy
- (7) Greenpeace: The Greenpeace Vision for 2012. www.stakeholderforum.org/sf/outreach/index.php/pc2-day2-item5
- (8) Unmüßig, Barbara: Globale Umweltgovernance und Rio+20: Groß denken – klein begeben? In: Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung 3/4 2011. S. 1-2.

Zum Autor

Daniel Mittler, geb. 1973, ist Politischer Direktor von Greenpeace International und leitet die Rio+20-Aktivitäten von Greenpeace weltweit. Von 2000 bis 2002 war er Earth Summit Coordinator für Friends of the Earth International, dem internationalen Dachverband des BUND.

Kontakt

Daniel Mittler
Greenpeace International
Marienstr. 19-20
D-10117 Berlin
Fon ++49/(0)30/30 88 99 22
E-Mail daniel.mittler@greenpeace.org

Weltweite Regionalisierung

Alternative zur neoliberalen Globalisierung

Von Hans-Joachim Schemel

Das Thema Regionalisierung lässt sich auf zwei grundsätzlich unterschiedliche Weisen betrachten. Meist geht es darum, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie sich Regionen unter den gegebenen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nachhaltig entwickeln und stärken lassen. Dabei wird die Wertschätzung der Region als eine lokale Antwort auf die wirtschaftliche Globalisierung verstanden.

Die Vermarktung von Produkten aus der Region und andere regionale Initiativen im ländlichen oder städtischen Raum sind wichtige Aktivitäten „von unten“. Aber welche Wirkung haben sie, wenn das gesamte Wirtschaftsgeschehen in den Blick genommen wird? Können sie eine Alternative zu den globalen Märkten und ihren zerstörerischen Folgen sein? Bei der seit etwa 30 Jahren zu beobachtenden Entwicklung hin zu weltweit offenen Güter- und Finanzmärkten werden Regionen nur als Wirtschaftsstandorte gesehen und allein nach ihrer globalen Wettbewerbsfähigkeit bewertet. Bei dieser Entwicklung bleibt den regionalen Aktivitäten nur ein Nischendasein – vergleichbar einem relativ ruhigen und geschützten Flecken inmitten einer Landschaft, über die ein wilder Sturm hinwegfegt. Im Folgenden wird die Regionalisierung nicht als eine Randerscheinung der als gegeben hingegenommenen wirtschaftlichen Globalisierung

betrachtet, sondern als ein Gegenentwurf zur marktradikalen, politisch ungezügelten (neoliberalen) Globalisierung. (1) Dabei geht es nicht um die kulturelle Globalisierung – um den wichtigen weltweiten Austausch von Informationen und um das notwendige kulturelle Lernen voneinander –, sondern allein um die wirtschaftliche Globalisierung nach neoliberalen Muster.

Die neoliberale Globalisierung ist eine Sackgasse

Kennzeichnend für die neoliberale neoklassische Theorie ist der Glaube an die Fähigkeit der Märkte zur Selbstregulation im Interesse des Wohlstands aller Menschen. Der Staat wird zum „Nachtwächterstaat“, dessen Aufgabe darauf beschränkt ist, das Eigentum zu schützen und ansonsten für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die regierenden Politiker(innen), die sich von Wirtschaftsexpert(inn)en mit neoliberalen Glaubensbekenntnis beraten lassen, betreiben seit Anfang der 1980er-Jahre die Deregulierung des Finanzmarktes – ein Beispiel ist der Kapitaltransfer über alle staatlichen Grenzen hinweg allein nach den Gesetzen des Marktes – und die weltweite Liberalisierung des Güterausbaus – in Form des unregulierten Im- und Exports, des sogenannten Freihandels allein nach den Gesetzen des Marktes.

Im global ungebremsten Standortwettbewerb liegt ein politisch geschaffener „Sachzwang“ zur Demontage von Umwelt- und Sozialstandards. Die ärmer werdenden Staaten ziehen sich aus der begründeten Angst vor Überschuldung aus immer mehr öffentlichen Aufgaben zurück. Die Entsolidarisierung in der Gesellschaft nimmt zu (vgl. S. 15 ff.). Solange die Staaten an der neoliberalen Öffnung der Märkte festhalten, ist die Politik ohnmächtig der Dynamik des Weltmarktes ausgeliefert, weil sich diese Dynamik politisch nicht steuern lässt.

Die Folgen der Wirtschaftsfreundlichkeit

Neben dem Klimawandel sind die Massenarbeitslosigkeit, die Niedriglöhne und prekären Beschäftigungsverhältnisse die Hauptprobleme, die in allen Ländern Europas und der Welt politisch gelöst werden müssen – durch eine Politik der Umverteilung von Einkommen und durch Arbeitszeitverkürzung. Warum ist das bei globaler Marktöffnung, bei Freihandel nicht möglich? Die Antwort ist einfach: weil kein Staat als Wirtschaftsstandort Wettbewerbsnachteile hinnehmen will. Angesichts des gnadenlosen internationalen Verdrängungswettbewerbs sind die demokratisch gewählten Politiker(innen) zu einer wirtschaftsfreundlichen Politik genötigt, damit Unternehmen und Arbeitsplätze im Lande bleiben. Und Wirtschaftsfreundlichkeit bedeutet hier die Unterwerfung unter die Partialinteressen der global agierenden Unternehmen.

Auch diese Unternehmen agieren nicht frei, denn sie unterstehen bei geöffneten Märkten als Ausdruck der internationalen Arbeitsteilung dem globalen Wettbewerb. Um

wettbewerbsfähig zu bleiben, sind sie früher oder später gezwungen, Standorte zu nutzen, an denen die geringsten Produktionskosten anfallen: Das sind Länder mit vergleichsweise geringen Arbeitskosten, niedrigen Unternehmenssteuern und anspruchslosen Standards in den Bereichen Umwelt und sozialer Ausgleich.

Arbeitslosigkeit entsteht durch Erhöhung der Produktivität, Maschinen und Apparate ersetzen menschliche Arbeit, und durch die Verlagerung von Produktion und Arbeitsplätzen in Billiglohn- und Niedrigsteuerländer. Trotz gegenteiliger Beteuerungen liegt die Massenarbeitslosigkeit im Interesse der Wirtschaftselite, weil es so leicht möglich war und ist, die Kraft der Gewerkschaften zu brechen und die Arbeitskosten möglichst niedrig zu halten, um die Produktivität und damit die globale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu steigern. Obwohl die Behauptung vom Fachkräftemangel längst als Lüge entlarvt wurde, wird sie ständig von Politiker(inne)n, Wirtschaftsverbänden und Medien wiederholt. (2)

In der Summe vertieft die unregelte Dynamik der Märkte nicht nur die Kluft zwischen den reichen und armen Ländern, sondern spaltet auch die Bevölkerungen in den einzelnen Ländern in wenige Gewinner und viele Verlierer (vgl. S. 46 ff.). Diese Dynamik verhilft den Wirtschaftseliten in den Industrieländern ebenso wie in den industriell gering entwickelten Ländern zu einer Macht, die mit Demokratie unvereinbar ist. Diese Macht lässt sich auch durch globale Vereinbarungen zwischen Staaten nicht zähmen. Die Industriestaaten, allen voran die USA, schrecken nicht einmal davor zurück, den Zugang zu Märkten und Ressour-

cen mit militärischen Mitteln zu erzwingen. Die zur Neige gehenden Vorräte an Erdöl, seltenen Metallen und anderen natürlichen Ressourcen erhöhen somit die Kriegsgefahr. Angesichts des technologischen Fortschritts ist Wohlstand für alle Menschen auf unserem Globus machbar – unter der Voraussetzung, dass die Erzeugung und Verteilung der mit fortgeschrittener Technologie geschaffenen Güter anspruchsvolle soziale und ökologische Standards einhält. Einen Ausweg aus der neoliberalen Sackgasse weist das Konzept der weltweiten Regionalisierung.

Das Konzept der Regionalisierung

Ein von den Partialinteressen der Wirtschaftselite unabhängiger staatlicher Ordnungsrahmen für die Wirtschaft ist notwendig. Dies illustriert die folgende aus der Pferdezucht entlehene Szene: Ein Unternehmen ist vergleichbar einem Wildpferd. Ein Wildpferd lässt sich in der weiten Prärie nicht zähmen, weil es hier fliehen kann. Erst innerhalb eines Gatters kann der Cowboy dem Wildpferd Zügel anlegen. Die Einzäunung ist die Voraussetzung für die Zähmung dieses auf Ungebundenheit drängenden Tieres, aus dem ein nützliches Reitpferd werden soll.

Was besagt dieser Vergleich? Auch der freie Markt braucht politisch-räumliche Grenzen, damit sich „das scheue Kapital“ nicht den Gesetzen des demokratisch regierten Landes entziehen kann. Ein global agierendes Unternehmen muss sich demokratisch beschlossenen Regeln fügen – Regeln, die dafür sorgen, dass die Wirtschaft auch nicht-ökonomische Belange der Allgemeinheit berücksichtigt. Wenn ein Großunter-

nehmen mit der Verlagerung seiner Zentrale oder von Teilen seiner Produktion in ein anderes wirtschaftsfreundlicheres Land drohen kann, um dem Gültigkeitsbereich der strengen Gesetze im eigenen Land zu entgehen, dann muss der Politiker (im Vergleich: der Cowboy) dem Unternehmen zu Willen sein (im Vergleich: das Pferd streicheln, ihm Zuckerle geben), um es zu halten. Die Rolle des Staates, bei der die Politik ihr Primat an die Wirtschaft abgibt, steht im Widerspruch zu dem, was wir unter Demokratie verstehen.

Die Hoffnung auf eine politische Gestaltung der global wirkenden Marktkräfte nach sozialen und ökologischen Zielen auf globaler Ebene, mittels Global Governance, ist eine realitätsferne Illusion. Die extreme Unterschiedlichkeit in der Produktivität der Volkswirtschaften weltweit erlaubt keine auch nur annähernd einheitlichen sozialen Standards hinsichtlich sozialer und ökologischer Ansprüche.

Die Forderung nach weltweiter Regionalisierung geht davon aus, dass die Wirtschaft den Menschen zu dienen hat und dass sie nicht die Menschen den unabänderlichen vermeintlichen Gesetzen des Marktes ausliefert. Die Regionalisierung beseitigt den politisch erzeugten Sachzwang des globalen Standortwettbewerbs und schafft damit die Voraussetzung, um das Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft wiederzugewinnen. Es soll wieder möglich werden, die Unternehmen mit demokratisch beschlossenen Gesetzen an geeignete Rahmenbedingungen für ihr Wirtschaften zu binden. So können Unternehmen zu sozialer und ökologischer Verantwortung verpflichtet werden, ohne Wettbewerbsnachteile befürch-

ten zu müssen. Grundlegende Forderung der Regionalisierung ist die Umsetzung des Prinzips der Subsidiarität. So viel Entscheidungskompetenz wie möglich soll auf möglichst niedrigen Entscheidungsebenen angesiedelt sein – auch im Hinblick auf die Wirtschaft. In Regionen unterschiedlicher Größenordnung – von der supranationalen Staatengemeinschaft, einer Großregion wie zum Beispiel der EU oder einiger Länder der EU, über den Einzelstaat (Mittelregion) und Regionen innerhalb des Staates bis hin zu Kommunen (Kleinregion) – sind die Entscheidungskompetenzen dezentral zu organisieren. Das bedeutet eine Abkehr von der heute herrschenden Tendenz zur Konzentration und Zentralisierung im globalen Maßstab.

Überschaubare Wirtschaftskreisläufe schaffen

Bei der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips auf das Wirtschaftsgeschehen geht es – im wirtschaftswissenschaftlichen Sprachgebrauch – um die Internalisierung externer Effekte: Es geht um die Pflicht, auch solche sozialen und ökologischen Auswirkungen des Wirtschaftens im Prozess der Produktion und der Verteilung zu berücksichtigen, die aus rein betriebswirtschaftlichem Blickwinkel nicht relevant sind. Denn der mit dieser Berücksichtigung verbundene Aufwand und die anfallenden Kosten bleiben in der gegenwärtig herrschenden Wirtschaftsordnung aus der betrieblichen Kalkulation ausgeklammert. Ihre Kompensation wird dem Staat aufgebürdet. Die Aufspaltung zwischen Wirtschaftsinteressen einerseits und staatlicher/kommunaler Verantwortung für alle nicht-marktgängi-

gen Belange des Gemeinwesens andererseits ist zu überwinden. Wir brauchen eine Wirtschaft, die in erster Linie die Nachfrage des Binnenmarktes bedient. Mithilfe einer politischen, auch Umwelt- und Sozialkosten einbeziehenden Steuerung der Transportkosten lassen sich unsinnige Ferntransporte vermeiden. Wir brauchen überschaubare Wirtschaftskreisläufe – Erzeugung, Verteilung, Verbrauch, Investition –, die sich auf wirtschaftsstrukturelle Vielfalt stützen respektive diese Vielfalt schaffen. Wir brauchen eine Re-Industrialisierung, die Abhängigkeiten von anderen Großregionen auf das notwendige Maß beschränkt.

Diese Branchenvielfalt ist uns durch die unbegrenzte internationale Arbeitsteilung im Rahmen der neoliberalen Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen verloren gegangen – und mit ihr Millionen von Arbeitsplätzen. Erst wenn das Angebot an Arbeitsmöglichkeiten deutlich größer ist als die Nachfrage an Arbeitsplätzen, werden die Löhne auch wieder steigen. Es ist nicht notwendig, dass wir die Effizienz unserer Wirtschaft immer weiter vorantreiben. Mit dem erreichten Stand des technischen Fortschritts können schon heute alle Bedürfnisse gut erfüllt und genügend Güter hoher Qualität im Austausch für notwenige Importe exportiert werden. Der belebende und nicht zerstörerische Wettbewerb auf dem Binnenmarkt sorgt dafür, dass sich die höhere Qualität des Angebots durchsetzt.

Während auf den Binnenmärkten der weltweit neun bis zwölf Großregionen die Wirtschaftsbeziehungen über eine sozial und ökologisch gezielte Marktwirtschaft geordnet und in den Regionen der nachfolgenden Ebenen organisiert werden, sind

die Ein- und Ausfuhren über die Grenzen der Großregionen hinweg durch strenge politische Steuerung zu regeln, beispielsweise mithilfe von Zöllen, Kontingenten, Kapitalverkehrsregeln und Wechselkursen. Die Finanztransaktionen und Güterflüsse zwischen den Großregionen sind nicht mehr den anonymen Kräften des Weltmarktes ausgeliefert, die vor allem die global agierenden Wirtschaftseliten zulasten der Bevölkerungsmehrheit bedienen, sondern werden politisch gestaltet – im Interesse der beteiligten Regionen.

Es geht um eine demokratisch gestaltbare Globalisierung, die auf räumlich und funktional abgestufte Entscheidungsebenen ausgerichtet ist. Politik wird dadurch in die

Lage versetzt, über eine gerechtere Verteilung des erwirtschafteten Reichtums und über einen sorgsam Umgang mit den Umweltgütern Wohlstand für alle Menschen weltweit zu schaffen. ———

Anmerkungen

(1) Schemel, Hans-Joachim (2010): Wirtschaftsdiktatur oder Demokratie? Wider den globalen Standortwettbewerb, für eine weltweite Regionalisierung. Oberursel.

Zeitler, Gerd (2006): Der Freihandelskrieg. Von der neoliberalen zur zivilisierten Globalisierung. Eine Perspektive für Vollbeschäftigung. Münster.

(2) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Fachkräftemangel nicht in Sicht. Wochenbericht des DIW Berlin 46/2010.

Zum Autor

Hans-Joachim Schemel, geb. 1945, ist Inhaber des Büros für Umweltforschung und Stadtentwicklung und hat 35 Jahre lang Politik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene beraten. Privat engagiert er sich seit acht Jahren im globalisierungskritischen Netzwerk attac.

Kontakt

Dr.-Ing. Hans-Joachim Schemel
Büro Dr. Schemel für Umweltforschung
und Stadtentwicklung
Altostr. 111, D-81249 München
Fon ++49/(0)89/863 29 71
E-Mail SchemelHJ@aol.com
www.umweltbuero-schemel.de

Enquetekommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – eine Replik

Wachstum zwischen Mentalität und Materialisation

Von Uta von Winterfeld

— Wer hätte das gedacht? Noch im Jahre 2011 und entgegen aller Gleichstellungsrhetorik materialisiert sich die Wachstumsmentalität in einem 17-köpfigen Expertengremium. Da rieb sich die eine noch erstaunt die Augen, während die andere schon zur Feder oder zur Tastatur griff. Allein, genutzt haben die öffentlich an den Bundespräsidenten und die Vorsitzende der Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ gerichteten Forderungen nach Frauenexpertise in der Kommission nichts. Kein Mann ist zurückgetreten, keine Expertin ist berufen worden und die männlichen Experten bleiben unter sich. Zwar wird Besserung gelobt und es soll bei künftigen Besetzungen nicht wieder vorkommen. Doch das ändert nichts daran, dass sich in den nächsten beiden Jahren aufbauen und fortsetzen wird, was die Politologin Claudia von Braunmühl als „Kontinuität von Asymmetrie“ bezeichnet. Daher ist diese Replik auf den Artikel von Martin Jänicke in der Ausgabe 124 der *politischen ökologie* als kleiner Kontinuitätsbruch aufzufassen. (1) Als er seine Thesen formuliert hat, war die Benennung der Enqueteexperten noch nicht bekannt. Nun aber hat sich ein Wachstumskabinett gebildet, das im österreichischen Wortsinne ein

sehr kleines Zimmer mit nur einem Fenster darstellt. Zeit also, die Debatte zu erweitern und sich ein zweites Fenster zumindest vorzustellen. (2)

Wertschöpfung

Das Bruttoinlandprodukt (BIP), so Martin Jänicke, erfasse die von der Natur, in Haushalten und im Sozialbereich erbrachten Gratisleistungen nicht. Auch die mittlerweile arbeitende Projektgruppe 1 der Enquetekommission (zu Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft, von der FDP geleitet) konstatiert, dass über das BIP ein Wachstum gemessen werde, das sich nur auf am Markt gehandelte Güter und Dienstleistungen beziehe. Alles, was diesen Kriterien nicht entspreche – wie Hausarbeit und ehrenamtliche Tätigkeit – werde damit grundsätzlich nicht erfasst. Doch das BIP ist nicht nur gleichgültig gegenüber allem Nicht-Marktlichen. Martin Jänicke spitzt in seiner weiteren Argumentation zu, dass es auch im marktlichen Bereich die „Schadschöpfungen“ nicht abbilde. Daher seien berechenbare Informationen darüber erforderlich, welche Wirtschaftstätigkeit langfristige Verluste einbringe.

Die „vergessenen“ Gratisleistungen und die „verdrängten“ Schadschöpfungen sind keine

Lücke, kein Loch in einer ansonsten homogenen BIP-Decke. Sie stellen auch nicht in erster Linie ein Rechenproblem dar, das sich mittels einer besseren Formel, eines besseren Indikators beheben ließe. Vielmehr hat diese Nichtbeachtung einen systemischen Grund: Dieser liegt in dem seit Adam Smith beharrlich engen Ökonomieverständnis. Als Ökonomie zählt nur, was für und an Märkten geschieht. Erwerbsarbeit und Kapital (einschließlich Boden, wenn er Eigentum ist) gelten als produktiv, bringen Werte hervor. Die Basisproduktivitäten aber – die soziale, von Frauen geleistete Sorgearbeit sowie die Produktivität der Natur – sind aus diesem ökonomischen Raum ausgegrenzt, wertlos, un-, bestenfalls „reproduktiv“. Was an Märkten geschieht, ist sichtbar, steht im Licht – das Abgespaltene dagegen ist unsichtbar, liegt im Schatten. Aber es wird für die gesellschaftliche Produktion gebraucht –, ohne diese lebendigen Grundlagen hat Wirtschaften nie funktioniert und kann auch nicht funktionieren. Als Abgespaltenes werden sie daher dennoch einbezogen – als Gratisleistungen einer immer existierenden Natur, maßlos und sorglos ausgebeutet. So wird deutlich: Aus Schaden wird man in unserem Wirtschaftssystem auch dadurch reich, dass man sich die Produktivitäten anderer zu eigen macht. Gesellschaftlicher Fortschritt ist an Ressourcen gebunden, die nicht Bestandteil dieses Fortschritts sind, sondern nur wertloses Material für diesen darstellen. Daher kommt die Politologin Carole Pateman in ihrer Analyse der klassischen Gesellschaftsverträge zu dem Schluss, dass sich Männer die Verfügungsgewalt über Natur wie auch über Frauen schon angeeignet hatten, bevor sie

als freie und gleiche Brüder einen Vertrag schlossen. Die private weibliche Sphäre gilt fortan als „natürlich“, die öffentliche männliche Sphäre als „bürgerlich“ (civil). (3) Die diesem Vertrag inhärente Ökonomie rechnet falsch – und ihre Leistungen, ausgerückt im BIP, werden ebenfalls falsch berechnet. Die lebendigen Grundlagen hat das an den Rand des Ruins gebracht. Es gilt, eine neue Rechnung aufzumachen, ja – aber nicht durch Hinzufügen oder Abziehen zum oder vom BIP, sondern durch eine ganz neue Rechnung auf Basis neuer Bewertungen. Es gilt, die Perspektive zu wechseln und vom bisher Abgespaltenen auszugehen. Aber für diese neue Perspektive wären Fachfrauen in der Enquetekommission nötig. In ihrer Kritik der üblichen Rechnungsweise und der Ausgrenzung von Frauen schrieb die Autorin Marilyn Waring schon vor mehr als 20 Jahren: „What men value has brought us to the brink of death: What women find worthy may bring us back to life“. (4) Das beschreibt gleichzeitig, worum es geht – um die Bewertung aus der Perspektive von Lebensprozessen.

Wachstumsillusion und Umverteilung

Dem deklarierten Ziel allgemeiner Wohlfahrtssteigerung entgegengesetzt trage Wachstum und Wachstumsbeschleunigung viel zu öffentlicher Armut sowie zur Naturzerstörung bei und stellt Martin Jänicke zufolge daher eine Illusion dar. Diese Illusion zieht sich dort in die Nachhaltigkeitsdebatte hinein, wo über Ansätze wie Ökologische Modernisierung und Green Economy neue Wachstumsmaterialisationen mit alten Mentalitäten versucht werden. Daher fordern feministische Ansätze die Sicherung

der Lebensgrundlagen (Livelihood) anstelle effizienterer Naturbeherrschung. (5) Zugleich wird die Wachstumsillusion gebraucht, weil fehlt, was Martin Jänicke als Mut zur Umverteilung fordert. Dies lässt sich gut an Francis Bacon illustrieren, jenem philosophierenden Lordkanzler, der in seinem Neuen Organon von 1620 die bis heute gültige Formel „Wohlstand durch Naturbeherrschung“ entworfen hat. Analog setzt sein Neues Atlantis als politische Utopie auf wachsenden Reichtum, den eine naturbeherrschende wissenschaftliche Elite garantiert. Umverteilt werden muss nicht, da ja alles immer mehr wird.

Mut zur Umverteilung ist jedoch nötig, wenn es um Lebensqualität geht, zumindest in den reichen Ländern des globalen Nordens. Das hat die umfangreiche Studie der Gleichheitsforscher Richard Wilkinson und Kate Pickett gezeigt. Unter Auswertung aller verfügbarer Zahlen der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen kommen sie zu dem Ergebnis: Je reicher eine Gesellschaft ist, desto geringer ist der Wohlfahrtsgewinn durch Wachstum. Dagegen geht es den Gesellschaften – und zwar allen Gesellschaftsmitgliedern – besser, in denen größere Gleichheit herrscht. Denn diese Gesellschaften haben in allen Bereichen – beispielsweise Kriminalität, Mädchenschwangerschaften, Schulversagen, Lebenserwartung oder Gesundheit – weniger soziale Spannungen, weniger soziale Probleme, und die Menschen fühlen sich in diesen Gesellschaften stärker integriert, beteiligt und anerkannt. Die Lehre, die Wilkinson und Pickett aus ihrer Studie ziehen, lautet: Gleichheit ist Glück, nicht Wachstum. „Wenn wir mehr echte Lebensqualität wol-

len, dann dürfen wir nicht länger nach Wirtschaftswachstum und Wohlstand streben, sondern müssen uns Gedanken um die Verbesserung des psychischen und sozialen Wohlergehens unserer Gesellschaft insgesamt machen“, schreiben sie. (6)

Von der Umverteilung zur Gerechtigkeit

Der Forderung nach Mut zur Umverteilung ist zuzustimmen, doch bleibt zu bezweifeln, ob sie – gerade wenn sie nun die Richtung wechseln und von oben nach unten erfolgen soll – so ganz ohne Verzicht zu machen ist. Da wäre beispielsweise der Verzicht auf den Vorteil. Vor-Teil meint ja auch, dass jemand schon etwas bekommt, bevor mit dem Teilen begonnen wird. Dieser für die Wachstumsmentalität so tragenden Säule ist mit Konsistenz und Effizienz allein nicht beizukommen. Denn Ausbeutung und Naturzerstörung sind auch auf regenerativer Stoffbasis möglich, und die Logik, mit möglichst wenig möglichst viel zu erreichen, scheint uns für die Lösung sozialer Probleme nicht recht tauglich.

Mit Umverteilung ist die Frage der Gerechtigkeit aufgeworfen. Die Politikwissenschaftlerin Nancy Fraser unterscheidet zwischen aner kennender und verteiler Gerechtigkeit. (7) Ich beziehe mich hier zunächst auf letztere und hebe eine weitere Unterscheidung von Fraser hervor: die Unterscheidung zwischen affirmativer und transformativer Gerechtigkeit. Affirmativ ist verteilende Gerechtigkeit dann, wenn sie die bestehenden Wachstums- und Produktionsverhältnisse bejaht; transformativ ist sie, wenn sie die Basis und den Prozess der Erzeugung des zu Verteilenden verändern will. Ziel ist nicht

ein größerer Kuchen, sondern andere Zutaten und ein anderer Prozess der Herstellung – also ein ganz neues Backrezept. Wird verteilende Gerechtigkeit transformativ gefasst, so erübrigt sich auch die gewerkschaftliche und linke Furcht vor sozialen Verwerfungen für den Fall, dass das Wachstumsparadigma vom Thron gestürzt würde. Vielmehr wäre gerade umgekehrt die Frage gerechter Verteilung nicht mehr in der Zange sozial ungerechter und ökologisch nicht nachhaltiger Produktion und Konsumtion gefangen. Und Anerkennung? Anerkennung setzt Wahrnehmung voraus – Wahrnehmung dessen, das es anzuerkennen gilt – Wahrnehmung des bisher Abgespaltenen, des in allen Produktionsprozessen Anwesend-Abwesenden, der Natur und der sozial weiblichen Sorgeökonomie. Gerechtigkeit als Anerkennung fordert somit ein, die Grundlage des bisherigen volkswirtschaftlichen Rechensystems zu verändern – den Blick auf Ökonomie ausschließlich als Marktökonomie. Ein erweiterter Blick ist nötig, eine neue Perspektive – so würde nicht nur ein zweites Fenster geschaffen, sondern ein Panorama-Ausblick auf das, was ist: auf die vielen Formen von Wirtschaft jenseits des Marktes. Und wie sollen wir das bewerten und rech-

nen? Diese spannende Frage könnte dann endlich gestellt – und mit allen gemeinsam bearbeitet werden. ———

Anmerkungen

- (1) Jänicke, Martin: Wachstum zwischen Illusion und Realität. Enquetekommission des Bundestages: „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. In: politische ökologie Band 124 (2011). München, S. 138-141.
- (2) Diese Replik ist wesentlich unter Mitarbeit von Adelheid Biesecker entstanden.
- (3) Carole Pateman spricht deshalb von einem Geschlechtervertrag in *The Sexual Contract* (1988). Stanford, Cambridge.
- (4) Warning, Marilyn (1988): *If Women Counted. A New Feminist Economics*. New York, S. 315.
- (5) Vgl. Wichterich, Christa (2002): *Sichere Lebensgrundlagen statt effizienterer Naturbeherrschung. Das Konzept nachhaltiger Entwicklung aus feministischer Sicht*. In: Görg, Christoph/Brand, Ulrich (Hrsg.): *Mythen globalen Umweltmanagements. Rio+10 und die Sackgassen „nachhaltiger Entwicklung“*. Münster.
- (6) Vgl. Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2009): *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*. Berlin, S. 18.
- (7) Fraser, Nancy (1997): *Die halbierte Gerechtigkeit*. Frankfurt am Main.

Zur Autorin

Uta von Winterfeld, geb. 1957, ist Politologin. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind gesellschaftliche Natur- und Geschlechterverhältnisse sowie nachhaltiges Arbeiten.

Kontakt

PD Dr. Uta von Winterfeld
 Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
 Döppersberg 19, D-42103 Wuppertal
 Fon ++49/(0)202/25 92 -176
 E-Mail uta.winterfeld@wupperinst.org

Nachruf auf den Umweltwissenschaftler Karl Otto Henseling

Vermächtnis eines Menschenfreundes

„Von euch wünsche ich mir ein anhaltendes Engagement für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen.“ (Karl Otto Henseling, 11. Januar 2011)

— Wie kann man CO₂ messen? Wie für junge Menschen greifbar machen? – Das waren Fragen, die Karl Otto Henseling in Sekundenschnelle beantwortete: Stelle ein Teelicht auf eine Briefwaage und zünde es an. Das Wachs verbrennt und die Waage zeigt an, wie viel Kohlenstoff verbrannt ist. Die wichtigste Wende in der Stoffgeschichte des Menschen schnell erklärt: Kohlenstoff verbrennt, erzeugt Wärme und der Stoff ist weg.

Einfacher, schneller und anschaulicher kann man es kaum erklären – das war die außerordentliche Fähigkeit des Umweltwissenschaftlers Karl Otto Henseling, der am 28. Januar 2011 mit 65 Jahren verstorben ist.

Dinge anschaulich zu machen, die Gesetze der Natur, chemische Sachverhalte verständlich zu erklären, sie zu verknüpfen mit Alltagserfahrungen und mit dem Wissen um Zusammenhänge, darum ging es ihm – aber nicht nur darum. Denn was nützen alle Analysen, was all das Wissen, das geschriebene Wort, wenn der Erkenntnis nicht auch Einsichten und Veränderungen folgen? Karl Otto Henseling hat uns in seinem letzten Buch „Am Ende des fossilen Zeitalters. Alternativen zum Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen“ genau das mit auf den Weg gegeben: Bleibt nicht stehen bei der Analyse, schwimmt nicht mit in einer Diskussion, die allein das Paradigma des ständigen Wachstums vor Augen hat. Probiert andere Wege aus, die in großer Vielfalt schon angelegt sind, oder erfindet sie. Beginnt jetzt mit Mut und falls der noch nicht ausreicht: Holt Euch Kraft bei den Kindern, es geht um deren Möglichkeit, ihren eigenen Weg auch morgen gestalten zu können! Es ist nicht zu spät, den Klimawandel noch in seinen Auswirkungen zu begrenzen, es ist nicht zu spät, den gewaltigen Einfluss von Lobbygruppen zu erkennen und zurückzudrängen, aber es ist nicht mehr die Zeit, um nur darüber zu reden. Wir müssen jetzt handeln!

Karl Otto Henseling hat vieles und viele verbunden, hat begeistern können. Als unser Kollege im Umweltbundesamt verstand er es, über die Alltäglichkeiten eines Amtes hinaus verschiedene Denkansätze zusammenzuführen. Erkenntnisse gemeinsam gewinnen und notwendige gesellschaftliche Veränderungen mutig einfordern – das war sein Credo – im Diskurs in der Behörde oder auf der Fahrraddemo. In den Vordergrund wollte sich Karl Otto Henseling nie stellen, aber seine Gedanken und sein enormes Geschick, alle auf einem gemeinsamen Weg mitzunehmen, brachten ihn immer in die Mitte von Freunden, Kollegen und von Diskursen.

In der Zusammenarbeit mit ihm wurden wir Teil eines Teams, das seine hohe Motivation aus der Bedeutung der Aufgabe an sich zog. Gespeist von Karl Otto Henselings unerschöpflichen Ideen, seinem Enthusiasmus, Tatendrang und unbezwingbaren Willen und Glauben, die Gesellschaft zum Positiven zu verändern. ———

Marina Köhn, Christiane Böttcher-Tiedemann und Mark Vallenthin

Wir haben Karl Otto Henseling als sehr sachkundigen und engagierten Wissenschaftler und Autor erlebt, dem die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ein Herzensanliegen war. Über viele Jahre war seine mahnende, letztlich aber doch „verhalten optimistische“ Stimme in den verschiedenen Publikationen des oekom verlags zu hören. Zuletzt in dem Buch »Am Ende des fossilen Zeitalters«. Ein Rezensent meinte dazu: »Ein kluges Buch, langsam geschrieben, mit der Souveränität eines alten Umwelthasen« – eine Huldigung an Buch und Autor, der nichts hinzuzufügen ist. Karl Otto Henseling wird uns fehlen, aber seine Stimme klingt nach.

oekom verlag



Mehr über Dr. Karl Otto Henseling und seine Arbeit findet sich im Internet unter www.karl-otto-henseling.de

Haben Sie eine der letzten Ausgaben verpasst? Bestellen Sie einfach nach!



pö 104 **Demografischer Wandel**
Neue Spielräume für die
Umweltpolitik, EUR 14,90



pö 118 **Multiple Krise**
Ende oder Anfang für eine
gerechte Welt? EUR 14,90



pö 121/122 **Nach dem Wachstum**
Kampf um knappe Schätze
EUR 19,90

Das Gesamtverzeichnis finden Sie im Internet unter www.politische-oekologie.de
E-Mail neugier@oekom.de

Impressum

politische ökologie, Band 125

Anders arbeiten. Juni 2011

ISSN 0933-5722, ISBN 978-3-86581-256-8

Verlag: oekom Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH

Waltherstraße 29, D-80337 München

Fon ++49/(0)89/54 41 84-0, Fax -49

E-Mail obermayr@oekom.de

Gesellschafter und Anteile: Jacob Radloff, Feldafing 77 %,

Dr. Christoph-Friedrich Feiherh von Braun, München 23 %

Herausgeber: oekom e. V. – Verein für ökologische Kommunikation,
www.oekom-verein.de

Chefredaktion: Jacob Radloff (verantwortlich)

Stellvert. Chefredaktion: Anke Oxenfarth

Redaktion: Helena Obermayr (CvD)

Redaktionelle Mitarbeit: Christoph Baborka (babo),
Eva Kraus (ek)

Schlusskorrektur: Claudia Mantel-Rehbach,
E-Mail claudiam@t-online.de

Gestaltung: Lone Birger Nielsen, E-Mail nielsen@blueout.net

Anzeigenleitung/Marketing:

Stefanie Ott, oekom GmbH (verantwortlich)

Fon ++49/(0)54 41 84-35, E-Mail anzeigen@oekom.de

Bestellung, Aboverwaltung und Vertrieb:

Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG,

Auslieferung oekom verlag, D-86899 Landsberg am Lech

Fon ++49/(0)8191/97000-608, Fax -405

E-Mail oeokom@de.rhenus.com

Vertrieb Bahnhofsbuchhandel: VU Verlagsunion KG,

Postfach 5707, D-65047 Wiesbaden

Druck: Kessler Druck + Medien,

Michael-Schäffer-Str. 1, D-86399 Bobingen

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem, 100%igem Recycling-Papier.

Bezugsbedingungen: Die *politische ökologie* erscheint vier Mal

im Jahr. Ein Abonnement kostet für Institutionen und Organisationen

106,00 €, für Privatpersonen 61,00 € und für Studierende ermäßigt

(gegen Nachweis) 50,50 €. Alle Preise zzgl. Versandkosten. Das Abonne-

ment verlängert sich automatisch, wenn es nicht 6 Wochen vor Ablauf

schriftlich gekündigt wird. Einzelheftpreis: 16,90 €. Außerhalb Deutsch-

lands zzgl. Versandkosten. Rabatt auf Anfrage für größere Stückzahlen.

Konto: Postgiroamt München (BLZ 700 100 80), Kto. 358 744-803.

Nachdruckgenehmigung wird nach Rücksprache mit dem Verlag in der

Regel gern erteilt. Voraussetzung hierfür ist die exakte Quellenangabe

und die Zusendung von zwei Belegexemplaren. Artikel, die mit dem Na-

men des Verfassers/der Verfasserin gekennzeichnet sind, stellen nicht

unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte

Manuskripte sind wir dankbar, übernehmen jedoch keine Gewähr.

Bildnachweise: Titel Bobot/photocase.com, bearb. von L. Nielsen;

S. 13 H. Andersen/wikipedia.de; S. 25 Z. van Dijk/wikipedia.de;

S. 45 T. Rautert; S. 53/145 fotolia.de; S. 87 I. Swoboda.

Die Deutsche Nationalbibliothek – CIP-Einheitsaufnahme. Ein Titel-
einsatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Nationalbiblio-
thek erhältlich.

Vorschau

Spannungsgeladen

Die Zukunft der Energieversorgung

politische ökologie (Band 126) – September 2011

Die fossilen Brennstoffe gehen zur Neige, der Klimawandel gewinnt an Fahrt und die Katastrophe in Fukushima hat die als Brückentechnologie gepriesene Atomkraft als undenkbar riskant demaskiert. – Wenige Themen erhitzen die Gemüter in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mehr als die Zukunft der Energieversorgung. Von der Notwendigkeit einer Energiewende sind große Teile der Bevölkerung und immer mehr Politiker(innen) überzeugt. Kommunen wollen die Stromversorgung wieder in die eigene Hand nehmen, Konzerne werben für Ökostromprojekte wie Desertec. Selbst bei den etablierten Großversorgern sind die Regenerativen salonfähig geworden – was nicht bedeutet, dass sie deshalb von Tiefseebohrungen absehen oder Deals mit der Politik zugunsten geringerer CO₂-Reduktionsziele aufkündigen.

Technisch ließe sich die Vollversorgung durch Erneuerbare in wenigen Jahrzehnten erreichen. Die Lösung des Klima- und Ressourcenproblems erfordert jedoch nicht nur ein Ausschöpfen der gewaltigen Effizienzpotenziale bei Industrie oder Verkehr, sondern auch einen Mentalitätswechsel hin zu einer Kultur der Genügsamkeit. Doch auch im Bereich der Regenerativen glänzt nicht alles grün: Die benötigten Metalle sind selten und stammen häufig aus Kriegsgebieten, die Windräder auf hoher See gefährden die marine Biodiversität und ein Pumpspeicherkraftwerk in der direkten Nachbarschaft tolerieren die wenigsten. Die *politische ökologie* entwirft das Bild einer zukunftsfähigen, sicheren und bezahlbaren Energieversorgung und klärt, welche Nutzungskonflikte bis dahin zu überwinden sind.

Die *politische ökologie* (Band 126) erscheint im September 2011 und kostet 16,90 €
ISBN 978-3-86581-230-8



Was Menschen reich macht

Wovon leben Menschen? was macht ihnen Mut? Wofür setzen sie sich ein? Auch im 21. Jahrhundert leben wir ebenso sehr von »Luft und Liebe« wie von Geld und Waren. Rund zwei Drittel der in unserer Gesellschaft notwendigen Arbeit ist unbezahlbar – Hausarbeit, Eigenarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten. Im Schatten der Marktwirtschaft gedeihen kreative Formen von Arbeit, Engagement und Muße ...



C. Müller, A. Baier, K. Werner
Wovon Menschen leben
Arbeit, Engagement und Muße
jenseits des Marktes

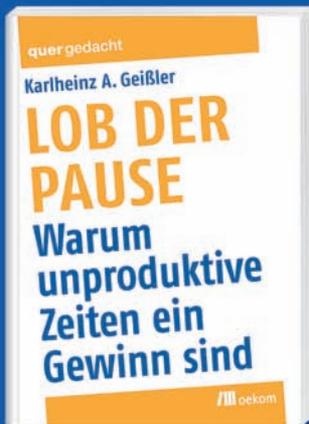
Mit Fotografien von Cornelia
Suhan, 304 Seiten, 19,90 EUR
ISBN 978-3-86581-243-8

 **oekom**

Die guten Seiten der Zukunft

Vom Wert des Wartens

Das Credo unseres Wirtschaftssystems »immer schneller, immer mehr« hat sich als nicht zukunftsfähig erwiesen: Mit Hochgeschwindigkeit ist unser Finanzsystem in seine größte Krise gefahren – die Menschen halten mit dem Tempo nicht mehr Schritt. Der Band »Lob der Pause« liefert Denkanstöße, warum wir das Innehalten wieder schätzen sollten: als Zwischenzeit für's Nachdenken, Vordenken, Abschalten und Verarbeiten.



K. A. Geißler

Lob der Pause

Warum unproduktive Zeiten ein Gewinn sind

quergedacht Band 3
112 Seiten, 8,95 EUR
ISBN 978-3-86581-200-1

 **oekom**

Die guten Seiten der Zukunft

Die heutige Form der Erwerbsarbeit zehrt Natur und Menschen gleichermaßen aus. Wer Arbeit hat, kann häufig kaum von ihr leben oder schuftet bis zum Burnout. Gleichzeitig führen uns Klimawandel, Naturkatastrophen und Ressourcenengpässe immer deutlicher vor Augen, dass wir nicht so weiter wirtschaften und arbeiten können wie bisher.

Konzepte für anderes Arbeiten gibt es genug. Die praktische Umsetzung kam bislang allerdings selten über Nischen hinaus – doch das ändert sich gerade. Angesichts der heiklen Situation der Umwelt einerseits und der zunehmenden Prekarisierung der Lebensverhältnisse andererseits wachsen gesellschaftliches Interesse und die Bereitschaft, neue Arbeitsformen auszuprobieren.

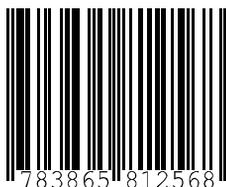
politische ökologie

Die Reihe für Querdenker und Vordenkerinnen

Die Welt steht vor enormen ökologischen und sozialen Herausforderungen. Um sie zu bewältigen, braucht es den Mut, ausgetretene Denkpfade zu verlassen, unliebsame Wahrheiten auszusprechen und unorthodoxe Lösungen zu skizzieren. Genau das tut die *politische ökologie* mit einer Mischung aus Leidenschaft, Sachverstand und Hartnäckigkeit. Die vielfältigen Zugänge eröffnen immer wieder neue Räume für das Nachdenken über eine Gesellschaft, die Zukunft hat.

16,90 € (D)

www.oekom.de



9 783865 812568



4 194201 916904 11125

ClimatePartner 